



Plenarprotokoll

66. Sitzung

Donnerstag, 29. August 2019

Besserer Schutz von Demokratinnen und Demokraten gegen rechts-extreme Bedrohungen.....	5040	Claus Schaffer [AfD].....	5045
Antrag der Fraktion der SPD		Lars Harms [SSW].....	5046
Drucksache 19/1605		Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos].....	5047
Rechtsextreme Bedrohungen bekämpfen.....	5040	Dr. Ralf Stegner [SPD].....	5048
Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP		Christopher Vogt [FDP].....	5049
Drucksache 19/1664		Hans-Joachim Grote, Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration.....	5050
Tobias von Pein [SPD].....	5040	Beschluss: Überweisung des Antrags Drucksache 19/1605 und des Alternativantrags Drucksache 19/1664 an den Innen- und Rechtsausschuss.....	5051
Claus Christian Claussen [CDU]....	5042		
Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5043		
Jan Marcus Rossa [FDP].....	5044		

Übergesetzlicher Lärmschutz für die Hinterlandanbindung der festen Fernarnbelt-Querung zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger	5051	Kay Richert [FDP].....	5074
		Volker Schnurrbusch [AfD].....	5075
		Lars Harms [SSW].....	5076
		Daniel Günther, Ministerpräsident.	5077
Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/1631		Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags Drucksache 19/1507 2. Annahme des Alternativantrags Drucksache 19/1556 (neu).....	5078
Übergesetzlichen Lärmschutz durch höhere finanzielle Beteiligung des Landes garantieren	5051	Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung im ländlichen Raum	5078
Alternativantrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/1662		Gesetzentwurf der Fraktion der AfD Drucksache 19/1612	
Christopher Vogt [FDP].....	5051, 5065	Claus Schaffer [AfD].....	5078
Thomas Hölck [SPD].....	5053	Hans Hinrich Neve [CDU].....	5080
Lukas Kilian [CDU].....	5054	Bernd Heinemann [SPD].....	5081
Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5056, 5063	Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5082
Volker Schnurrbusch [AfD].....	5057	Dennys Bornhöft [FDP].....	5083
Lars Harms [SSW].....	5058	Jette Waldinger-Thiering [SSW]....	5084
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	5060	Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren.....	5085
Kai Vogel [SPD].....	5061		
Tobias Koch [CDU].....	5061	Beschluss: Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 19/1612 an den Sozialausschuss.....	5087
Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus.....	5067		
Sandra Redmann [SPD].....	5070	Pflegebedürftige von Eigenanteilen bei der häuslichen und stationären Pflege entlasten	5087
Beschluss: 1. Ablehnung des Alternativantrags Drucksache 19/1662 2. Annahme des Antrags Drucksache 19/1631.....	5071	Antrag der Fraktion der AfD Drucksache 19/1524	
Kostenfreier Nahverkehr zum Tag der Deutschen Einheit	5071	Pflegefinanzierung zukunftsfest gestalten	5087
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/1507		Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/1557	
Kostenloser Nahverkehr am Tag der Deutschen Einheit	5071	Claus Schaffer [AfD].....	5087
Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/1556 (neu)		Katja Rathje-Hoffmann [CDU].....	5088
Kai Vogel [SPD].....	5071	Birte Pauls [SPD].....	5089
Hans-Jörn Arp [CDU].....	5072	Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5090
Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5073	Dennys Bornhöft [FDP].....	5091
		Jette Waldinger-Thiering [SSW]....	5093

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren.....	5094	Bericht und Beschlussempfehlung des Umwelt- und Agrarausschusses	
Birte Pauls [SPD], zur Geschäftsordnung.....	5096	Drucksache 19/1530	
Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags Drucksache 19/1524		Oliver Kumbartzky [FDP], Berichterstatter.....	5106
2. Annahme des Alternativantrags Drucksache 19/1557.....	5097	Kirsten Eickhoff-Weber [SPD].....	5106, 5114
Autozugverkehre Sylt in Nahverkehr integrieren.....	5097	Heiner Rickers [CDU].....	5107
Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP		Joschka Knuth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5109
Drucksache 19/1536		Oliver Kumbartzky [FDP].....	5110
Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5097	Volker Schnurrbusch [AfD].....	5112
Kai Vogel [SPD].....	5098	Jette Waldinger-Thiering [SSW]....	5113
Kay Richert [FDP].....	5100	Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung.....	5114
Lukas Kilian [CDU].....	5101	Beschluss: 1. Ablehnung der Anträge Drucksachen 19/1616 und 19/1291 sowie des Alternativantrags Drucksache 19/1332	
Volker Schnurrbusch [AfD].....	5102	2. Übernahme und Zustimmung zu der in der Beschlussempfehlung Drucksache 19/1530 enthaltenen Entschließung.....	5117
Lars Harms [SSW].....	5103	Grundwasser schützen! Stand der Diskussion zur Verschärfung der Düngeverordnung.....	5117
Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus.....	5104	Antrag der Fraktion der SPD	
Beschluss: Überweisung des Antrags Drucksache 19/1536 an den Wirtschaftsausschuss.....	5105	Drucksache 19/1624	
Gemeinsame Beratung		Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung.....	5117
a) Tierwohllabel und Nutztierstrategie jetzt umsetzen!.....	5106	Kirsten Eickhoff-Weber [SPD].....	5118
Antrag der Fraktion der SPD		Heiner Rickers [CDU].....	5119
Drucksache 19/1616		Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5120
b) Tierexporte in tierschutzrechtlich problematische Staaten stoppen	5106	Oliver Kumbartzky [FDP].....	5122
Antrag der Abgeordneten des SSW		Volker Schnurrbusch [AfD].....	5122
Drucksache 19/1291		Jette Waldinger-Thiering [SSW]....	5123
Tiertransporte begrenzen und Tierschutzstandards durchsetzen.....	5106	Beschluss: Der Berichts Antrag 19/1624 hat durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden.....	5124
Alternativantrag der Fraktion der SPD			
Drucksache 19/1332			

* * * *

Regierungsbank:

Daniel Günther, Ministerpräsident

Monika Heinold, Finanzministerin und Erste Stellvertreterin des Ministerpräsidenten

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren und Zweiter Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Hans-Joachim Grote, Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration

Jan Philipp Albrecht, Minister für Energie- wende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

* * * *

Beginn: 10:05 Uhr**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die heutige Sitzung und begrüße Sie alle sehr herzlich. Erkrankt sind Barbara Ostmeier, Regina Poersch und Flemming Meyer. Wir wünschen allen eine gute Besserung.

(Beifall)

Begrüßen Sie mit mir gemeinsam auf der Besuchertribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtages Schülerinnen und Schüler des Sophie-Scholl-Gymnasiums Itzehoe und den Deutschen Kinderschutzbund, Kreisverband Ostholstein. - Herzlich willkommen heute hier im Landtag!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 21 auf:

Besserer Schutz von Demokratinnen und Demokraten gegen rechtsextreme BedrohungenAntrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/1605**Rechtsextreme Bedrohungen bekämpfen**Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/1664

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Tobias von Pein.

Tobias von Pein [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Kennen sie Carlos Fernando? Oder Dieter Manzke? - Nein? Aber sicher doch Mehmet Turgut? Amadeu Antonio? Das sind die Namen einiger Mordopfer rechtsextremer Gewalt. Sie stehen stellvertretend für die mindestens 196 Todesopfer rechtsextremer Gewalt, die die Amadeu-Antonio-Stiftung, benannt nach einem der Opfer, allein seit der Wiedervereinigung bei einer hohen Dunkelziffer gezählt hat.

Die meisten dieser Menschen wurden Opfer von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, von Rassismus, Ausländerfeindlichkeit, Homophobie, Verachtung von Obdachlosen und anderen. Andere wurden zu sogenannten Kollateralschäden wie etwa

(Tobias von Pein)

die Polizistin Michèle Kiesewetter, die 2007 vom NSU ermordet wurde. Was ich sagen will: Die Gefahr ist real, auch wenn man selbst vielleicht nicht in das klassische Beuteschema der Rechten passt.

Der Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke ist nur das jüngste und prominenteste Beispiel, das im Juni in die kollektive Aufmerksamkeit der Bundesrepublik eingehämmert wurde. Er hat aber auch deutlich gemacht, dass wir die Drohungen in der Anonymität des Internets ernst nehmen müssen. Es gibt direkte und indirekte Bedrohungen von Menschen, die sich gegen Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit engagieren. Viele von uns hier im Saal werden schon ihre Erfahrungen mit anonymen Briefen, E-Mails und Telefonanrufen gemacht haben. Das Ziel ist immer das gleiche: Den Betroffenen soll Angst gemacht werden. Sie sollen davon abgehalten werden, ihrer Arbeit nachzugehen.

Mord und die Drohung mit seiner Umsetzung ist die perfideste Form der politischen Kommunikation, die wir kennen. Aber das ist es, womit wir es zu tun haben: mit organisierten Rechtsextremisten, die vor nichts mehr zurückschrecken. Das Internet hat - wie so vieles auch - ihre Organisation erleichtert. Sie vernetzen sich, und aus der Anonymität des Internets heraus ist es umso leichter, unentdeckt zu bleiben. Das gilt für die Reichsbürger, die hier im Hause bereits Thema waren, genauso wie für Prepper.

Das gilt aber ebenso für ihre bürgerlich anmutenden Wegbereiter einer bestimmten rechtspopulistischen Bewegung. Deren Flanke nach ganz rechts steht weit offen. Wenn sich etwa die schleswig-holsteinische Landesvorsitzende als widerständig sieht, sich für die Interessen von Volk und Vaterland engagiert und die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze für mehr als enttäuschend hält, ist ihr Engagement für einen Verein, in dem verurteilte Holocaust-Leugner Mitglieder sind, vielleicht doch kein Zufall. Die Neonazis in den Straßen von Chemnitz, die dort im vergangenen September regelrechte Hetzjagden betrieben, bezeichnete sie als Tausende deutsche Patrioten. Ihr damaliger, vielleicht auch heute weiter bestehender - wir wissen es nicht - Fraktionsvorsitzender sprang ihr bei: Die Berichterstattung entstammte einer Lügenpresse. - Darum ist ihr Parteiausschluss lediglich ein Feigenblatt für eine strukturell mit Rechtsextremen durchsetzte Partei.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Ermittlungen zu rechten Terrornetzwerken wie dem „Nordkreuz“ haben gezeigt, dass Prepper auch innerhalb der Sicherheitsbehörden aktiv sind und sich ganz konkret auf Bürgerkriegsszenarien vorbereiten. Dazu gehören neben dem Diebstahl von Waffen und Munition sowie der Bestellung von Löschkalk und Leichensäcken auch die Sammlung von Namen und Daten von Menschen, die für Demokratie und Menschenwürde eintreten, in diesem Fall flüchtlingsfreundliche Politiker und Politikerinnen, Künstler und Künstlerinnen, linke Aktivistinnen und Aktivisten und andere. In der Öffentlichkeit wurde diese auch als Todesliste bezeichnet. Auch Walter Lübcke stand auf einer solchen Liste.

Der Umgang mit diesen Daten ist schwierig, das weiß ich. Es gibt keinen Königsweg. Was jedoch grundfalsch ist, ist, die Angelegenheit zu verharmlosen. Das lässt die Bürgerinnen und Bürger nämlich erst recht das Vertrauen in die Sicherheitsbehörden und letztlich den Staat verlieren.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Eine pauschale Veröffentlichung kommt ebenfalls nicht infrage, wenn auch die erste Reaktion der Sicherheitsbehörden war, die Information für sich zu behalten, weil die in diesen Listen Geführten aktuell nicht gefährdet seien. Das könnte sich noch bitter rächen - hoffentlich nicht. Aber wir wollen nicht hoffen, und wir wollen uns auch nicht daran gewöhnen, von Rechten bedroht zu werden.

Nach öffentlicher Kritik hat das LKA Hamburg inzwischen eine Hotline eingerichtet. Andere Länder haben alle betroffenen Personen per Post informiert. Wenn es bei diesen Maßnahmen bliebe und man die Betroffenen damit alleinließe, fände ich das schwierig, weil es die Betroffenen natürlich verstört. Die allermeisten Menschen werden es sich nicht leisten können, eine Handvoll Bodyguards einzustellen. Wir wissen aber auch, dass die Opfer von solchen Bedrohungen nicht proaktiv Angebote annehmen. Deswegen müssen sie unterstützt werden.

Wir wollen erstens, dass Menschen, die auf solchen Listen verzeichnet sind, informiert werden. Zweitens muss diese Information mit sachgerechter Beratung verbunden werden. Drittens müssen die Betroffenen schnell und problemlos eine Anlaufstelle erhalten. Diese Möglichkeiten der Beratung und des Schutzes müssen auch denjenigen offenstehen, die sich aktuell nicht auf den Listen befinden.

Lassen Sie uns die Fehler, die bei der Aufarbeitung des NSU begangen wurden, nicht wiederholen!

(Tobias von Pein)

Lassen Sie uns die Gefahr, die von rechtem Terror ausgeht, endlich ernst nehmen! Lassen Sie uns am fragilsten Ende der Kette beginnen, nämlich bei den Opfern! - Ich danke Ihnen.

(Beifall SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die CDU-Fraktion hat das Wort der Abgeordnete Claus Christian Claussen.

Claus Christian Claussen [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten jetzt über zwei Anträge, nämlich den Antrag der SPD und dann den - natürlich viel besseren - Alternativantrag von Jamaika. Ich betone, dass beide Anträge das gleiche Ziel haben: der rechtsextremen Bedrohung mit allen Mitteln entgegenzutreten.

Nicht nur die unfassbaren Taten, die in dem NSU-Prozess Gegenstand der Aufklärung waren, und nicht nur der Mord an dem Regierungspräsidenten Walter Lübcke, sondern vor allem auch der tägliche Blick in die Medien zeigen eine Verrohung von Sitten und Sprache, die wir vermutlich vor ein paar Jahren so nicht für möglich gehalten hätten. Vielleicht haben wir diese Dinge auch nicht ernst genug genommen, weil uns einfach die Vorstellung fehlte, dass sich Menschen, die in unserer freiheitlichen Gesellschaft groß geworden sind, so weit von unseren Wert- und Moralvorstellungen entfernen können.

Wir müssen diese Entwicklung mit großer Aufmerksamkeit betrachten. Hass, Hetze und Bedrohung sind Vorboten von Gewalt, Totschlag und sogar Mord. Wir wollen dafür sorgen, dass unsere Behörden sachlich und personell gut aufgestellt sind, damit sie im Zusammenspiel mit dem Bund und den anderen Ländern diese Aufgaben bewältigen können.

Voraussetzung hierfür ist aber auch, dass die Lage erkennbar und einschätzbar ist. Es ist wichtig, dass der einzelne Betroffene die Behörden unterrichtet, Straftaten anzeigt, Strafanträge stellt und die Geschehnisse weder verdrängt noch ignoriert. Abgesehen davon, dass natürlich jede Polizeidienststelle zuständig dafür ist, solche Aussagen aufzunehmen, muss den Betroffenen die Kontaktaufnahme möglichst leicht gemacht werden. Jede mögliche Hemmschwelle muss beseitigt werden. Jeder muss wissen, dass er oder sie Information, Beratung und auch Schutz erhält. Wir begrüßen daher die Ankün-

digung unseres Innenministers, den Verfassungsschutz insoweit neu zu organisieren und personell zu stärken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, aus meiner Sicht muss klar sein, dass die Lagebeurteilung, die Einschätzung der Gefährdung von den Behörden vorgenommen wird und sie über die zu treffenden Maßnahmen entscheiden. Es kann nicht sein, dass die Betroffenen automatisch von der Polizei unterrichtet werden müssen, wenn ihr Name sich auf irgendeiner obskuren Liste befindet. Dann würde die Polizei unfreiwilliger Handlanger der Extremisten, frei nach dem Motto: Der Rechtsextreme schreibt, und die Polizei stellt zu.

Ich will hier überhaupt nichts verniedlichen oder verharmlosen - das habe ich schon zu Beginn gesagt -, aber wir dürfen auch niemandem Hilfestellung leisten, Angst und Schrecken zu verbreiten.

(Beifall CDU, FDP und SSW)

Um die Sorgen und Nöte der Betroffenen aufzufangen, sind wir - durch die Unterstützung des Zentrums für Betroffene rechter Angriffe, das das schöne Kürzel „Zebra“ trägt - bereits den Weg gegangen, auch zivilgesellschaftliche Hilfe außerhalb der Sicherheitsbehörden zu fördern. Auch hierüber müssen die Betroffenen natürlich informiert werden.

Meine Damen und Herren, auch wenn wir bereits eine Menge auf den Weg gebracht haben, rechtsextreme Bedrohungen zu bekämpfen, lohnt es sich, die Anträge zur weiteren Beratung an den Innen- und Rechtsausschuss zu verweisen. Es darf weder real noch virtuell rechtsfreie Räume geben.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Verhaltensweisen, die wir auf der Straße, im öffentlichen oder im privaten Raum nicht dulden, dürfen auch im Internet nicht sanktionslos bleiben. Hass, Hetze und Bedrohung sind Straftaten, die verfolgt werden müssen. Dazu bedarf es der Mithilfe der Betroffenen, sachlich und personell gut ausgestatteter Behörden sowie des klaren politischen Willens, sich unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung von nichts und von niemandem kaputt machen zu lassen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Daran sollten wir auch über Fraktionsgrenzen hinweg gemeinsam arbeiten. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Claus Christian Claussen)

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, vereinzelt SPD und Beifall Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Lasse Petersdotter das Wort.

Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Ob Diskriminierungen, Beleidigungen, Drohungen, Erpressungen, Verleumdungen, rohe Gewalt oder gar Mord - all das erleben Opfer rechter Angriffe. Oft handelt es sich dabei um eine Mischung unterschiedlicher Faktoren; selten kommt einer dieser Bereiche allein vor.

Jeder stelle sich einmal vor, wie der Ablauf ist: Man wird Opfer von Gewalt von rechts. Man wird zusammengeschlagen oder anderweitig angegangen. Wenn man sich entscheidet, zur Polizei zu gehen, dauert es dann aber noch eine ganze Zeit, bis eine Verurteilung oder wenigstens ein Prozess stattgefunden hat. In dieser Zeit nutzen die Rechtsextremen immer wieder ihre Möglichkeiten zur Bedrohung und Einschüchterung. Man hört von anderen aus den Szenen. Freunde kommen auf einen zu und sagen: Auf der Baustelle wurde übrigens über dich gesprochen. Dort sind ein paar Kameraden von denen, mit denen du Probleme hattest.

Das löst im Wesentlichen eines aus: Angst. Diese Angst sorgt dafür, dass Menschen sich entscheiden, an bestimmte Orte nicht mehr zu gehen, bestimmte Bereiche der Stadt und des Arbeitsumfelds zu meiden. Dazu kann auch die Universität gehören. Deshalb haben wir, als ich im AStA war, Zebra an die Universität geholt. Wenn man sein Studium absolvieren muss, kann man sich eben nicht mehr wirklich entscheiden, dem Campus fernzubleiben und Umwege zu gehen. Es kann nicht sein, dass man sich entscheiden muss, Stück für Stück Freiheiten aufzugeben, auch bezüglich der Frage, wie man sich kleidet und ob man sich demokratisch engagiert oder ob man es lieber sein lassen sollte.

Für viele ist diese Abwägung keine Möglichkeit. Gerade für Menschen, die von Rassismus, Homophobie oder Transphobie betroffen sind, ist es keine Möglichkeit, Angsträume zu meiden, weil der Angstraum omnipräsent wird und unveränderliche Äußerlichkeiten immer eine Zielscheibe rechtsextremer Gewalt sind.

Zu lange hatten die Strategien gegen Rechtsextremismus in Deutschland den Täter im Fokus. Es wurde immer nur als Reaktion auf den Täter agiert. Das ist ein Fehler gewesen - eine Erkenntnis, die heute hoffentlich bei vielen Menschen angekommen ist. Das Entscheidende ist die Opferperspektive. Es ist wichtig zu sehen, was die Opfer empfinden, aber auch, was sie wissen. Das ist eine der wichtigen Erkenntnisse aus dem NSU. Man darf in diesem Zusammenhang nicht vergessen, dass die Migrationsverbände sehr früh darauf hingewiesen haben, dass es sich um rechtsextreme Morde handelt und dass die Täter nicht etwa aus der eigenen Community kommen. Aber auch die zivilgesellschaftlichen Akteure haben nicht darauf gehört, sondern sind weiterhin andere Wege gegangen. Wie sich die Zivilgesellschaft dort aufgestellt hat, war ebenfalls ein Fehler.

Ich habe vor zwei Wochen die Geschäftsstelle von Zebra, dem besagten Zentrum für Opfer rechter Angriffe in Kiel, besucht. Das ist auch die zentrale Beratungsstelle in Kiel. Ich muss sagen: Es macht einen schon ein Stück weit stolz, wenn man sieht, was wir erreicht haben. Bei dem Besuch vor einem Jahr wurde uns gesagt, dass es Probleme gebe, in der Geschäftsstelle vertrauliche Gespräche zu führen, weil sie viel zu klein war. Wir, die Jamaika-Koalition, haben uns dazu entschieden, dem zuständigen Verband mehr Geld zur Verfügung zu stellen. Jetzt verfügen sie über neue, sehr zentral gelegene Örtlichkeiten in Kiel. Wir haben sie auch personell gestärkt, ebenso wie andere Beratungsangebote.

(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt CDU)

Diese Beratungsstellen müssen neben der Polizei auch weiterhin die Anlaufstelle für die Zivilgesellschaft sein. Aus diesem Grunde halte ich eine weitere ausgewiesene Anlaufstelle bei der Polizei nicht für hilfreich; denn man darf nicht vergessen, dass es nicht hilft, eine einzige Person bei der Polizei zu benennen. Vielmehr halte ich den Kurs des Innenministeriums, zu sagen, jede Polizeidienststelle sei eine Anlaufstelle, für genau den richtigen Weg. Denn das ist niedrigschwellig. Wenn ich nicht die Kommunikation bis in den letzten Ort Schleswig-Holsteins schaffen kann, ist immer die Polizei, die man vor Ort hat, der richtige Ansprechpartner.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Wir müssen die Polizei und natürlich auch die anderen Behörden so aufstellen, dass sie auf neue Be-

(Lasse Petersdotter)

drohungslagen angemessen reagieren können. Deswegen ist gerade die Neuausrichtung des Verfassungsschutzes ganz wichtig, das Internet stärker im Blick zu haben, aber auch wissenschaftlich im Blick zu haben, wie sich die neue Rechte organisiert. Wir müssen Beratungen anbieten. Jede Person in Schleswig-Holstein hat das Recht, sich an die Polizei zu wenden mit der Frage: Stehe ich auf einer Feindesliste? Das Recht, sich dort darüber zu informieren, hat jeder Bürger in Schleswig-Holstein.

All das werden wir aber auch noch vertiefter im Ausschuss diskutieren, auch die Frage, ob eigentlich jeder informiert werden sollte. Ich bin der Meinung, dass jeder informiert werden sollte, der auf einer Liste steht. Ich sehe aber auch Haken, über die man nachdenken muss. Denn letzten Endes übernimmt man damit die Kommunikation der Nazis. Man sorgt nämlich dafür, dass jede Bedrohung beim Bedrohten ankommt. Das ist ein Nebeneffekt, bei dem man zwar sagen kann, der ist nicht so nachteilig; aber das ist ein Nebeneffekt, über den wir mit Expertise im Ausschuss diskutieren sollten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir müssen in der Strategie gegen Rechtsextremismus sagen: Der Fokus auf die Täter ist wichtig, aber er darf nicht der alleinige Fokus sein. Jedes demokratische Engagement bedeutet nicht nur, dass man sich gegen die Feinde der Demokratie stellt, sondern eben auch an die Seite der Opfer dieser Feinde. Genau in diese Richtung gehen beiden Anträge, worüber ich sehr froh bin. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Hans-Jörn Arp [CDU])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die FDP-Fraktion hat das Wort der Abgeordnete Jan Marcus Rossa.

Jan Marcus Rossa [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Rechtsextreme Bedrohung zu bekämpfen, das dürfte in diesem Haus auf breite Zustimmung treffen. Wir dürfen demokratiefeindliche Strömungen nicht tolerieren. Das ist gerade in einem freiheitlich-demokratischen Staat wie der Bundesrepublik Deutschland eine besondere Herausforderung. Denn es gehört eben auch zu den Grundprinzipien einer Demokratie, unterschiedliche Meinungen vertreten zu können, auch wenn sie ext-

rem erscheinen oder es im Einzelfall tatsächlich sind.

Die Grenze der Meinungsvielfalt und Meinungsfreiheit ist aber da erreicht, wo sie sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung richtet und Menschen bedroht oder körperlich angreift. Ist diese Grenze überschritten, muss sich eine Demokratie wehren. Das gilt in besonderem Maße für die Bundesrepublik Deutschland. Sie ist aus einem der menschenverachtendsten Regime, die Menschen je hervorgebracht haben, hervorgegangen. Sie ist das Produkt der grausamen Erfahrungen, die wir mit einem faschistischen Staat gemacht haben. Wir dürfen nicht vergessen, dass eine schwache Demokratie den Weg für die Feinde der Demokratie geebnet hat, die auf der Grundlage der Weimarer Reichsverfassung die Macht in Deutschland zumindest legal errungen haben.

Die Schöpfer des Grundgesetzes haben aus diesen Erfahrungen gelernt und daher eine Verfassung erarbeitet, die vom Bundesverfassungsgericht wiederholt in seinen Entscheidungen als streitbare und wehrhafte Demokratie bezeichnet wird. Damit sich in Deutschland die Geschichte nicht wiederholen kann, wird die freiheitlich-demokratische Grundordnung durch unsere Verfassung besonders geschützt; denn sie kann eben nicht auf legalem Weg oder durch Mehrheitsbeschlüsse aufgehoben werden. Hier besteht eine Ewigkeitsgarantie, die wir achten müssen. Jedermann, der das infrage stellt, ist ein Feind unserer Verfassung und unserer Gesellschaftsordnung. Der Staat, unsere Gesellschaft ist nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet, gegen verfassungsfeindliche Einzelpersonen oder Gruppierungen vorzugehen, um sie in die Schranken zu weisen.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir dürfen auch in Zukunft nicht zulassen, dass die Feinde der Demokratie andere Menschen bedrohen, sie angreifen, verletzen oder, wie zuletzt im Fall des Regierungspräsidenten Walter Lübcke, einen Menschen sogar ermorden. Walter Lübcke ist ganz unbestreitbar ins Visier von Rechtsextremisten geraten, weil er sich auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise für diese Flüchtlinge eingesetzt und sich der PEGIDA-Bewegung entgegengestellt hat. Da sein Engagement für die Grundwerte unserer Gesellschaft deutschlandweit Aufmerksamkeit erzeugt hat, wurde er zum Ziel rechtsextremer Anfeindungen, die schließlich zu seiner Ermordung führten. Die Ermordung eines Menschen, der für Humanität, für Menschen- und Grundrechte eintrat und sich ge-

(Jan Marcus Rossa)

gen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus stellte, ist erschütternd und eine ernst zu nehmende Bedrohung für unseren Rechtsstaat und unsere Gesellschaft; denn diejenigen, die für den Tod von Walter Lübcke verantwortlich sind, bedrohen auch andere Menschen in diesem Land, wenn ihnen deren Meinungen missfällt.

Wir dürfen Menschen, die unsere Gesellschaftsordnung und das Existenzrecht der Bundesrepublik Deutschland infrage stellen, kein Pardon gewähren, sondern müssen entschieden gegen solche Strömungen vorgehen.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Der Staat und seine Sicherheitsbehörden müssen dafür sorgen, dass durch Einschüchterung und Bedrohung der demokratische Diskurs nicht leidet und geschwächt wird. Es ist deshalb richtig und wichtig, wenn wir unsere Sicherheitsbehörden stärken, um Extremisten zu bekämpfen, die unseren Staat beschädigen und unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung zerstören wollen. Wir dürfen es nicht dulden, dass Gruppierungen wie die Reichsbürger, die Gruppe Nordkreuz oder auch Bewegungen wie die PEGIDA unseren Staat infrage stellen und diesen bekämpfen wollen.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir müssen auch dafür sorgen, dass die Menschen, die von Rechtsextremisten bedroht werden, geschützt werden. Wir dürfen nicht zulassen, dass Angst und Schrecken durch die Feinde der Demokratie geschürt werden und dadurch unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung unterminieren und beschädigen.

Deshalb ist die fraktionsübergreifende Initiative die richtige Antwort, sich Rechtsextremisten entgegenzustellen und die Bedrohten zu schützen. Ja, wir sind eine streitbare Demokratie. Das sollen auch die zu spüren bekommen, die sich als Staats- und Verfassungsfeinde gegen die Mehrheit in unserem Land stellen und versuchen, unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung zu zerstören.

Lassen Sie sich gesagt sein: Wir werden die Menschen, die uns bedrohen, enttarnen. Wir werden sie mit rechtsstaatlichen Mitteln verfolgen und zur Verantwortung ziehen. Und wir kennen kein Pardon. Das sind wir unserem Staat, unserer Verfassung und den Menschen, die hier in Freiheit und Sicherheit leben wollen, schuldig. Dieser Verpflichtung werden wir nachkommen.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Das ist keine Drohung, sondern ein Versprechen. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Abgeordneten der AfD-Fraktion hat das Wort der Abgeordnete Claus Schaffer.

Claus Schaffer [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Verehrte Gäste! Zunächst vielen Dank für die Initiative der Landesregierung zu einem Fachgespräch am Dienstag hier im Hause.

Die sehr besonnene Art des Vortrags der Vertreter der Sicherheitsbehörden zur Extremismuslage in Schleswig-Holstein und etwaiger Bedrohung von Amts- oder Mandatsträgern trug ganz erheblich zur Versachlichung der Diskussion über dieses Thema bei.

Herr von Pein, wären Sie bis zum Schluss geblieben, hätten Sie zur Kenntnis nehmen können, dass auch für Schleswig-Holstein gilt, was das Bundeskriminalamt bereits öffentlich erklärte: Es gibt keine Feindes- oder Todeslisten, auch nicht mit Bezug auf Schleswig-Holstein.

Der von Ihnen eingebrachte Antrag ist damit in seiner Gesamtheit als linkspopulistische Angst- und Panikmache entlarvt. So kurz vor den anstehenden Landtagswahlen ist die eigentliche Intention Ihres Antrags damit auch offen erkennbar.

Es dabei zu belassen, würde aber dem in der Tat sehr ernstesten Thema nicht gerecht werden, bei dem es im Grunde darum geht, öffentlich zu thematisieren, dass Amts- und Mandatsträger Angriffsziele politischer Gewalt aus den unterschiedlichen Lagern von Extremisten sind. Tatsächlich ist nur das öffentliche Ansprechen dieses Phänomens dazu in der Lage, hier etwas zu bewegen.

(Beifall AfD)

Die bisher in Schleswig-Holstein erfolgten politisch motivierten Angriffe, zumeist Bedrohungen, Sachbeschädigungen, Körperverletzungen, öffentliche Diffamierungen - das sind die sogenannten Outings in der Nachbarschaft, beim Arbeitgeber oder auch in Universitäten, aber auch die Brandstiftungen zum Beispiel an Kraftfahrzeugen - haben eine zentrale Zielrichtung. Das ist bereits angesprochen worden.

(Claus Schaffer)

Es geht um Einschüchterung. Der so Eingeschüchterte soll aus Angst um sein Hab und Gut, seiner sozialen Reputation oder seine körperliche Unversehrtheit davon abgehalten werden, sich aktiv an der politischen Meinungs- und Willensbildung zu beteiligen. An dieser Stelle müssen wir politische Gewalt immer auch als Angriff auf unsere demokratische Verfasstheit betrachten.

(Beifall AfD)

Wenn politische Gewalt in der Konsequenz Menschen davon abhält, sich politisch zu betätigen, dann ist zwangsläufig und auf Sicht der Verlust unserer Demokratie zu befürchten. Wir werden uns als überzeugte Demokraten mit aller Macht dagegenstellen.

(Beifall AfD)

Nun hat sich Jamaika zu einem Alternativantrag entschlossen, der in die richtige Richtung geht, letztlich aber auch genau das bestätigt, was ich hier im Hause bereits mehrfach angesprochen habe. Das wurde auch in dem Fachgespräch wieder deutlich. Die regierungstragende Koalition aus CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP möchte verstärkte Anstrengungen im Kampf gegen den Rechtsextremismus unternehmen. Ja, meine Damen und Herren, die AfD-Fraktion würde Ihnen hierbei auch vorbehaltlos zustimmen, aber offenbar ist Ihnen ein nicht ganz unwesentlicher Teil des Fachgespräches wieder einmal durchgerutscht: Wir haben in Schleswig-Holstein ein massives Linksextremismusproblem.

(Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ah!)

Linksextremistische Taten werden im jamaikanischen Alternativantrag mit keiner Silbe erwähnt. Dass die SPD das nicht tut, ist mir vollkommen klar. Dieser Trend, den Linksextremismus auszublenken, wurde auch im Fachgespräch wieder sehr deutlich. Während das Phänomen Rechtsextremismus in angemessener Tiefe beleuchtet wurde, begnügte man sich beim Linksextremismus aus Sicht des Verfassungsschutzes allein damit, recht lapidar festzustellen, dass es dort im Grunde genauso zugehe. Mehr nicht, das war schon alles.

Statistiken unserer Sicherheitsbehörden allein sind offensichtlich nicht dazu geeignet, das Problem des politischen Extremismus angemessen zu bewerten. Wenn nun auch noch hinzukommt, dass der politische Raum nicht dazu bereit ist, den Linksextremismus in Schleswig-Holstein offen und öffentlich zu thematisieren, entsteht ein Ungleichgewicht zu-

gunsten des Linksextremismus. Das wiederholte Schweigen der Landespolitik und auch der Landesregierung zu linksextremistischen Taten ist der Beleg dafür, dass man linksextremistische Gewalt duldet und diese damit gleichsam legitimiert.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Quatsch!)

Ich wünsche mir - das ist ein ernst gemeinter Wunsch -, dass die Landesregierung, Landespolitik und Gesellschaft gleichermaßen gemeinsame Anstrengungen unternehmen, um politische Kriminalität gleich welcher Couleur entschieden zu bekämpfen.

(Wortmeldung Christopher Vogt [FDP])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr - -

Claus Schaffer [AfD]:

Ihre Anträge lassen dies leider nicht erkennen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zurück zum eigentlichen Thema, nämlich Rechtsextremismus.

(Beifall SSW, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Ich kann zumindest als Replik eines feststellen: Das gesamte Haus außer der AfD besteht anscheinend nur aus Linken und Linksextremisten. Wenn das Ihre Sicht der Dinge ist, fühle ich mich auch als Linker ganz wohl, meine Damen und Herren. Jetzt aber wirklich zum Thema.

Walter Lübckes Tod - das ist eigentlich der Hintergrund - hat uns wirklich entsetzt, meine Damen und Herren. Davor haben uns über Jahre die Erkenntnisse aus der Aufarbeitung der NSU-Morde immer wieder fassungslos zurückgelassen. Das sind Dinge, die sich sehr stark von dem unterscheiden, was wir bisher von Linksextremisten gewohnt waren. Es ist verständlich, dass sich daraus ein erhöhter Wunsch nach Information ergibt. Es geht ja allgemein um die Frage, welchen Umgang wir mit Listen, die bei Vertretern des rechten Terrors gefunden wurden,

(Lars Harms)

pflegen wollen. Nicht erst durch den Mord an Walter Lübcke ist klar, dass Listen dieser Art keine Bagatellen sind. Das sind sie nun wirklich nicht.

Nun gibt es aber berechtigterweise unterschiedliche Arten und Weisen des Umgangs damit. Über die 10.000er-Liste, mit der auch der NSU hantierte, wissen wir, dass 24 Menschen aus Schleswig-Holstein auf ihr standen, und sie wurden vom LKA angeschrieben, und zwar, wie wir vom Innenministerium erst letzte Woche noch gehört haben, ausschließlich aufgrund der Schwere der durch den NSU verübten Taten.

Diskussionen gibt es nun bei uns wegen der sogenannten Nordkreuz-Liste mit 25.000 Namen. In Hamburg wurde mittlerweile eine Telefonnummer vom LKA eingerichtet, an die sich die betroffenen Menschen wenden können. In Mecklenburg-Vorpommern werden Betroffene derzeit angeschrieben. Der Grund scheint das hier mittlerweile entstandene öffentliche Interesse zu sein. Unser Landeskriminalamt möchte bisher keine Auskunft geben. Für mich gibt es durchaus berechtigte Einwände gegen automatisierte Veröffentlichungen oder die Bereitstellung derartiger Daten auf Anfrage; denn - das haben auch andere schon gesagt - so schüren wir Angst, wir verunsichern gegebenenfalls politisch Aktive und ihre Familien und machen uns so mit den Urhebern dieser Liste gemein. Wir machen praktisch ihre Arbeit, und genau das sollte nicht der Effekt sein.

Schlimmstenfalls holen sich Menschen nun die Informationen ab, dass sie auf einer bei Razzien gefundenen Liste standen, und leben fortan in einer unbestimmten Angst, ohne weitere Angebote der Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Wir lassen Menschen dann mit dem Gefühl zurück, dass sie in Gefahr schweben und ihnen nicht geholfen wird.

Die in rechtsextremen Zirkeln kursierenden Listen unterscheiden sich stark in ihrer Genauigkeit und in ihrem Umfang. Die Liste von der Gruppe Nordkreuz hat, wie gesagt, 25.000 Namen erfasst. Sie verunsichert uns als Privatpersonen oder auch als in der Öffentlichkeit stehende Menschen so stark, weil wir nicht wissen, wer sich diese Daten zu eigen macht, sich zu eigen gemacht hat und sie vor allem auch als eine Art Handlungsauftrag versteht.

Konkret möchte ich nun zu den Anträgen drei Punkte anführen: Erstens. Ich finde es schwierig, wenn die drastischen Begriffe, die in den Medien kursieren, so in politische Anträge übernommen werden. Manchmal lesen wir in den Zeitungen von Feindeslisten, manchmal sogar von Todeslisten,

meist hantieren unsere Zeitungen mit diesen Begriffen in Gänsefüßchen. Diese Begriffe so in die parlamentarische Diskussion zu übernehmen, festigt sie und verleiht ihnen einen scheinbaren Wahrheitsgehalt. Das ist etwas, was eigentlich niemand will.

Zweitens. Es ist ein groß angelegtes Vorhaben, Information und Beratung für von Rechtsextremen bedrohte Menschen neu zu organisieren. Für mich steht außer Frage, dass die konkrete Gefährdungseinschätzung bei den Sicherheitsbehörden bleiben muss. Tatsächlich frage ich mich aber, ob es wirklich sinnvoll wäre, eine Anlaufstelle beim Innenministerium einzurichten. Ich könnte mir vorstellen, dass gerade Personen, die sich politisch eher weiter links von der Mitte bewegen, Hemmungen haben, sich an ein Ministerium zu wenden. Wir glauben, dass stattdessen Beratungsstellen wie Zebra e.V., die auch psychosoziale Beratung leisten und weitere Unterstützung vermitteln können, bei Bedarf besser als bisher gefördert werden sollten, dass das Ganze also nicht beim Innenministerium angesiedelt wird.

Drittens. Für uns bleibt der Konflikt bestehen, ob es nun wirklich der richtige Weg ist, Einzelpersonen, die tatsächlich nur auf einer Liste stehen, weil sie bei einem linken Versandhandel bestellt haben, mit einer abstrakten Gefahr zu behelligen. Dass Personen, wenn sie konkret in Gefahr sind, informiert werden müssen, ist vollkommen klar. Es geht also um den Zwiespalt zwischen angemessener Information und dem groß angelegten Verbreiten von Angst. Wir sollten in aller Ruhe im Ausschuss beraten, ob wir wirklich alle Personen anschreiben, ob wir wirklich alle informieren wollen oder ob es nicht besser ist, es alles so auf sich beruhen zu lassen und nur bei einer konkreten Gefährdung selber zu handeln. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD, vereinzelt CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort hat die Abgeordnete Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein.

Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sowohl Mecklenburg-Vorpommerns Innenminister Lorenz Caffier als auch Bundesinnenminister Horst Seehofer betonten mehrfach, dass von Feindes- und Todeslisten gerade keine Rede sein könne und vor allem, dass keine Anhaltspunkte für konkrete Ge-

(Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein)

fährungen vorlägen. Auch der Landesverband der AfD Mecklenburg-Vorpommern fand sich auf der angeblich rechten Liste, die sich als Kundendatei entpuppt hat. Mit gutem Recht könnte sich auch die AfD als potenzielles Opfer von vorgeblichen Todeslisten und linksextremer Gewalt stilisieren. Ich wundere mich deshalb, dass die SPD ihren Antrag nicht zurückgezogen hat und die Regierungsparteien ebenfalls mit einem einäugigen Antrag beigesprungen sind. In Wirklichkeit geht es doch darum, weitere Fördermittel für linksgrüne Projekte im Rahmen sozialistischer Vetternwirtschaft anzuschieben.

(Lachen bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber reden wir doch zur Abwechslung mal von Fakten.

(Unruhe)

Dazu ein Zitat:

(Anhaltende Unruhe - Christopher Vogt [FDP]: Ihre Chefin!)

„Fakt bleibt: Man muss Positionen und Personal der Rechtspopulisten attackieren, weil sie gestrig, intolerant, rechtsaußen und gefährlich sind!“

Diese Aufforderung zu politisch motivierter Gewalt des Superdemokraten Stegner, der Vorsitzender der einst großen SPD werden möchte, hat tatsächlich gefruchtet. Im zweiten Quartal 2019 gab es in Deutschland 31 gewaltsame Angriffe auf Politiker; mehr als drei Viertel dieser Attacken richteten sich gegen AfD-Vertreter. 24 Gewaltattacken in drei Monaten!

Da wir gerade bei den Landesgeschäftsstellen sind: Schauen Sie sich mal den Zustand der Landesgeschäftsstelle in Kiel an.

(Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb fordere ich Mittel für den Kampf gegen Linksextremismus und Linksterrorismus. - Vielen Dank.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort für einen Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vier Anmerkungen zu der Debatte.

Erstens. Zu der Frage, was da in der Sache passiert, haben viele Kolleginnen und Kollegen schon Richtiges gesagt. Das muss man nicht wiederholen. Ich meine allerdings, dass wir in der Gesellschaft darüber reden müssen, dass wir deutlicher feststellen müssen, dass wir jedwede Form von Gewalt verurteilen, egal, von wem sie ausgeht, und egal, gegen wen sie sich richtet, und egal, wie sie begründet wird.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD, SSW und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Zweitens. Ich glaube, auch in den demokratischen Parteien müssen wir aufpassen, dass wir nicht in Randbereichen Dinge zulassen, die als Ermunterung gewertet werden können und die die rechten Parteien stärken. Ich nenne als Beispiel Herrn Maaßen. Sie haben mitbekommen, dass sich das, was vor einem Jahr über Chemnitz gesagt worden war, als wahr erwiesen hat. Es gibt Polizeiprotokolle, die zeigen, dass Hetzjagden geplant worden sind gegen Menschen, die anders aussehen, die Flüchtlinge sind. Dieser Herr Maaßen geistert jetzt sozusagen herum - sein Nachfolger macht übrigens gute Arbeit, wenn ich das hier sagen darf -, und dann wird er von seiner Parteivorsitzenden - zu Recht - gerüffelt, und die wird daraufhin vom Generalsekretär zurückgepfiffen. Das sind die falschen Signale, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir müssen uns klipp und klar von allem abgrenzen, was in dieser Richtung passiert.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Drittens. Die AfD ist keine normale Partei. Es ist nicht so, dass da nur ein paar Bestimmte dabei wären. Sie ist keine normale Partei. Wenn der Kreisverband Dithmarschen den Mord an Herrn Lübcke öffentlich feiert, dann ist das eine Riesensauerei. Wer in einer solchen Partei ist, sollte sich schämen. Ich muss sagen: Das ist keine normale Partei!

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Deswegen haben wir zwei Dinge zu tun. Wir müssen auf der einen Seite als demokratische Parteien die Probleme lösen, damit die Angstmacher keine Chance haben, die Situation auszubeuken. Das gilt überall, auch bei uns. Auf der anderen Seite kann es keine Normalisierung geben. Es ist völlig schnurz, ob jemand aus einer solchen Partei austritt oder nicht austritt. Das ist alles der gleiche Verein - wenn ich das mal so sagen darf. Wer sich so äußert, wer sich klar gegen die Grundwerte unserer Verfas-

(Dr. Ralf Stegner)

sung äußert, mit dem darf man nichts gemein haben wollen. Da kann das Ziel erst erreicht sein, wenn diese Leute nicht mehr in Parlamenten sitzen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und vereinzelt CDU)

Lassen Sie mich - viertens - auch noch eine persönliche Anmerkung machen als jemand, der häufig selbst erlebt hat, wie es ist, bedroht zu werden, der insbesondere aber auch die Bedrohung von Familienmitgliedern erlebt hat. Was einen selbst angeht, so muss ich sagen: Das fruchtete bei mir noch nie. Man darf da nie weichen. Im Übrigen sind wir Politiker privilegiert; wir sind besser geschützt als andere Menschen. Dass aber Familien hiervon betroffen sind, zeigt mir, dass hier teilweise Grenzen überschritten werden, bei denen wir Demokratinnen und Demokraten immer zusammenstehen müssen. Wir mögen leidenschaftlich streiten über alles, worüber man streiten kann; das gehört zur parlamentarischen Demokratie. Aber wir müssen zusammenstehen gegen die Gefahren von rechts. Es darf nicht sein, dass Menschen in Deutschland wieder Angst haben müssen vor Nazis und vor rechter Bedrohung. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und vereinzelt CDU)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort für einen weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Christopher Vogt.

Christopher Vogt [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin dem Kollegen Stegner sehr dankbar für seinen Beitrag. Er hat einige Dinge gesagt, die ich hier auch hätte sagen wollen. Ich hatte ja versucht, dem Abgeordneten Schaffer eine Frage zu stellen; er ist dann aber weggelaufen. Deswegen habe ich gedacht, ich melde mich zu einem Dreiminutenbeitrag. Denn hier sind von der AfD wieder mal Sachen rausgehauen worden, die absurd sind und die so nicht stehen gelassen werden können.

Herr Schaffer, dieser etwas peinliche Versuch, sich aus der Affäre zu ziehen, indem Sie immer wieder sagen: „Na ja, alle anderen außer uns haben das Problem des Linksextremismus gar nicht erkannt“, und meinen, hieraus eine Schieflage ableiten zu können, entsteht, wenn man den Rechtsextremismus anspricht - -

(Jörg Nobis [AfD]: Das stimmt doch!)

- Herr Nobis, zu Ihnen komme ich gleich noch.

(Jörg Nobis [AfD]: Wir sprechen doch allgemein von Extremismus!)

Es ist wirklich eine peinliche Nummer, sich so aus der Affäre ziehen zu wollen.

Im Übrigen: Wenn Sie ein gutes Gedächtnis hätten, was G 20 und so weiter betrifft, wüssten Sie: Auch da haben wir uns aus gutem Anlass mit Linksextremismus und Gewalt auseinandergesetzt und haben über die Bekämpfung demokratischer Strukturen gesprochen. Hier geht es aber explizit um den Rechtsextremismus, um die terroristischen Formen, die da zutage treten und die aktuell unsere Demokratie bedrohen. Diese kommen auch aus Ihrem Partei Umfeld, um das ganz deutlich zu sagen.

Ich verstehe nicht, Herr Schaffer, wie man sich hier hinstellen und sagen kann, man würde ja auch den Rechtsextremismus bekämpfen wollen, während man gleichzeitig einer Partei angehört, die mit Vertretern von PEGIDA und mit anderen Leuten Seite an Seite durch unsere Städte marschiert. Das kann doch nicht ernst gemeint sein, Herr Schaffer.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sie wollen meiner Partei solche Verharmlosungsgeschichten anhängen. Eines können wir sicherlich bestätigen: Alle in meinem Gesichtsfeld stehen links von der AfD; das ist klar. Das heißt nicht, dass wir Linksterrorismus verharmlosen, sondern wir wollen alle Formen des Extremismus bekämpfen - hier gerade den Rechtsextremismus.

Herr Schaffer, ich will Ihnen noch etwas sagen: Sie haben jetzt Frau von Sayn-Wittgenstein aus Ihrer Partei und aus Ihrer Fraktion geschmissen. Sie ist ja trotzdem irgendwie noch Ihre Landesvorsitzende; auch das zeugt ja von - sagen wir mal - Sachverstand und klarem Denken. Aber ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Wenn Sie wirklich auch nur einen Hauch von Glaubwürdigkeit haben wollen, wenn es darum geht, sich vom Rechtsextremismus zu distanzieren, dann müssen Sie vier Herren endlich Ihre Partei verlassen. Ansonsten - das muss ich ganz ehrlich sagen - nimmt Ihnen das kein Mensch ab, kein Mensch in diesem Haus und kein Mensch außerhalb.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf Jörg Nobis [AfD])

Am Ende ist es für uns aber auch nicht entscheidend, ob die AfD weiterhin Abgeordnete in diesem

(Christopher Vogt)

Hohen Haus haben wird. Bei der nächsten Landtagswahl wird sich das eh erledigen; dafür werde ich mich einsetzen und, wie ich glaube, auch alle anderen, die hier sitzen.

(Jörg Nobis [AfD]: Da war der Wunsch der Vater des Gedankens!)

- Früher oder später, Herr Nobis, werden Sie keine AfD-Abgeordneten hier in diesem Hohen Haus haben, und auch Sie selbst werden nicht mehr dabei sein. Insofern wird sich die Sache früher oder später eh erledigen. Trotzdem werden wir alles dafür tun, dass das passiert. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Landesregierung hat das Wort der Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration, Hans-Joachim Grote.

Hans-Joachim Grote, Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr von Pein, ich bin Ihnen für die einleitenden Worte, die Sie gewählt haben - Sie sagten, was da passiert, darf nicht verharmlost werden -, dankbar. Ich zumindest glaube es und kann dies auch für die Regierung sagen: Das teilen wir voll und ganz. Das machen wir definitiv.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Es wäre auch brandgefährlich, so etwas zu verharmlosen.

Meine Aufgabe ist es, die Menschen vor Bedrohungen, insbesondere vor Bedrohungen durch Extremismus, zu schützen. Das ist eine meiner wichtigsten Aufgaben als Innenminister.

Extremismus richtet sich sowohl gegen Einzelne als auch gegen unseren freiheitlich-demokratischen Staat, gegen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung. Auch menschenfeindliche Bedrohungen, Hass und Hetze müssen wir, ganz besonders im Internet, frühzeitig erkennen, um gezielt dagegen vorzugehen.

Mit der Neuausrichtung unseres Verfassungsschutzes gehen wir bereits einige Schritte in diese Richtung. Wenn die zwölf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Ende dieses Jahres ihre Arbeit komplett aufgenommen haben, können wir unseren gesetzlichen Auftrag deutlich effektiver als bislang erfül-

len. Es ist deshalb ein gutes Signal, dass das Parlament dieses Vorgehen mit breiter Mehrheit unterstützt.

Wir können es uns nicht erlauben, diese Vorgänge in sozialen Medien nur zu beobachten. Gerade die Debatte um die Informationssammlungen, die - teilweise bis hin zum Stichwort „Todes- oder Feindeslisten“ - medial zugespitzt wurden, machen das deutlich.

Ich möchte in der heutigen Diskussion deshalb ein wenig zur Aufklärung beitragen, und ich möchte auch etwas Beruhigung im Hinblick auf dieses Thema vermitteln. Es handelt sich bei diesen Sammlungen um unterschiedlichste Dokumente, um Datensätze, um Versatzstücke mit Informationen zu Personen, Institutionen und Organisationen.

Teilweise handelt es sich um gezielt recherchiertes Material, etwa aus öffentlich zugänglichen Quellen. Manche Sammlungen umfassen mehrere 10.000 Datensätze, andere bewegen sich im zweistelligen Bereich. So stammen zum Beispiel die Daten der in der Öffentlichkeit thematisierten 25.000er-Liste aus einem Hack eines Online-Händlers. Diese Sammlung kursiert bereits seit 2015. Seit 2015 ist diese Liste im Internet verfügbar.

Wenn man sich dieses vor Augen führt, wird deutlich: Nicht jede und jeder, der in so einer Sammlung auftaucht, ist per se gefährdet. Aus diesem Grunde schießt es auch über das Ziel hinaus, jede Person, die in einer solchen Informationssammlung genannt wird, allein aufgrund der Nennung aktiv zu informieren und zu beraten. Vor allen Dingen bitte ich darum, die Folgen eines solchen Imperativs zu bedenken. Wenn wir grundsätzlich jeden Betroffenen anschreiben, können die Verfassungsfeinde künftig die Arbeit unserer Sicherheitsbehörden auf einfachste Art und Weise lahmlegen, nämlich durch die regelmäßige Veröffentlichung riesiger Datensätze, die im Netz verbreitet werden. Das halte ich nicht für sinnvoll.

Wir würden viele Menschen - das ist vorhin wiederholt angesprochen worden - zutiefst beunruhigen, obwohl keine Anhaltspunkte für eine Gefährdung vorliegen. Im Ergebnis würden wir das eigentliche Ziel des Antrags der SPD, den besseren Schutz gegen rechtsextreme Bedrohungen, konterkarieren.

Auf eines möchte ich heute ganz besonders hinweisen: Schon heute haben wir Beratungsstellen, an die sich jeder und jede wenden kann, egal, ob er oder sie auf einer Liste stehen oder nicht. Die zentrale Ansprechstelle für politisch motivierte Kriminalität ist der polizeiliche Staatsschutz. Dieser steht so-

(Minister Hans-Joachim Grote)

wohl Menschen zur Verfügung, wenn sie glauben, Opfer einer solchen Tat geworden zu sein, als auch Menschen, die eine Sorge haben und/oder sich einfach nur informieren wollen. Zuständig bei derartigen Delikten ist eine Abteilung im Landeskriminalamt. In Flensburg, Kiel, Itzehoe und Lübeck sind spezialisierte Kommissariate bei den Bezirksinspektionen eingerichtet. An diese Stellen kann sich jede Bürgerin und jeder Bürger direkt wenden oder auch an jede Polizeidienststelle, die dann den Kontakt vermitteln wird.

Noch eines möchte ich gern differenzieren: Wenn die Polizei den Anfangsverdacht einer Straftat hat oder ihr dies bekannt wird, werden strafrechtliche Ermittlungen eingeleitet. Das ist eine gesetzliche Verpflichtung. Ich erinnere Sie daran, da Sie momentan vielleicht auch einmal Zeitung lesen.

Voraussetzung für eine politische Gefährdungseinschätzung ist es jedoch nicht. Erst auf Grundlage dieser Erkenntnisse trifft die Polizei die in dem jeweiligen Einzelfall erforderlichen und geeigneten Schutzmaßnahmen, gänzlich unabhängig davon, ob ein akutes Strafermittlungsverfahren vorliegt.

Wenn Sie unsicher sind, ob Ihr Anliegen genügend Gewicht hat, können Sie sich auch an die zivilgesellschaftlichen Beratungsstellen wenden und sich dort beraten lassen. Wir haben bei uns in Schleswig-Holstein fünf solcher Stellen, die präventiv gegen Rechtsextremismus tätig sind. Wie relevant wir diese Arbeit einschätzen, können Sie daran ablesen, dass die Fördermittel für die Beratungsstellen seit 2015 kontinuierlich erhöht worden sind. In diesem Jahr liegen sie im Phänomenbereich Rechtsextremismus allein bei 1,2 Millionen €. Dazu kommen noch die verschiedenen Mittel für Einzelmaßnahmen.

Es ist absolut sinnvoll, dass die Sicherheitsbehörden diese Informationssammlung akribisch und so schnell wie möglich überprüfen. Wenn tatsächliche Anhaltspunkte für eine Gefährdung bestehen, wenden wir uns an die Betroffenen, und zwar unmittelbar und direkt, um sie zu informieren, zu beraten, zu schützen und auf weitergehende spezifische Beratungsangebote hinzuweisen. Ich versichere Ihnen: Gefährdete Personen werden einzelfallbezogen beraten und nicht nur informiert. Ich möchte an dieser Stelle allerdings auch um Ihre Mithilfe bitten: Damit wir ermitteln können, müssen Straftaten auch angezeigt werden. - Ich danke Ihnen.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW, vereinzelt AfD und

Beifall Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 19/1605 sowie den Alternativantrag Drucksache 19/1664 dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 28 auf:

Übergesetzlicher Lärmschutz für die Hinterlandanbindung der festen Fehmarnbelt-Querung zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/1631

Übergesetzlichen Lärmschutz durch höhere finanzielle Beteiligung des Landes garantieren

Alternativantrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/1662

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Christopher Vogt.

Christopher Vogt [FDP]:

Liebe Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Seit Jahren diskutieren wir immer wieder sehr engagiert über die feste Fehmarnbelt-Querung und die benötigte Anbindung auf deutscher Seite. Die Älteren werden es vielleicht wissen: Ich war immer ein Befürworter dieses Projekts, und ich finde, gerade in diesen bewegten Zeiten ist es deutlich besser, Frau von Kalben, wenn wir in Europa zwischen unseren Ländern Tunnel oder Brücken bauen und keine Grenzzäune oder Schlagbäume.

(Beifall FDP, CDU, SPD, SSW und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich hatte gehofft, dass ich mit diesem billigen Trick die Kollegin Fritzen auch bekomme, aber das war schwierig.

(Christopher Vogt)

(Heiterkeit - Zuruf Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ja, Frau Kollegin. - In anderen Ländern in Europa - im Mutterland der Demokratie - werden Parlamente gegen deren Willen in die Ferien geschickt, insofern leben wir in bewegten Zeiten.

Ich respektiere natürlich, dass nicht wenige - unter anderem besagte Kollegin - das Projekt eher kritisch sehen oder sogar ablehnen. Vor allem die Anbindung auf deutscher Seite ist nach wie vor ein großes Thema, weil viele Dinge noch nicht abschließend geklärt sind und weil es viele Anwohner gibt, die ihre Interessen zu Recht vertreten.

Als Befürworter haben wir als FDP-Fraktion immer gefordert, dass es eine vernünftige Anbindung geben muss. Aber auch wenn man ein Gegner ist, muss daran aus meiner Sicht ein großes Interesse haben. Ich bin dankbar, dass wir heute diesen Antrag der Koalitionsfraktionen vorgelegt haben, auch gerade in Richtung der grünen Fraktion.

Die nächsten Wochen werden wohl entscheidend sein bei der Frage, ob es am Ende eine richtig gute Anbindung geben wird, die auch die Interessen der Anwohner adäquat berücksichtigen wird. Die Bundesregierung hat beim Schließen des Staatsvertrages mit Dänemark aus meiner Sicht den großen Fehler gemacht, dass man sich zum einen nicht am Tunnel selbst beteiligen wollte und zum anderen eine Schmalspuranbindung geplant hat. Letzteres wurde immerhin größtenteils schon korrigiert. Der politische Druck aus Kiel hat dafür gesorgt, dass Bund und Bahn eine neue zweigleisige Trasse und auch eine Sund-Querung in die Planung aufgenommen haben. Auch da hat man erst gedacht, man könne die alte Brücke behalten, was ich ziemlich schräg fand.

Das reicht uns aber alles noch nicht aus. Angesichts der vielen Güterzüge, die auf Strecke fahren werden, brauchen wir an vielen Stellen übergesetzliche Lärmschutzmaßnahmen. Das ist alles andere als eine überdrehte Forderung, wie der eine oder andere in Berlin vielleicht meinen mag. Wir sprechen hier über ein TEN-Projekt, also ein Projekt mit europäischer Bedeutung. Mit Blick auf genau solche Projekte hatte der Bundestag auf Antrag von Union und SPD im Jahr 2016 beschlossen, dass es bei solchen Projekten Gelder für übergesetzliche Lärmschutzmaßnahmen geben kann - übrigens auch für Umweltschutzmaßnahmen. Auf dieser Grundlage wurde vom Dialogforum, das übrigens sehr wichtige Arbeit für die Menschen in Ostholstein leistet, ein Akzeptanzpapier mit Empfehlungen erstellt und

dem Bund übergeben. Übrigens hatte Frau Hagedorn kritisiert, dass der Minister das übergeben hat. Das war allerdings eine Auflage des Bundesverkehrsministeriums, um das deutlich zu sagen. Ich glaube, da ist einiges durcheinandergeraten.

Aber anders als in Aussicht gestellt will das Bundesverkehrsministerium jetzt plötzlich von übergesetzlichen Lärmschutzmaßnahmen nichts mehr wissen und verweist an den Bundestag. Ich will es an dieser Stelle ganz deutlich sagen: Wie das Bundesverkehrsministerium mit dem Dialogforum, das wir damals zu Recht auf den Weg gebracht haben, aktuell umgeht, ist aus meiner Sicht wirklich beschämend und unwürdig in einer Demokratie.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Man kann solche Großprojekte eben nicht mehr planen wie in früheren Jahrzehnten. Wir sollten nicht nur auf die Belange der Umwelt große Rücksicht nehmen, sondern auch auf die Menschen, die an der Trasse leben und sich entsprechend einbringen.

Wie dem auch sei, der Bundestag ist als Haushaltsgesetzgeber des Bundes unser Adressat. Ich hoffe auf ein möglichst breites Votum hier im Hohen Haus, bei dem wir hoffentlich über die Koalitionsmehrheit hinaus ein klares Signal nach Berlin senden.

Wir sprechen über ein Projekt des Bundes in unserer Region; das muss man noch einmal deutlich sagen. Ich sehe überhaupt nicht ein, warum für die Rheintalbahn etwas gilt, was in Ostholstein nicht kommen soll. Das kann man niemandem erklären. Gegen diese Ungleichbehandlung müssen wir uns gemeinsam wehren.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Lars Harms [SSW])

Es ist ein altes Thema in der Verkehrspolitik: im Süden klotzen, im Norden kleckern. Das darf nicht mehr sein.

Unser Verkehrsminister Bernd Buchholz setzt alle Hebel in Bewegung, um in Berlin für mehr Lärmschutz zu kämpfen. Herr Ministerpräsident, es ist ganz wichtig, dass auch Sie sich demnächst in Berlin bei einem entsprechenden Termin dafür einsetzen. Auch wir als Parlament sollten unseren Beitrag leisten. Wir würden unsere Bundestagsabgeordneten mit einem klaren Signal nicht nur freundlich motivieren, sondern ihnen für Berlin auch den Rücken stärken. Es wird mit Sicherheit alles andere als ein Spaziergang. Ich setze vor allem auf Frau Hage-

(Christopher Vogt)

dorn - die ist Parlamentarische Staatssekretärin im Finanzministerium -, Herrn Gädechens und viele andere, die in der Koalition durchaus Einfluss haben. Das klare Signal an die vielen Anwohner der Trasse in der Region Ostholstein sollte sein, dass wir uns vehement für ihre Interessen einsetzen.

Ich habe natürlich gesehen, dass die SPD einen Alternativantrag gestellt hat. Es gab auch schon das eine oder andere Gespräch. Es freut mich sehr, dass wir grundsätzlich in die richtige Richtung gehen, aber eine Kofinanzierung zu 50 % bei einem dreistelligen Millionenbetrag - wir reden über rund 400 Millionen € vielleicht ein bisschen mehr - ist ehrlich gesagt nicht unsere Aufgabe. Das ist nicht zu leisten. Ich sehe nicht ein, warum wir etwas tun sollen, das Baden-Württemberg oder andere süddeutsche Bundesländer nicht machen müssen. Das kann nicht sein.

(Beifall FDP, CDU, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall Lars Harms [SSW])

Das Land beteiligt sich bereits mit rund 70 Millionen € an Baumaßnahmen an der Trasse, was ein hoher Beitrag ist - übrigens sind es rund 15 %, wie bei der Rheintalbahn. Insofern machen wir schon, was wir machen können: 75 % nach dem GVFG. Sie kennen das von Eisenbahnkreuzungsmaßnahmen und so weiter.

Wir machen schon eine ganze Menge für die Region, und wir sollten nicht anders behandelt werden als der Süden. Deswegen hoffe ich auf eine breite Zustimmung, auch von der SPD-Fraktion. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Lars Harms [SSW])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Thomas Hölck das Wort.

Thomas Hölck [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich gehe fest davon aus, dass die feste Fehmarnbelt-Querung gebaut wird.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU - Zuruf FDP: Sehr gut!)

Wenn dem so ist, müssen wir uns mit voller Energie auf die betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner konzentrieren und uns um die Region kümmern.

(Vereinzelter Beifall SPD und Beifall Lukas Kilian [CDU])

Es muss unsere Aufgabe sein, die Auswirkungen auf ein Minimum zu reduzieren. Wir stehen zu den Forderungen des Projektbeirats und des Dialogforums zu übergesetzlichem Lärmschutz.

(Beifall SPD, vereinzelt CDU und FDP)

Mir fehlt die Fantasie zu glauben, dass der Staatsvertrag jemals gekündigt wird. Für Dänemark ist das Projekt mehr als ein Tunnelbau aus Stahl und Beton. Für unsere nördlichen Nachbarn ist die feste Fehmarnbelt-Querung der physische Zugang zu Zentraleuropa. Für das Königreich ist das Projekt von nationaler Bedeutung. Deshalb gilt: volle Kraft für den übergesetzlichen Lärmschutz in Ostholstein!

(Vereinzelter Beifall SPD, CDU und FDP - Zuruf: Auch Stormarn!)

- Auch in Stormarn, Herr Kollege. - Die Europäische Union hat beschlossen, bis 2050 ein transeuropäisches Verkehrsnetz aufzubauen. Mit diesem Netz soll erreicht werden, 50 % des Straßengüterverkehrs von der Straße auf die Schiene und Wasserwege zu verlagern. Das ist im Sinne des Klimaschutzes eine richtige Zielrichtung, die wir begrüßen. Aber das, was politisch beschlossen wurde, muss national und regional umgesetzt und am Ende von den Betroffenen ertragen werden. Verkehrslärm kennt keine Grenzen. Verkehrslärm macht wie jeder andere Lärm auf Dauer krank und wird von den Deutschen inzwischen als schlimmste Umweltbeeinträchtigung im Wohnumfeld empfunden. Deshalb müssen Lärmvermeidung und -reduzierung bei Bauprojekten immer mitgedacht werden.

(Beifall SPD, Lukas Kilian [CDU] und Kay Richert [FDP])

Dies gilt besonders für die feste Fehmarnbelt-Querung, bei der die touristisch geprägte Ostseeregion besonders betroffen ist. Die feste Fehmarnbelt-Querung einschließlich der Landanbindung gehört zum transeuropäischen Verkehrsnetz - genauso wie die Rheintalbahn. Für diese Trasse sind 1,5 Milliarden € im Bundestag für übergesetzlichen Lärmschutz zur Verfügung gestellt worden. Wir erwarten vom Deutschen Bundestag und von der Bundesregierung eine Gleichbehandlung der Anwohnerinnen und Anwohner in Schleswig-Holstein.

(Beifall SPD, FDP, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall Peer Knöfler [CDU] - Zuruf CDU)

(Thomas Hölck)

Es geht nicht ohne gesetzlichen Lärmschutz bei der Hinterlandanbindung. Das ist doch logisch: Es ist ein Projekt europäischer Dimension. Die Wertschöpfung für die Anrainer ist dort anders als bei regionalen Verkehrsprojekten eher gering ausgeprägt, aber die Anrainer müssen mit dem Lärm umgehen. Deshalb ist der Bund gefragt, hier zu helfen. Wir erwarten eine Gleichbehandlung.

(Beifall SPD, CDU und FDP - Zurufe Lukas Kilian [CDU] und Tobias Koch [CDU])

Welchen Stellenwert hat die Landesregierung in Berlin? Da fährt Minister Buchholz fröhlich und übereilt nach Berlin, überreicht Staatssekretär Ferlemann das Akzeptanzpapier. Der Staatssekretär sagt öffentlich seine Unterstützung zu, und Bundesverkehrsminister Scheuer zieht den Stecker und will nur noch Mindestanforderungen für den Lärmschutz aus Bundesmitteln finanzieren. Was für ein Affront gegenüber dem Wirtschaftsminister.

(Beifall SPD)

Was für ein Affront! Dem Bundesverkehrsminister geht offensichtlich aufgrund des Pkw-Mautdesasters das Geld aus.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: So ist es!)

Die Anwohnerinnen und Anwohner dürfen nicht darunter leiden, dass der Minister die Pkw-Maut an die Wand gefahren hat.

(Beifall SPD - Wortmeldung Lukas Kilian [CDU])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Thomas Hölck [SPD]:

Nein.

(Lachen CDU)

Das Dialogforum hat gute Arbeit geleistet - und das jahrelang. Wie kann man die Mitglieder des Dialogforums nur so vor den Kopf stoßen? Das ist unerträglich. Das ist wirklich empörend.

Die Forderungen des Projektbeirates und des Dialogforums müssen die Grundlage für die Ausgestaltung des übergesetzlichen Lärmschutzes sein.

Die feste Fehmarnbelt-Querung einschließlich der Hinterlandanbindung ist das umfangreichste Infrastrukturprojekt seit dem Bau des Nord-Ostsee-Kanals. Ich hatte eingangs gesagt: Ich kann mir nicht

vorstellen, dass der Staatsvertrag nicht erfüllt wird. Ich kann mir aber auch nicht vorstellen, dass die Anwohner nur mit gesetzlichem Lärmschutz abgespeist werden.

(Beifall SPD)

Wir wollen den übergesetzlichen Lärmschutz garantiert wissen. Deshalb wollen wir, dass sich das Land stärker an den Kosten beteiligt als bisher. Wir wollen keinen Blankoscheck an den Bund, aber wir wollen die Garantie, dass der übergesetzliche Lärmschutz kommt.

(Beifall SPD - Christopher Vogt [FDP]: Was ist das denn für eine Logik?)

Eines will ich noch anmerken. Bei der gesamten Diskussion über den übergesetzlichen Lärmschutz stellt sich doch eine Frage: Wo ist eigentlich der Ministerpräsident?

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Im Saal! - Dennys Bornhöft [FDP]: Er sitzt neben Ihnen!)

Der Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Lärm muss Chefsache werden. Hier ist Führung und Durchsetzungsvermögen in Berlin gefragt.

(Klaus Schlie [CDU]: Jawohl! - Weitere Zurufe CDU: Ja! Genau!)

Jamaika muss regieren, anstatt durch das Land zu flanieren. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD - Zurufe CDU und FDP)

Wir stehen an der Seite der betroffenen Bürgerinnen und Bürger - für übergesetzlichen Lärmschutz. - Danke schön.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Lukas Kilian das Wort.

(Christopher Vogt [FDP]: Jetzt wird es sachlich!)

Lukas Kilian [CDU]:

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Gäste! Liebe SPD-Fraktion, nach Ihrer Rede, Herr Hölck, hätte man denken können, Sie stimmten unserem Antrag zu.

(Tobias Koch [CDU]: Das sollten Sie auch!)

Sie haben aber einen Alternativantrag gestellt, in dem sich vieles aus Ihrer Rede gar nicht wiederfindet.

(Lukas Kilian)

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD] - Weitere Zurufe SPD)

- Ich komme gleich noch zu dem Thema. - Vergleicht man die Anträge, stellt man fest, dass der Antrag der Jamaika-Koalition - bestehend aus CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - mit Kritik am Bundesverkehrsminister beginnt. Diese Kritik fehlt im Antrag der Opposition. In Ihrer Rede sind Sie dabei, vollmundig von „Stecker gezogen“ zu sprechen. In Ihrem Antrag ist leisetreterisch gar nicht erwähnt, dass der Bundesverkehrsminister und damit der Bund und unsere Bundesregierung der Region und diesem Land eine feste Zusage gemacht haben, dass an der Strecke übergesetzlicher Lärmschutz kommen muss.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Deswegen setzen wir als Jamaika-Koalition uns weiterhin dafür ein, dass unsere Bundesregierung die Zusagen gegenüber unserem Bundesland einhält.

(Beifall CDU, FDP und SSW)

Wenn die Bundesregierung meint, sie müsse sagen: „Wir haben ein Dialogforum geführt; einer ist im Dialogforum ausgesichert“, und das als Ausrede benutzt, um sich aus übergesetzlichen Lärmschutzmaßnahmen zurückzuziehen, müssen wir als Landtag und Politiker, die für die Anwohner in Schleswig-Holstein die Verantwortung tragen, ein deutliches Signal nach Berlin schicken.

(Zuruf Sandra Redmann [SPD])

So geht man mit einem souveränen Bundesland nicht um. Zuckerbrot und Peitsche ist nicht die Art und Weise, wie wir uns behandeln lassen.

(Zurufe CDU und SPD)

Wir wollen übergesetzlichen Lärmschutz. Es ist ein transeuropäisches Verkehrsnetzprojekt. Deswegen kämpfen wir dafür, dass sich der Bund an die Zusagen hält und wir übergesetzlichen Lärmschutz bekommen.

(Beifall CDU und FDP)

Schaut man sich dann Ihren Alternativantrag an - Herr Hölck, Sie haben versucht, das in Ihrer Rede aufgrund eines Zwischenrufs noch nachzuschieben -, stellt man fest, Sie weichen auch an anderen Stellen ab. In unserem Antrag heißt es:

„Die negativen Auswirkungen des Ausbaus - wie z. B. die Lärmbelästigung - müssen für alle Orte entlang der Strecke so gering wie möglich gehalten werden.“

(Claus Christian Claussen [CDU]: Nur so geht es!)

- Genau, nur so geht es. - Bei Ihnen im Antrag heißt es: „für alle Orte entlang der Hinterlandanbindung der festen Fehmarnbelt-Querung“. Das ist interessant. Für den geneigten Zuhörer ist das kein Unterschied. Die Hinterlandanbindung endet in der Definition einiger Bundespolitiker mit Ostholstein. Wir werden aber auch in Stormarn Probleme mit dem Lärmschutz bekommen. Deshalb müssen wir uns auch für den übergesetzlichen Lärmschutz in Stormarn einsetzen.

(Beifall CDU und FDP)

Auch da verstehe ich Ihren Alternativantrag nicht, dass man wieder unterscheidet, Menschen im Stich lassen will und sich nur auf einen kleinen Bereich in Schleswig-Holstein bezieht.

(Martin Habersaat [SPD]: Machen Sie sich die Definition mancher Bundestagsabgeordneter zu eigen? - Weitere Zurufe SPD)

Das ist das Problem, wenn sich einzelne Abgeordnete nur auf ihren Wahlkreis beziehen, die ganze Zeit offensichtlich nur mit einer Ostholsteiner Brille auf das Thema gucken.

(Sandra Redmann [SPD]: Das stimmt nicht! Wir nicht! - Weitere Zurufe SPD)

- Frau Redmann, ich weiß, Geografie ist nicht unbedingt die Stärke der SPD-Fraktion, aber durch meinen Wahlkreis fährt durch die Realisierung des Projekts überhaupt gar kein Zug.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Was haben sie dir denn in den Kaffee getan? - Weitere Zurufe SPD)

Ihr Antrag geht aber noch weiter. Ihr Antrag sagt, wir sollten uns an bis zu 50 % der Kosten für den übergesetzlichen Lärmschutz beteiligen.

(Zurufe SPD)

- Sie können sich gern aufregen, aber vielleicht hören Sie einmal zu. Das, was Sie da beantragt haben, ist wirklich hanebüchener Unsinn. Bis zu 50 % der Kosten für den übergesetzlichen Lärmschutz soll das Land Schleswig-Holstein tragen: Das ist mindestens eine Viertelmilliarde Euro, die wir einfach so in dieses Projekt stecken sollen - obwohl wir eine Zusage der Bundesregierung haben.

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Lukas Kilian)

Ich verstehe nicht, wie Sie da verhandeln. Wie verhandeln Sie denn mit der Bundesregierung, wenn Sie jetzt, sobald ein Staatssekretär einen Brief schreibt und das Bundesverkehrsministerium sagt: „Da machen wir nicht mit!“, einknicken und sagen: „Okay, dann übernehmen wir 50 %“! Und dann überlegen Sie noch, einen Alternativantrag mit uns hinzubekommen und sagen da: „Na ja, das können auch 20 % sein!“

Wie beliebig ist das denn? - Das sind immense Kosten. Wir investieren über 70 Millionen € in die Hinterlandanbindung der festen Fehmarnbelt-Querung, um es für die Menschen in der Region akzeptabler zu machen.

Unser Standpunkt ist klar. Wer Akzeptanz für die Schiene möchte, muss Akzeptables für die Ohren bieten. Deshalb setzen wir uns für übergesetzlichen Lärmschutz ein, und deswegen wollen wir ein klares Signal nach Berlin senden. Ich rate der Sozialdemokratie, die offensichtlich im Vorwärts- und im Rückwärtsgang jeweils mit Vollgas unterwegs ist und mit allen Blinkern gleichzeitig blinkt, endlich einen Weg einzuschlagen, um klarzumachen, dass sie hier für die Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein sind und nicht als Hilfsanwalt auf Prozesskostenhilfemandat für unseren Bundesfinanzminister unterwegs sind, der da in irgendeiner Art und Weise Einsparungspotenzial sieht. - Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Volker Schnurrbusch [AfD])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Wortmeldung? - Nein.

(Unruhe)

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Dr. Andreas Tietze das Wort.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Seit etwa zehn Jahren gehöre ich diesem Haus an und beschäftige mich mit Verkehrspolitik. Das Thema Fehmarnbelt-Querung wird heute nicht zum ersten Mal in diesem Haus beraten. Ich habe hier in vielen Reden - in vielen, vielen Reden - die Bedenken, die meine Fraktion gegenüber diesem Großprojekt hat, dargestellt.

Meine Damen und Herren, mir ist auch klar, dass es uns in Koalitionen bei manchen Themen - und gerade bei der Fehmarnbelt-Querung - immer sehr, sehr schwergefallen ist, Kompromisse einzugehen. Wir wissen aber auch - am Dienstag hat sich das gezeigt -, dass vor elf Jahren der Staatsvertrag unterzeichnet worden ist.

(Zuruf Sandra Redmann [SPD])

Das ist ein Staatsvertrag zwischen zwei Ländern, nämlich zwischen Deutschland und Dänemark. Es ist kein Staatsvertrag zwischen dem Land Schleswig-Holstein und dem Staat Dänemark. Deshalb haben wir immer gesagt - das haben wir in Koalitionsverträgen auch mitgetragen -, dass die notwendigen Maßnahmen, die im Auftrag des Bundes durchgeführt werden müssen, auch durchzuführen sind. Ich sage hier aber ganz deutlich: Wir als Grüne müssen jetzt Probleme lösen, die wir selbst nicht verursacht haben. Trotzdem stellen wir uns dieser Aufgabe.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Deshalb haben wir auch in dieser Koalition unterschrieben, dass wir alles dafür tun werden, dass Maßnahmen gefunden werden, um die negativen Auswirkungen für die Bürgerinnen und Bürger zu vermeiden. Es geht darum, dass die Erschütterungen so gering wie möglich gehalten werden. Unser Auftrag ist es, politisch zu handeln, zu verhandeln und vermittelnde Gespräche mit der Bundesregierung zu führen.

Ich persönlich habe mich über den Beschluss des Bundestags 18/7365 besonders gefreut, in dem ein übergesetzlicher Schutz für die Anwohnerinnen und Anwohner vorgesehen wurde.

Ich habe in der Wirtschaftsausschusssitzung kurz vor Weihnachten in Ostholstein selbst erleben dürfen, wie schwer es war - wie wirklich schwer es war -, in den Kommunen vor Ort einen Kompromiss zu finden, um ein Akzeptanzpapier zu unterschreiben. Meine Damen und Herren, die Millionenforderungen waren um ein Vielfaches höher. Alle, die ihre Unterschrift auf das Akzeptanzpapier aufgesetzt haben, haben das mit schweren, schweren Gewissensbissen getan. Sie haben gesagt: Es fällt uns sehr schwer!

Es gab eine Gemeinde, der fiel das besonders schwer, nämlich die Gemeinde Bad Schwartau. Wenn man sich anschaut, wie die Trasse in dieser Gemeinde durch ihren Kurort führt, stellt man fest: Die Menschen dort sind die Hauptbetroffenen.

(Dr. Andreas Tietze)

Durch diese Bahnlinie werden Grundstücke, Häuser, Familien getrennt. Dann kann man nachvollziehen - dafür habe ich auch ein gewisses Verständnis -, dass diese Gemeinde sagt: Es muss hier bei uns besonders auf den Lärmschutz geachtet werden! Dabei geht es gar nicht so sehr um den Lärmschutz, sondern um den Erschütterungsschutz. Da werden Eigentumsverhältnisse, möglicherweise auch Häuser bedroht. Deshalb kann ich nachvollziehen, dass sie sich am Ende schwergetan hat, dem zuzustimmen. Die Gemeindevertretung hat zum Schluss nicht zugestimmt. Das kann ich auch nachvollziehen.

Was ich aber nicht nachvollziehen kann, ist, dass die Bundesregierung dieses als Argument nutzt - und zwar in einer unvorstellbar fiesen Art und Weise - und sagt: „Ja, Freunde, ihr habt doch überhaupt kein Akzeptanzpapier, es gibt doch keine Akzeptanz vor Ort, deshalb gibt es jetzt nichts!“

(Sandra Redmann [SPD]: Das ist doch nicht wahr!)

Meine Damen und Herren, das war die Botschaft des Bundesverkehrsministers Scheuer vor den Sommerferien.

In all den Jahren der Fehmarnbelt-Debatten habe ich mir nicht vorstellen können, dass es so schlimm kommt. Das ist selbst in meinen Vorstellungen nicht vorgekommen. Wenn man sich das dann noch einmal anschaut - vielleicht müsste man das noch einmal evaluieren; Sie, Herr Kollege Vogt, haben davon gesprochen, dass das ein Schlag ins Gesicht des Dialogforums gewesen sei -, dann muss man sagen: Es ist ein Schlag ins Gesicht der Bürgerinnen und Bürger des Landes Schleswig-Holstein, das ist ein Schlag ins Gesicht des Bundeslandes Schleswig-Holstein.

Wir haben nicht umsonst in unserer Verfassung stehen, dass wir in gemeinsamer Verantwortung darauf achten müssen, dass es eine Gleichheit der Lebensverhältnisse gibt. Schauen Sie sich einmal an, was in zehn Jahren durch die Amtsausübung einer Regionalpartei in Bayern an übergesetzlichen und sonstigen Maßnahmen in Verkehrsinfrastrukturprojekten getätigt worden ist. Ich würde das gern einmal evaluieren. Das würde ich gern machen. Dann werden Sie feststellen, dass wir hier eine Unverhältnismäßigkeit haben. Diese Unverantwortlichkeit treibt mir die Zornesröte ins Gesicht, meine Damen und Herren. Einem Bundesland in Deutschland zu sagen: „Weil ihr da oben an der Grenze seid, bekommt ihr jetzt Nullkommanichts für Umwelt-

schutz und Lärmschutz an dieser Bahnstrecke“, muss uns die Zornesröte ins Gesicht treiben.

Da brauchen wir jetzt nicht anzufangen und zu fragen, wer hat was wie gesagt. Vielmehr ist mein Appell - der geht auch an den Herrn Ministerpräsidenten, der über Frau Merkel Regierungsverantwortung in Berlin hat; der geht auch an den Kollegen Stegner, der Regierungsverantwortung sogar im Finanzministerium hat -: Wir müssen mit allen Mitteln dafür sorgen, dass wir das vermeiden. Es darf für Schleswig-Holstein beim Lärmschutz und auch nicht beim Umweltschutz an der Strecke keine Nulllösung geben. Das muss die oberste Maxime sein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Ich habe einmal den Vorschlag der SPD nachgerechnet. 250 Millionen € aus Landesmitteln, das sind mehr als alle GVFG-Mittel, die wir für fünf Jahre haben. Das ist ein Schluck zu viel aus der Pulle.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich komme zum Schluss. - Meine Damen und Herren, ich hoffe sehr, dass dieser Kelch an uns vorübergeht. Eine Nulllösung ist keine Option für Schleswig-Holstein. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Volker Schnurrbusch das Wort.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste, hoffentlich aus Ostholstein! Die feste Fehmarnbelt-Querung ist ein bedeutendes europäisches Verkehrsprojekt, das nicht nur unseren skandinavischen Nachbarn nützt, sondern auch Schwung nach Schleswig-Holstein bringt, im Tourismus, im Handel, in der Wirtschaft und natürlich auch im Verkehr. Dass dieser Schwung nicht spur- und geräuschlos durch unser Land ziehen wird, ist klar.

(Volker Schnurrbusch)

Ich wohne selbst in Ostholstein und kann von meinem Grundstück aus nicht nur die Ostsee sehen, sondern auch die A 1, die Bahnstrecke Lübeck-Fehmarn und viele Hochspannungsmasten. Genau in diesem Korridor soll die neue zweigleisige Strecke gebaut werden, um die Hinterlandanbindung an die Beltquerung sicherzustellen.

Das bringt für zahlreiche Gemeinden in Ostholstein, von Fehmarn bis Bad Schwartau, erhebliche Beeinträchtigungen mit sich, und dazu haben sich die Gemeinden auch geäußert. Das Dialogforum hat die Einwendungen und unterschiedlichen Vorstellungen der Beteiligten aus meiner Sicht in vorbildlicher Weise zusammengebracht und moderiert. Viele Bedenken konnten ausgeräumt werden, viele Kompromisse wurden erzielt. Allerdings wurde in der Sitzung des Wirtschaftsausschusses in Großenbrode letztes Jahr deutlich, dass es auch Gemeinden gibt, die sich keinen Kompromiss vorstellen können.

Wirtschaftsminister Dr. Buchholz hat in einer anderen Sitzung des Ausschusses vor den Folgen einer kompromisslosen Haltung in dieser Frage gewarnt. Wenn zum Beispiel die Stadt Bad Schwartau auf einen 7 m tiefen - vielleicht aus verständlichen Gründen - statt auf einen 3,20 m tiefen Trog durch die Stadt besteht, den die Bahn anbietet, kann es passieren, dass die Stadt am Ende mit leeren Händen dasteht. Denn die Kosten für den einen Trog betragen 72 Millionen und für den anderen 290 Millionen €

(Unruhe SPD)

- Das sind die Angaben der Bahn. Ich kann sie nicht überprüfen, ich gebe sie nur wider.

Leider hat der Bundesverkehrsminister diese Einwendungen offenbar zum Anlass genommen, alle erzielten Kompromisse und Ergebnisse vom Tisch zu wischen. Er sagt jetzt: Wir machen überhaupt keine übergesetzlichen Schutzmaßnahmen, was Lärm und Erschütterung betrifft. Das ist ein Schock für alle Bürger in Ostholstein und Stormarn. Es klingt im Moment so, als wäre alles umsonst gewesen.

Der Bundesverkehrsminister hat damit ein Problem für sich geschaffen, denn das letzte Wort hat der Bundestag, und der hat 2016 - wir haben es gerade gehört - befürwortet, dass übergesetzliche Lärmschutzmaßnahmen angewendet werden, wenn vorher eine umfangreiche und transparente Bürgerbeteiligung durchgeführt wird, in der Lösungsvorschläge erarbeitet werden. Genau das ist in den letzten Jahren ja passiert, sehr erfolgreich, wie ich finde.

Eine Klage gegen den Planfeststellungsbeschluss, die die Stadt Schwartau betreibt, ist nicht sinnvoll. Sinnvoll ist aus unserer Sicht dagegen, in dieser Situation an die Abgeordneten des Deutschen Bundestags zu appellieren, sich für übergesetzliche Schutzmaßnahmen einzusetzen. Natürlich werden auch wir unsere nicht gerade kleine Fraktion in Berlin noch einmal auffordern, sich für die Bürger in Ostholstein und Stormarn einzusetzen. Unsere beiden schleswig-holsteinischen Abgeordneten kommen aus genau diesen beiden Kreisen und haben dafür ein offenes Ohr.

Wenn der Bundesverkehrsminister jetzt argumentiert, dass alles zu teuer werde, muss man sagen: Die ganze Hinterlandanbindung wird furchtbar teuer, viel teurer als angenommen. Die letzten Schätzungen liegen bei 2,8 Milliarden € statt wie ursprünglich geplant bei 1,7 Milliarden €. Da dürfen die übergesetzlichen Lärmschutzmaßnahmen nicht hinten runterfallen.

(Beifall AfD)

Dafür werden sich auch unsere Abgeordneten in Berlin einsetzen. Insofern können wir den Antrag der Jamaika-Fraktionen mittragen. Wir setzen auf die Kraft unseres höchsten Parlaments. Den SPD-Antrag können wir nicht mittragen, weil er an der Realität völlig vorbeigeht; eine Kostenbeteiligung des Landes ist einfach nicht zu machen und unrealistisch. Ich hoffe, dass sich die SPD bis zur Abstimmung noch eines Besseren besinnt.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die größten Bedenken gegen die feste Fehmarnbelt-Querung betreffen den Lärm. Eisenbahnzüge und insbesondere der Güterverkehr verursachen erheblichen Lärm. Die Eisenbahn ist eine nicht zu unterschätzende Umweltbelastung, vor allem auf hochfrequentierten Strecken. Dort greift der sogenannte übergesetzliche Lärmschutz, wenn klar genannte Bedingungen erfüllt sind, wie zum Beispiel die, dass die Strecke Teil des Verkehrskorridors des transeuropäischen Verkehrsnetzes ist.

Das ist die Fehmarnbelt-Querung, im Übrigen genauso wie die Strecke im Rheintal, und der Bundestag hat das 2016 entsprechend entschieden. Da für

(Lars Harms)

die Fehmarnbelt-Querung die gleichen Bedingungen gelten, greift auch hier der übergesetzliche Lärmschutz - das sollte man zumindest meinen. Das Projekt ist genauso zu behandeln wie andere Projekte, und die Strecke bekommt so viel Lärmschutzmaßnahmen, wie es ökonomisch zu vertreten ist.

Das Dialogforum hat sich darauf verlassen und entsprechende Maßnahmen entwickelt. Auch die haben sich eine Rübe gemacht. Wir haben die Menschen vor Ort aufgefordert, sich einzubringen. Viele, auch die, die das Projekt kritisch sehen, haben sich eingebracht, und die kriegen jetzt von der Bundesebene einen vor den Kopf gestoßen, nach dem Motto: Es ist ja schön, dass ihr euch eine Rübe gemacht habt, aber ihr kriegt trotzdem keinen Lärmschutz. - So kann man mit Bürgerinnen und Bürgern nicht umgehen.

(Beifall SSW, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Meine Damen und Herren, es gab Zusagen. Doch Verkehrsminister Scheuer will sich an diese Zusagen nicht mehr richtig erinnern, zumindest will er nichts mehr davon wissen.

Er hat in seiner Vorlage an den Verkehrsausschuss den übergesetzlichen Lärmschutz unter den Tisch fallen lassen. Das ist ein klarer Verstoß gegen den Bundestagsbeschluss und eine Riesenenttäuschung für Schleswig-Holstein. Deshalb ist es wichtig, dass wir unsere Kolleginnen und Kollegen im Bundestag darauf aufmerksam machen, dass sie gerade an der Nase herumgeführt werden: Die eigene Regierung macht nicht das, was der Bundestag beschlossen hat.

Es ist richtig, dass wir als die „Basis“ den Politikern in Berlin deutlich sagen: Passt auf, ihr müsst da handeln und als schleswig-holsteinische Abgeordnete ein Interesse daran haben, dass in Schleswig-Holstein vernünftiger Lärmschutz gemacht wird. Was versprochen worden ist, muss auch von der Bundesebene gehalten werden.

(Beifall SSW, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Es ist der Sinn des vorliegenden Antrags, den Bundestag an seine Beschlüsse zu erinnern. Ich weiß durchaus, dass die Interessen einiger Abgeordneter von ihrem Heimatwahlkreis bestimmt werden, aber bei der Fehmarnbelt-Querung geht es um ein Projekt von überregionaler und gesamteuropäischer Bedeutung, das Skandinavien mit Deutschland stärker verflechten wird.

Die Bedeutung ist ungleich größer als die einer bayerischen Dorfumgehung oder einer einzelnen Autobahnanschlussstelle in Nordrhein-Westfalen. Unsere schleswig-holsteinischen Bundestagsabgeordneten müssen ihren Kollegen einmal erzählen, dass das, was hier oben im Norden passiert, eine richtig große Geschichte ist und dass es nicht nur um eine kleine Ortsumgehung oder eine nebensächliche Maßnahme geht, sondern um eine wichtige europäische Maßnahme. Wir haben das Europaparlament ja vor Kurzem neu gewählt. Nun können die auch im Bundestag einmal europäische Politik machen, und nun sollen sie sich einmal bewegen.

(Vereinzelter Beifall SSW, CDU und FDP)

Ich hoffe, dass im Verkehrsausschuss des Bundestags ein breites Votum für den übergesetzlichen Lärmschutz bei der Fehmarnbelt-Querung zustande kommt, genauso wie es 2016 in Aussicht gestellt wurde. Der Lärmschutz entspricht nicht nur den Ansprüchen an einen schnellen und modernen Verkehr, sondern auch den Ansprüchen der Anwohnerinnen und Anwohner.

Die Bundesregierung ist in der Bringschuld. Eine Übernahme von Teilen der Kosten durch das Land wäre ein riesiger Fehler.

(Beifall SSW, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Damit würde man sich die Verhandlungsposition verhaseln. Niemand geht auf den Flohmarkt, will etwas kaufen, das 100 € kostet und sagt: Na gut, ich gebe auch 200 €

(Zurufe)

Das macht keiner. Das macht man natürlich auch nicht mit den Damen und Herren auf Bundesebene, schon gar nicht mit bayerischen Verkehrsministern. Die sind das Hökern gewohnt. Da sollte man seine Position nicht von vornherein aufgeben. Die Argumentation muss heißen: Wenn im Rheintal alles bezahlt wird, muss auch bei uns alles bezahlt werden. Wir sind gleichwertige Bürger dieses Landes.

(Beifall SSW, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Meine Damen und Herren, dafür brauchen wir ein breites, schnelles und starkes Signal. Deswegen werden wir dem Koalitionsantrag zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort für einen Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Kilian hat schneidig geredet, aber falsch. Lassen Sie mich das an fünf Punkten deutlich machen.

(Widerspruch CDU)

Erstens. Die Position der SPD war immer: Wir sind mehrheitlich für die Fehmarnbelt-Querung, aber wir sorgen für Lärmschutz in der Region - das haben die Menschen dort verdient -, und zwar in der gesamten Region. Wir haben uns die Forderung des Dialogforums zu eigen gemacht. Insofern ist Ihre Spitzfindigkeit falsch. Es geht nicht nur um Ostholstein, sondern die gesamte Region.

(Beifall SPD - Zurufe CDU)

Zweitens. Auf die Verhandlungen dieser Landesregierung mit der Bundesregierung ist überhaupt kein Verlass. Da macht man PR-Termine mit dem Verkehrsminister oder seinem Staatssekretär, und dabei kommt nichts raus. Scheuer hat keine Kohle mehr, weil er sich bei der Maut verzockt hat, und am Ende sollen das die Bürgerinnen und Bürger ausgleichen. Das kann nicht richtig sein.

(Zurufe CDU)

- Ich beantworte jetzt keine Zwischenfragen. - Unser Antrag sagt nämlich nur: Wir sorgen dafür, dass das geschieht und dass die Bevölkerung sich darauf verlassen kann.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Drittens. Wir sagen: bis zu 50 %. Das ist in Baden-Württemberg von allen Fraktionen - auch von den Grünen, auch von der FDP und auch von der CDU - beantragt worden mit dem Ergebnis, das wir gerade gehört haben. Insofern war die Strategie offenkundig ja so dumm nicht. Uns geht es darum, dass die Bevölkerung dort nicht darunter leiden muss, dass die Regierung schlecht verhandelt und nur PR-Termine macht. Das ist der dritte Punkt.

Viertens. Ihre Haltung ist opportunistisch. Schauen Sie sich einmal die Kleine Anfrage aus der letzten Legislaturperiode von Herrn Hamerich und Herrn Arp an. Warum gibt das Land nicht mehr Geld aus? Das hat die Landesregierung, der übrigens Frau Heinold angehört hat, beantwortet. Sie hat gesagt, sie sei bereit, mehr Geld auszugeben. Das steht in

der Antwort aus der letzten Legislaturperiode. Sie erzählen heute das Gegenteil von dem, was Sie gestern gesagt haben.

(Zurufe CDU - Glocke der Präsidentin)

Fünftens. Herr Kollege Kilian, gestern wie nichts Gutes auf uns zuzukommen und zu fragen, ob wir nicht gemeinsam einen Antrag machen könnten, und das heute zu diskreditieren, ist parlamentarisch ein mieser Stil. Das will ich Ihnen sagen.

(Beifall SPD - Lachen CDU)

Auf diese Art und Weise machen Sie nur eines ganz deutlich, nämlich: Egal, wie man zu der Fehmarnbelt-Querung steht, Sie haben nur große Sprüche für die Bevölkerung. Sie kümmern sich aber nicht darum, dass sie den Lärmschutz kriegt, den sie verdient hat - und das ist unser Anliegen als sozialdemokratische Fraktion hier in diesem Haus, und das verfolgen wir mit allen Möglichkeiten.

Das scheidet übrigens nicht am Bundesfinanzminister. Das Problem ist an dieser Stelle wirklich der Herr Verkehrsminister, denn dieses Mautdesaster hat nicht die SPD angerichtet, sondern die CSU und die Union mit dem, was sie da veranstaltet haben, sehr verehrter Herr Kilian.

(Zuruf Lukas Kilian [CDU])

Also: Wir wären bereit gewesen, mit Ihnen über einen Antrag zu reden. Über die Klugheit der Verhandlungsstrategie kann man streiten. Ich kann nur sagen: In Baden-Württemberg war das offenkundig erfolgreich. Noch einmal: Da waren alle Parteien daran beteiligt, das zu beantragen.

Ein Letztes: Bei uns im Antrag steht: „bis zu“. Es geht nicht darum, dass man Geld weggibt, aber die Bevölkerung muss wissen, dass wir nicht wieder die Situation haben, dass wir nur große Sprüche machen. Dafür ist der Wirtschaftsminister notorisch bekannt: immer große Sprüche.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Wenn aber am Ende nicht geliefert wird, ist die Bevölkerung der Dumme, dann ist es die Bevölkerung, die das bezahlen soll. Leider hat der Bund das nicht bezahlt. Deswegen ist es wichtig, dass das Parlament sich hier so positioniert wie auch in Baden-Württemberg.

Wir wollen so viel wie möglich vom Bund haben. Wir machen Druck auf unsere Bundestagsfraktion, aber diese Scheinheiligkeit, gestern etwas zu fordern, wovon man heute nichts mehr wissen will, um Konsens zu ringen und uns dann hart im Parlament

(Dr. Ralf Stegner)

zu attackieren, ist schäbig und daneben. Die Bevölkerung weiß: Die SPD ist, was das Thema Lärmschutz angeht, auf ihrer Seite.

(Beifall SPD - Zurufe CDU)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Meine Damen und Herren, ich bitte um

(Zuruf Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Weitere Zurufe)

einen etwas geringeren Geräuschpegel und um etwas mehr Aufmerksamkeit für die Abgeordneten, Frau Fritzen.

(Zuruf Sandra Redmann [SPD])

Jetzt hat der Abgeordnete Kai Vogel das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag, Frau Redmann.

Kai Vogel [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Kilian, die Lautstärke war gut, das muss ich ganz ehrlich sagen. Ich war aber schon verwundert über die Vorhaltungen, die Sie uns gemacht haben.

Sprechen Sie mit dem Dialogforum. Laut Definition des Dialogforums umfasst die Hinterlandanbindung die komplette Strecke. Das heißt, Ostholstein und Stormarn. Sie haben wahrscheinlich mit verschiedenen Menschen gesprochen, aber mit dem Dialogforum definitiv nicht, und das Dialogforum steht an der Seite der Bürgerinnen und Bürger, die sich für übergesetzlichen Lärmschutz einsetzen. Stellen Sie sich doch nicht hierhin und behaupten, Sie wüssten es besser, wenn Sie nicht mit den richtigen Leuten gesprochen haben. Ich muss ganz ehrlich sagen, das ist peinlich.

(Beifall SPD)

Zweitens hat mich die Vorhaltung sehr verwundert, dass wir hier vermeintlich Bundesländer gegeneinander ausspielen wollten. Wir wissen, dass das Bundesland Baden-Württemberg deutlich bessere finanzielle Möglichkeiten hat. Herr Minister, Sie wissen aber auch, dass Bewegung in die Diskussion nur gekommen ist, weil das Land Baden-Württemberg bereit war zu sagen: Uns ist der übergesetzliche Lärmschutz so wichtig. Wir sind bereit, dafür zusätzliches Geld einzusetzen.

(Zurufe CDU und FDP)

- Nein, diese 70 Millionen € die Sie im Moment zusätzlich hineingeben, sind nicht für übergesetzlichen Lärmschutz. Die sind doch primär dafür, die

Kreuzungsmaßnahmen im Bereich Puttgarden zu realisieren und dort in irgendeiner Art und Weise die Anbindung zu realisieren. Das ist doch kein übergesetzlicher Lärmschutz.

(Zurufe)

- Nein, das ist es nicht. Ich lasse auch keine Zwischenfrage zu. Das Land Baden-Württemberg hat diese Bewegung dahin gehend ins Spiel gebracht, und darum geht es uns definitiv auch.

Diese Bereitschaft haben Sie nicht. Was haben wir denn im Augenblick in der Hand? Wir können mit der Forderung gehen: Bitte, lieber Bund, steh zu dem, was du uns vorher zugesagt hast. Nur: Tut der Bund das am Ende nicht, dann haben wir nichts. Wenn wir dann weiter zur festen Fehmarnbelt-Querung stehen, und das tun wir, dann haben wir keinen übergesetzlichen Lärmschutz, und dieser übergesetzliche Lärmschutz ist uns so wichtig, dass wir als Bundesland bereit sind zu sagen: Wir nehmen dafür auch Geld in die Hand, damit das realisiert wird, und da hoffen wir auf Ihre Unterstützung. - Vielen Dank.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat der Abgeordnete Tobias Koch.

Tobias Koch [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Dr. Stegner, schneidig vorgetragen, aber in der Sache? - Alles falsch und keine Ahnung. Den gleichen Eindruck konnte man schon bei Ihrem Antragstext und auch bei Ihrem ersten Redner haben. Hätten Sie lieber geschwiegen an dieser Stelle.

(Beifall CDU und FDP)

Diese Initiative heute hier im Plenum, die hätte von einer gut aufgestellten Oppositionsfraktion der SPD ausgehen können. Wenn ein Bundesverkehrsminister den übergesetzlichen Lärmschutz für die Menschen in Schleswig-Holstein infrage stellt, dann hätte eine gut aufgestellte SPD sofort am nächsten Tag diesen Antrag stellen müssen. Sie haben das verpennt. Sie haben geschlafen, und darüber ärgern Sie sich jetzt. Das ist schade für Sie. Wenn dann aber die regierungstragenden Fraktionen hier eine solche Initiative ergreifen, weil wir die Landesinteressen höher gewichten als Parteiinteressen, weil wir bereit sind, unseren eigenen Verkehrsminister dafür zu kritisieren, was er gesagt hat, dann springen Sie uns nicht zur Seite, sondern dann fallen Sie

(Tobias Koch)

uns in den Rücken. Sie sabotieren die Interessen des Landes.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Sie verraten die Menschen in Stormarn und entlang der ganzen Strecke. Wir haben ganz bewusst formuliert: an der ganzen Strecke. Wir haben uns etwas dabei gedacht, als wir das geschrieben haben. Warum streichen Sie einen solchen Satz? Warum streichen Sie diesen Satz „an der ganzen Strecke“ aus Ihrem Antrag heraus? Nur dadurch ist Stormarn überhaupt beteiligt. Ansonsten sprechen wir nur über Ostholstein. Sie lassen die Menschen in Stormarn allein. - Hier hat der Kollege Habersaat seine Wortmeldung zurückgezogen.

Wenn wir dann beim Bund dafür kämpfen wollen, dass der Bund den übergesetzlichen Lärmschutz bezahlt, es geht um ein Bundesgesetz, und es geht um die Gleichbehandlung mit der Rheintalstrecke, dann verhandeln Sie so, dass Sie gleich einmal 50 % vom Land anbieten? Das Beispiel des Kollegen Lars Harms mit dem Flohmarkt war wunderschön. Wir hätten hier die Chance, einen einstimmigen Landtagsbeschluss hinzubekommen, wenn alle so argumentieren würden, wie Lars Harms es vollkommen zu Recht getan hat. Nur die SPD schert hier aus und sabotiert die Interessen des Landes.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Martin Habersaat?

Tobias Koch [CDU]:

Ich bin sehr gespannt, wie die stormarner Interessen von der SPD vertreten werden. Insofern gern.

Martin Habersaat [SPD]: Herr Kollege Koch, ich fand den Stil Ihres stormarner Kollegen nicht gut, Bemühungen um einen gemeinsamen Antrag zu diskreditieren und Gespräche hier lächerlich zu machen. Ich finde aber Ihr Bemühen, zurückgenommene Wortmeldungen mit den Worten zu interpretieren: „Jetzt hat er sich zurückgezogen“, noch schlechter. Das ist ein Stil, der ist nicht sachlich. Das haben wir beide nicht nötig.

Herr Kollege Koch, wenn Sie dann beruhigt sind, sind wir gern bereit, den Zusatz „an der ganzen Strecke“ in unserem Antrag zu übernehmen. Wir hätten dann einen dem in Ba-

den-Württemberg gefassten Antrag sehr ähnlichen Antrag. Natürlich ist bei uns nicht von der Rheintalbahn die Rede, dafür haben Sie bestimmt Verständnis, aber lassen Sie uns doch gemeinsam an der Sache diskutieren und nicht in solche unsachlichen Sphären abgleiten. - Vielen Dank.

(Zurufe CDU und FDP)

- Vielen Dank, Herr Kollege, für Ihr Einlenken an der Stelle, aber Sie werden sich irgendetwas dabei gedacht haben, dass Sie diese Formulierung von uns nicht übernommen und Stormarn außen vor gelassen haben. Vielleicht haben Sie das aber auch einfach nur übersehen.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

- Noch antworte ich auf Ihre Zwischenfrage, Herr Kollege. - Der einfachste Weg, das sachlich zu regeln, ist, dass Sie unserem Antrag zustimmen. Sie hätten genauso unserem Antrag beitreten können.

Wenn wir in Berlin etwas erreichen wollen, dann doch nur mit einem möglichst starken Signal, das aus diesem Haus ausgeht. Wenn Sie sich aber hier als Handlanger des Bundesfinanzministeriums betätigen und sagen: Das klappt nur, wenn Schleswig-Holstein mit Millionenbeträgen, von denen wir alle wissen, dass wir die nicht auf die Waagschale legen können, argumentiert, dann werden wir nicht erfolgreich sein. Deswegen: sachliche Lösung. Unterstützen Sie unseren Antrag, verzichten Sie auf Ihren eigenen. Das wäre die logische Konsequenz aus der heutigen Debatte.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Beate Raudies?

Tobias Koch [CDU]:

Da ich auch gespannt bin auf die Haushaltsberatungen der SPD in diesem Jahr und auf den SPD-Antrag auf 250 Millionen € gestatte ich auch die gern.

Beate Raudies [SPD]: Lieber Herr Koch, es hat mich überrascht, Ihre Ausführungen zur Rolle der Opposition hier im Haus zu hören. Würden Sie mir einmal erklären, ob es die Rolle oder die Aufgabe der Opposition ist, jeden Antrag der regierungstragenden Fraktionen unwidersprochen stehen zu lassen und

(Tobias Koch)

jedem Antrag unwidersprochen zuzustimmen?

(Zuruf CDU: Wenn er gut ist!)

- Frau Kollegin, ich entschuldige mich dafür, dass ich die Opposition hier manchmal immer noch überschätze. Das tut mir leid. Ich hätte einfach von Ihnen noch mehr erwartet,

(Wolfgang Baasch [SPD]: Seien Sie nicht so überheblich! - Weiterer Zuruf SPD: Das steht Ihnen überhaupt nicht zu!)

nämlich schneller zu agieren und den Regierungsfractionen zuzukommen.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Mann, Mann, Mann!)

Aber, Frau Kollegin, nur weil Sie nie bereit sind, einem Antrag der regierungstragenden Fraktionen zuzustimmen, müssen Sie nicht per se einen Alternativantrag stellen.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Man sollte niemals nie sagen!)

Das macht die Sache nicht besser. Wir könnten auch versuchen, gemeinsam etwas zu erreichen. Das müssen Sie nicht immer sabotieren.

(Beifall CDU - Birgit Herdejürgen [SPD]: Wie wir arbeiten, entscheiden wir aber schon noch selbst, ja?)

- Das ist jedem überlassen.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Jetzt stelle ich an den Abgeordneten Koch die Frage, ob er eine weitere Zwischenbemerkung der Abgeordneten Beate Raudies zulässt.

Tobias Koch [CDU]:

Ich bin gespannt.

Beate Raudies [SPD]: Herr Koch, ich frage Sie: Ist es dann nicht auch möglich, dass die Regierungsfractionen einem Antrag der Opposition zustimmen? Wir erleben in diesem Hause des Öfteren, dass wir einen Antrag stellen und Sie dann einen Alternativantrag schreiben, nur um unserem nicht zustimmen zu müssen. Wie passt das zusammen?

- Absolut, Frau Kollegin, das ist sehr wohl möglich. Sie werden bei der Recherche feststellen, dass wir das, was Sie bestreiten, schon mehrmals in dieser Wahlperiode getan haben. Das unterscheidet uns nämlich. Entscheidend ist doch, dass wir den best-

möglichen Antrag beschließen. Der bestmögliche Antrag ist der, den die Jamaika-Koalition eingereicht hat und den Kollege Harms unterstützt.

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Wir auch!)

Ich gehe daher von der Zustimmung des SSW aus. Das sollten Sie genauso tun. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Andreas Tietze.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Herr Stegner, da Sie die Zwischenfrage vorhin nicht zugelassen haben, habe ich mich noch einmal gemeldet. - Sie fordern anscheinend, dass das Land sich an den Maßnahmen beteiligen solle. Wir alle wissen, dass wir dabei von einem hohen Millionenbetrag reden. Es wären 50 Millionen oder 60 Millionen € vielleicht sogar mehr. Dann müssen Sie sich auch einmal zu folgender Frage erklären: Wollen Sie den Bad Schwartauern sagen, dass wir 90 Millionen € für den Trog nicht bezahlen? Dazu haben Sie gar nichts gesagt.

Sie sagen nicht, wie Sie das alles finanzieren wollen. Welche Leute lassen Sie dann an der Bahnsteigkante stehen? Welche Maßnahmen wollen Sie dann nicht umsetzen? Wir haben in der Verkehrspolitik einen extrem engen Haushaltsrahmen. Auch Sie wissen, dass wir Konsolidierungsland sind. Sie aber gehen mit dem Füllhorn durch das Land und behaupten, wir hätten die finanzielle Leistungsfähigkeit des Landes Baden-Württembergs. - „Das ist doch Schmarrn!“, würde man in Bayern sagen.

(Beifall CDU, FDP und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sie haben jedenfalls überhaupt keine Argumente genannt.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Abgeordneter - -

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Lassen Sie mich noch ein Letztes sagen; dann lasse ich Ihre Frage zu. - Sie haben mit Frau Hagedorn eine starke Verhandlungspartnerin in Berlin. Sie

(Dr. Andreas Tietze)

reißt sich für diese Fehmarnbelt-Querung ein Bein aus.

(Heiterkeit und Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

- Gegen die Fehmarnbelt-Querung und dafür, das an Schäden abzuwenden, was möglich ist. Entschuldigen Sie diesen Versprecher!

Deshalb sage ich noch einmal: Der Ball ist im Feld des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages, dessen Mitglieder auch Herr Brackmann und Frau Hagedorn sind. Sie müssen jetzt für Schleswig-Holstein, für diesen übergesetzlichen Lärmschutz kämpfen. - Das hätte ich von Ihnen gern gehört, nicht aber, dass wir mit dem Füllhorn durch das Land gehen sollen, meine Damen und Herren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt CDU)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Dr. Stegner?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, bitte schön.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Lassen Sie mich dazu folgende Bemerkungen machen: Erstens. Mir ist unklar, wie man behaupten kann, wir gingen mit dem Füllhorn durch das Land, wenn wir lediglich sagen - das unterscheidet unseren Antrag übrigens von Ihrem -, dass wir die Bevölkerung nicht im Stich lassen werden, falls die anderen Bemühungen keinen Erfolg haben. Das ist nämlich die Aussage unseres Antrags: Wir lassen die Bevölkerung nicht im Stich. - Das fehlt in Ihrem Antrag.

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben sie doch schon im Stich gelassen, beim Staatsvertrag!)

- Das erzählen Sie mal Ihrem Koalitionspartner. - Zweitens. Einerseits erklären Sie die Strategie Baden-Württembergs, an deren Entwicklung Ihre Partei beteiligt war, für genial; denn Sie sagen, am Ende habe man dort das erreicht, was gewünscht gewesen sei. Andererseits behaupten Sie, für Schleswig-Holstein wäre dies eine sehr dumme Strategie, weil wir dann das Füllhorn ausschütten

müssten. Das leuchtet mir, ehrlich gesagt, intellektuell nicht ganz ein.

Drittens. Man hätte, wenn man gewollt hätte, über einen Antrag reden können, in dem nicht steht, dass sich das Land gegebenenfalls mit bis zu soundso viel Prozent beteiligen werde, in dem aber sehr wohl deutlich wird, dass wir es nicht vom Ausgang der Verhandlungen mit dem Bund abhängig machen, ob wir die Bevölkerung schützen. - Die Reaktion? In freundlichen Reden wird das hier gesagt; aber in anderen Reden führt sich Kollege Kilian auf wie die Axt im Walde, was solche Dinge angeht. Wenn Sie dazu keine klare gemeinsame Strategie haben, dann kann ich nur sagen: Ihre Aussagen sind nicht überzeugend, sondern scheinheilig. Die Bevölkerung weiß, dass sie sich auf Sie, auf diese Koalition nicht verlassen kann, was Lärmschutz angeht.

(Zuruf Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Herr Stegner, Sie öffnen die Dose der Pandora! Wenn wir jetzt anfangen, Finanzierungsverantwortung des Bundes für gesetzliche Lärmschutzmaßnahmen zu übernehmen,

(Zuruf SPD: Übergesetzliche!)

dann erklären Sie mir doch einmal, warum wir das für die Fehmarnbelt-Querung, aber nicht entlang der Autobahnstrecken machen. Erklären Sie den Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteineren doch einmal, wo es dann aufhört; denn Lärm belastet alle, nicht nur die Menschen, die an der Fehmarnbelt-Querung leben. Güterzüge fahren im ganzen Land.

(Martin Habersaat [SPD]: Sie ziehen also Ihre Bereitschaft zurück, überhaupt etwas zu übernehmen?)

Sie sagen doch mit Ihrem Antrag nichts anderes, als dass Sie, wenn wir in Berlin etwas verlieren, das Scheckbuch auf den Tisch legen wollen, das heißt, dass das Land es dann schon richten werde. Damit unterschreiben Sie quasi einen Blankocheck. Das ist absolut unvernünftig für dieses Land.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Sich das auch noch hier im Landtag als Erfolg zu verbuchen! Sie sind nicht Teil der Lösung, Sie sind Teil des Problems. Sie haben die Fehmarnbelt-Querung auch in Ihrer Partei unterstützt. Es gibt keine

(Dr. Andreas Tietze)

klaren Parteitagsbeschlüsse der SPD. Sie lassen Frau Hagedorn die Kärnerarbeit machen, lehnen sich selbst aber bequem zurück. Das sollten Sie in Ihrer Partei einmal aufarbeiten, meine Damen und Herren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP - Wortmeldung Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Und ich habe fertig.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Christopher Vogt.

Christopher Vogt [FDP]:

Liebe Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist Leben in der Bude. Das ist immer schön; denn das haben wir selten genug. - Herr Dr. Stegner, ich muss ganz ehrlich sagen, dass ich mit dem Verlauf der Debatte unglücklich bin. Bei diesem Thema geht es schlichtweg darum, die Interessen Schleswig-Holsteins in Berlin zu vertreten. Daher kann ich es überhaupt nicht nachvollziehen, dass die SPD nun mit ihrem Alleingang zu der Frage der Finanzierung von Lärmschutzmaßnahmen kommt. Dazu besteht überhaupt kein Anlass. Ich will Ihnen das noch einmal kurz erläutern, weil ich hoffe, dass wir am Ende doch noch zusammenkommen.

Wir können auf Ihren Antrag nicht zugehen, weil Ihr Vorpreschen in der Finanzierungsfrage irrational und völlig unsinnig ist. Wir können nicht eine Sache mittragen, die für das Land so teuer ist und die Sie einfach mal so in einem Alternativantrag formulieren. Es geht immerhin um einen hohen, wahrscheinlich dreistelligen Millionenbetrag. Sie waren doch einmal Finanzminister, oder nicht? Haben Sie damals auch so gearbeitet? - Wahrscheinlich schon.

Ich muss ganz ehrlich sagen, Herr Dr. Stegner: Bei aller Liebe - wir müssen doch an dieser Stelle ein klares Signal senden, nicht nur nach Berlin - an Ihre Parteifreunde dort, aber auch an unsere Parteifreunde, an die Unionsfraktion und an die Bundesregierung -, sondern auch an die Menschen in der Region.

(Wortmeldung Dr. Ralf Stegner [SPD])

Ich will noch ganz kurz etwas ausführen, bevor Sie etwas sagen können. - Wir haben in Berlin starke Bundestagsabgeordnete. Wenn man für den Elbe-Lübeck-Kanal so viel herausholen kann - ich komme aus dieser Region und habe dafür eine gewisse

Sympathie, Kollege Schlie ja auch; diesen Kanal hätte man aber schon vor 30 Jahren ausbauen müssen -, nämlich 1 Milliarde €, dann traue ich diesen Menschen zu, dass sie die Verantwortung im Bund auch an anderen Stellen wahrnehmen.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein Zweites: Wir hatten vor einigen Monaten die Diskussion um den Digitalpakt. Wir waren große Befürworter und hätten uns noch mehr vorstellen können. Auch dort hat der Bund Verantwortung auf einem Feld übernommen, auf dem er nicht originär zuständig ist. Gegen die erste Variante des Digitalpakts erging ein 16-zu-0-Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz, sodass nachverhandelt wurde. Herr Kahrs, Herr Rehberg und andere hätten nämlich in letzter Minute eine Fifty-Fifty-Kofinanzierung hineinverhandelt. Das betraf auch die Bereiche Verkehr, Wohnen und so weiter. Zu Recht haben die Ministerpräsidenten geschlossen zum Ausdruck gebracht: Das kann es doch nicht sein! Ihr gebt uns auf der einen Seite 5 Milliarden € mit 10 % Kofinanzierung. Auf der anderen Seite sollen wir sozusagen durch die Hintertür überall fifty-fifty zahlen. Das können wir uns nicht leisten. Der Bund zieht sich hier aus der Affäre.

Jetzt kommen Sie um die Ecke und fordern, dass wir bei der Fehmarnbelt-Querung deutlich mehr machen als das reiche Baden-Württemberg. Wir sind jetzt schon bei 15% - wie bei der Rheintalbahn. Warum sollen wir denn mehr machen und denen das anbieten? Das versteht doch kein Mensch.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Dr. Stegner?

Christopher Vogt [FDP]:

Ja.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sehr geehrter Herr Kollege, ich will eine Bemerkung machen und eine Frage stellen. Bei dem Kollegen Tietze war das intellektuell nicht möglich.

(Widerspruch BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Ich versuche es einmal bei Ihnen; vielleicht klappt es ja bei Ihnen.

(Christopher Vogt)

Erstens folgende Bemerkung: Die Position der SPD in Schleswig-Holstein ist die, dass wir mehrheitlich für die Fehmarnbelt-Querung sind. Wir lassen es aber zu - und sagen dies auch deutlich; das hat etwas mit demokratischer Kultur zu tun -, dass auch diejenigen in unserer Partei, die dagegen sind, mit aller Kraft alles dafür tun, die Interessen der Region zu vertreten. Das unterscheidet uns, nebenbei bemerkt, von anderen. Ich weise es also zurück, dies als Schwäche zu bezeichnen. Es ist ein Zeichen von Stärke einer Partei, wenn sie dies tut.

Zweitens komme ich zu meiner Frage, Herr Kollege Vogt. In unserem Antrag steht nicht, dass wir mehr als Baden-Württemberg ausgeben wollen. Das steht dort überhaupt nicht drin. Wir haben den identischen Antrag - den die FDP in Baden-Württemberg übrigens unterstützt hat! - gestellt. Dieser Antrag hat sich als erfolgreich für Baden-Württemberg erwiesen. Wie können Sie auf der einen Seite sagen, dieser Antrag folge einer total dämlichen Strategie, die niemand nachvollziehen könne, wenn doch auf der anderen Seite Ihre eigene Fraktion in Baden-Württemberg diese Strategie unterstützt hat? Das Ergebnis war, dass der Bund sich bewegt hat. Wieso ist das, was dort vernünftig war, hier töricht? Das erschließt sich mir intellektuell nicht. Vielleicht können Sie mir ja erklären, warum Ihre Parteifreunde das so machen. Sie machen das übrigens nicht, weil Baden-Württemberg reicher ist als Schleswig-Holstein - um den Punkt geht es an der Stelle nicht -, nein, vielmehr war das Ergebnis dieses Angebotes, dass sich der Bund bewegt hat. Wir reden über diese Methode, damit nicht etwas mit der Folge passiert, dass die Verhandlungen von Herrn Buchholz notorisch erfolglos bleiben und die Bevölkerung am Ende in die Röhre guckt. Das ist das, um das es hier geht.

- Zunächst zum letzten Satz. Ob es jetzt die richtige Strategie ist, dass wir hier kleinteilig versuchen, einzelne Minister anzuschließen, das ist, glaube ich, nicht wirklich sinnvoll, wenn wir alle gemeinsam in Berlin etwas erreichen wollen.

Zum ersten Punkt darf ich Sie an Folgendes erinnern: Wenn das alles so ist und Sie immer so großzügig von der Hinterlandanbindung sprechen, dann frage ich mich, warum die rot-grün-blaue Koalition im Jahre 2012 nach der Regierungsübernahme die Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 60 Milli-

onen € für die Hinterlandanbindung herausgestrichen hat.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich weiß ja, wer dafür verantwortlich war. Später ist dann mit 75 % beim Thema GVFG auch wieder mehr Geld hinzugekommen. Aber lassen wir die Historie weg. Ich möchte nur eines sagen: Baden-Württemberg - insoweit mögen Sie ja deren Antrag kopiert haben - hat 15 % gezahlt.

(Zuruf: Was?)

- Ja, 15 %. Die Zahlen sprechen eine relativ klare Sprache. Vielleicht haben Sie andere Zahlen. Aber die Zahl, die ich habe, besagt: 15 %. Wenn wir uns das heute angucken, dann sind auch wir jetzt bei 15 %. Wenn Sie nun sagen, die Baden-Württemberger, deren Antrag Sie kopiert hätten, hätten 50 % angeboten und seien mit 15 % rausgegangen, dann muss ich sagen: Man mag im Leben auch mal Glück haben. Aber sinnvoll ist das nicht.

Im Übrigen beziehe ich mich auf den Beschluss des Deutschen Bundestages aus dem Jahre 2016, der mit Blick auf das Thema Rheinstalstrecke gesagt hat: „Leute, da, wo wir eine Tourismusregion haben, europäische Projekte, muss das anders beurteilt werden.“ Das alles trifft genau so auch auf Ostholstein, auf Stormarn oder auf die feste Fehmarnbelt-Querung zu. Diesen Beschluss des Bundestages gibt es. Deshalb sagen wir: „Freunde, das habt ihr schon beschlossen, dann setzt doch auch hier das um, was ihr woanders schon umgesetzt habt!“ Und nun kommen Sie und sagen: „Wir machen das mal großzügig und bieten mehr an, dann wird der Bund sagen: ‚Das Land Schleswig-Holstein bietet 50 % an, aber macht doch 15 %‘.“ - Vielleicht kennen Sie Herrn Scheuer ja besser als ich. Ich weiß jedenfalls nicht, ob der so drauf ist.

(Heiterkeit FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD)

Herr Dr. Stegner, Herr Buchholz wird ja gleich noch reden, sodass wir durchaus noch ein wenig Zeit haben.

(Heiterkeit CDU)

Deshalb will ich Ihnen ganz ehrlich: Lassen Sie uns an der Stelle noch einmal gucken, ob man hier nicht vielleicht sagt: „Okay, da haben wir uns ein bisschen verlaufen. Lasst uns versuchen, im Interesse des Landes, im Interesse der Anwohnerinnen und Anwohner - um diese Menschen geht es doch, nicht um unsere kleingeistigen Spielchen - zu handeln.“

(Christopher Vogt)

Wir haben doch einen Eid darauf geleistet, dass wir uns für die Menschen unseres Bundeslandes einsetzen; deshalb sind wir sogar verpflichtet, dies zu tun. Vielleicht sollten wir vor diesem Hintergrund gucken, ob wir nicht doch noch irgendwie zusammenkommen können. Aber wir werden kein Geld verschenken, das Baden-Württemberg nicht verschenkt hat. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Lang anhaltender Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Volker Schnurrbusch [AfD])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort für die Landesregierung hat der Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus Dr. Bernd Buchholz.

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Diese Landesregierung hat nie einen Zweifel daran gelassen, dass wir die feste Fehmarnbelt-Querung im Sinne des Bundesverkehrswegeplanes unterstützen und dabei sicherstellen wollen, dass die Menschen im Hinterland an einer Eisenbahnstrecke, die dort zweigleisig elektrifiziert auszubauen ist, den größtmöglichen Schutz bekommen sollen. Das ist der Kern der gesamten Diskussion. Dazu hat sich die Landesregierung immer bekannt, und dafür sind wir eingetreten.

Sehr verehrter Herr Hölck, gestatten Sie mir, Folgendes zu sagen: Natürlich habe ich es als Affront empfunden; denn wir haben gemeinsam mit dem Dialogforum und dem Projektbeirat versucht, Akzeptanzlösungen zu erzeugen, übrigens in Absprache mit dem Bundesverkehrsministerium, das dabei gesessen und gesagt hat: Sorgt doch dafür, dass es Akzeptanzlösungen gibt! Die beteiligten Gemeinden sind, jedenfalls zu 99 %, bereit gewesen, von ihren Maximalforderungen abzugehen. Die ursprüngliche Gesamtsumme der Forderung lag bei 897 Millionen €. Wir sind nachher zu realen Forderungen - wenn man mal Bad Schwartau herauslässt - in Höhe von 377 Millionen € plus Planungskosten und Kostensteigerungen, also insgesamt zu Forderungen in Höhe von 560 Millionen € gekommen. Wir haben gemeinsam mit den Gemeinden deutlich zum Ausdruck gebracht: Maximalforderungen machen keinen Sinn.

Jetzt, nach diesen Gesprächen, nachdem übrigens das Bundesverkehrsministerium im Februar den Projektbeirat des Dialogforums eingeladen hat, um

mit ihm gemeinsam die Vorschläge zu erörtern, bin ich bis zur Abgabe des Berichts eine Woche vorher in einem Telefonat mit dem Staatssekretär natürlich davon ausgegangen, dass das Bundesverkehrsministerium sagt: „Na ja, bis auf diese eine nicht gefundene Lösung für Bad Schwartau nehmen wir die anderen Dinge der Akzeptanzlösung in unseren Bericht auf und empfehlen diese“. Davon bin nicht nur ich ausgegangen, sondern davon ist auch das Dialogforum ausgegangen; davon ist auch der Landrat des Kreises Ostholstein ausgegangen. Davon konnten Sie vielleicht nicht ausgehen, weil Sie schon vorher wussten, dass das anders geplant war. Ich empfinde es in der Tat als einen Affront, was da nicht nur mir gegenüber passiert ist, sondern auch gegenüber der Landesregierung, auch gegenüber dem Land und auch gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern und vor allem gegenüber dem Dialogforum.

(Lebhafter Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD)

Deshalb hätte ich mir gewünscht, dass heute von diesem Parlament eine Botschaft ausgeht, dass wir im gegenseitigem Einvernehmen dafür eintreten, dass jetzt zumindest einmal klargestellt wird, dass wir hier im Land nicht schlechtergestellt werden wollen als andere in der Bundesrepublik Deutschland.

Meine Damen und Herren, bei aller Liebe, aber dass es natürlich einen Unterschied macht, wie tragfähig ein jeweiliges Bundesland von seiner Wirtschaftssituation her ist, das ist doch, ehrlich gesagt, nicht neu und hat in einer Kommission für gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland in den letzten Monaten auch eine wesentliche Rolle gespielt.

Wir haben hier beim letzten Mal in der Diskussion über die Frage der Elektrifizierung der Eisenbahn darüber gesprochen, dass eine Fifty-Fifty-Finanzierung für die kleineren Bundesländer, für die ärmeren Bundesländer, dazu führt, dass nichts passieren wird.

Mit Ihrem Antrag sagen Sie, dass Lärmschutz nach dem, was der Deutsche Bundestag beschlossen hat, nur die reichen Länder Deutschlands kriegen können, während die armen darauf verzichten müssen. Das ist sozialdemokratischer Ansatz. Ich verstehe Sie insoweit nicht.

(Lebhafter Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

Diese Landesregierung hat nie einen Zweifel daran gelassen, dass wir uns natürlich daran beteiligen und dass wir natürlich auch Dinge übernehmen wollen. Sie können das in dem Bericht auch nachlesen; das alles steht nämlich darin. 75 % der Kosten nehmen wir den Kommunen von der Hand, wenn es darum geht, die Eisenbahnkreuzungen zu bauen. 80 % nehmen wir ihnen bei den kommunalen Straßen ab. Die kommunalen Straßen kommen in der Matrix gar nicht vor. Insgesamt über 70 Millionen € sind wir bereit zu tragen.

Mindestens in der Vorbereitung, lieber Herr Vogel, lieber Herr Stegner, hätten Sie doch mal darauf gucken können, was in Baden-Württemberg real gewesen ist. Von den insgesamt drei Kernforderungen, die der Bundestag dazu beschlossen hat, ist eine völlig ohne Beteiligung eines Bundeslandes. Das ist der 7 km lange Tunnel bei Offenburg, der mit 1,1 Milliarden € zusätzlich als übergesetzlicher Lärmschutz zu Buche schlägt. An den beiden anderen, kleineren Maßnahmen ist das Land in der Tat mit insgesamt 280 Millionen € beteiligt. 280 Millionen € von 1,88 Milliarden sind nicht 50 %, sondern im Ergebnis 15 %.

Wir sind bei einer Gesamtsituation, in der das Dialogforum im Projektbeirat von 560 Millionen € spricht, mit 70 Millionen € dabei und liegen damit exakt in dieser Größenordnung. Warum schwächen Sie mit Ihrem Antrag die gemeinsame Position des Landes in Berlin?

(Lebhafter Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Warum tun Sie das? Denken Sie, lieber Herr Stegner, noch einmal darüber nach. Sie stärken das Land damit doch nicht. Sie können ja durchaus viel Ärger mit mir haben und mich als Ankündigungsminister titulieren oder dergleichen mehr; aber es muss doch auch in Ihrem Interesse sein, dass meine Position, dass unsere Position in Berlin stark ist, um etwas durchzusetzen, und nicht geschwächt wird.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Lars Harms [SSW])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung?

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Nein, jetzt gerade nicht; denn ich möchte eben noch meinen Gedankengang zu Ende bringen. - Herr

Dr. Stegner, Sie können aber am Rednerpult stehen bleiben, ich lasse gleich Ihre Zwischenfrage zu.

Aber diesen Gedankengang muss ich zunächst noch zu Ende bringen: Das unterscheidet Sie in diesem Haus ganz deutlich von der Union, die ihren eigenen Minister in Berlin durchaus vor das Brett nimmt und sagt: „Halte dich an das, was du gesagt hast!“ Sie nehmen in Berlin niemanden vor das Brett. Das tut mir leid.

(Anhaltender Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Lars Harms [SSW])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Selbstverständlich gern.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Ich habe folgende Frage, Herr Minister: Wenn ich das richtig sehe, ist die Gemengelage doch die, dass Sie finden, wenn wir hier finanzielle Bereitschaft formulieren, dann würden wir unsere Verhandlungsposition schwächen. Das ist der Vorhalt, den Sie uns machen.

Der Vorhalt, den wir Ihnen machen, ist, dass dann, wenn die Verhandlung mit dem Bund nicht erfolgreich ist, die Bevölkerung in die Röhre guckt. Könnten Sie sich denn vorstellen, dass wir uns auf einen Weg verständigen, der auf eine konkrete finanzielle Ankündigung verzichtet, der aber sagt, dass die Landesregierung, dass das Land Schleswig-Holstein garantiert, dass es diesen Rechtsschutz gibt,

(Lachen CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

dass es diesen Lärmschutz gibt? Das ist doch Quatsch.

(Unruhe)

Das ist doch Quatsch. Ich rede davon - -

- Sind Sie jetzt am Ende Ihrer Frage, oder wollen Sie noch etwas sagen?

- Ich würde meinen Satz gern noch beenden.

Wenn es keine Formulierung gibt - Sie können das lächerlich machen - ,

(Unruhe - Glocke Präsidentin)

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

die deutlich macht, dass am Ende der Lärmschutz kommt, dann ist die Aussage dieser Debatte von Ihnen, wir hätten die Verhandlungsposition geschwächt, aber von uns: Sie lassen die Bevölkerung, was den Lärmschutz angeht, im Stich. Das ist der Punkt, über den wir reden.

(Widerspruch CDU)

- Sehen Sie, Herr Stegner, das ist intellektuell unredlich. Die Absurdität - -

(Beifall FDP, CDU und Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

In Wahrheit ist es für einen Menschen wie Sie - - Das kränkt mich intellektuell,

(Heiterkeit FDP und CDU)

wenn Sie bei dem Bogen Ihrer eigenen Sätze die Absurdität Ihrer Formulierungen selbst erspüren, weil Sie selbst formulieren, ich zitiere:

„Der Landtag fordert die Landesregierung auf, im Sinne der Bürgerinnen und Bürger entlang der Strecke der Hinterlandanbindung der festen Fehmarnbelt-Querung übergesehlichen Lärmschutz zu garantieren.“

- Sie wollen, dass ich da hingehe und sage: Zum Schluss übernehmen wir alles, 560 Millionen €

(Heiterkeit FDP, CDU und Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

und das, Herr Stegner, in Anbetracht der Tatsache, dass Sie die Situation im Haushalt des Landes Schleswig-Holstein eigentlich kennen sollten. Jedenfalls beraten Sie jedes Jahr mit uns irgendwie gemeinsam darüber.

Diese Form des logischen Kunstsprunges, den Sie gerade im Kopf vollzogen haben - - Ihr Antrag ist so überhaupt nicht diskutabel. Sie haben sich total verrannt,

(Zuruf CDU: Ja!)

wer auch immer Sie dazu getrieben hat, ob es Frau Hagedorn war oder wer auch immer.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich bitte sagen, was ich an dieser Stelle vermute. Wenn Sie nachher in der Tat in Ihrer Fraktion der SPD im Bundestag oder die CDU im Bundestag keine Mehrheiten für all das, was wir hier fordern, erzielen, dann wollen Sie mit dem ausgestreckten Zeigefinger auf die Landesregierung in Schleswig-Holstein zeigen, weil die keinen Anteil daran hatte. Und das ist bigott, meine Damen und Herren.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für mich gehört es auch zur Wahrheit dazu, wenn die Abgeordnete Redmann in Bad Schwartau mit Frau Hagedorn gemeinsam durch die Gegend geht und fordert, wiederholt fordert: Es kann gar nicht genug sein; der Bund wird das übernehmen, so steht es in der Bundestagsdrucksache. - So laufen Sie da herum.

(Sandra Redmann [SPD]: Das stimmt gar nicht!)

267 Millionen € für einen Extratunnel, um dann als Abgeordnete hier ins Parlament zu kommen und zu sagen, 50 % davon soll bitte schön das Land tragen.

(Widerspruch Sandra Redmann [SPD])

Das, meine Damen und Herren, ist wirklich absurd.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Volker Schnurrbusch [AfD])

Wir haben gemeinsam die Verantwortung dafür, dass die Menschen in diesem Land mindestens genauso behandelt werden dürfen wie die im Rheintal. Dafür gilt es jetzt gemeinsam, ohne dass ich eine - -

Ich kann im Deutschen Bundestag nichts beantragen. Ich bin darauf angewiesen, dass Ihre Bundestagsabgeordneten und die Bundestagsabgeordneten der regierungstragenden Fraktionen in Berlin nicht nur gemeinsam einen Antrag stellen, sondern auch für Mehrheiten sorgen, damit das passiert, was den Menschen in Schleswig-Holstein hier oben versprochen worden ist. Der Ministerpräsident setzt sich genauso dafür ein wie der Verkehrsminister. Wir werden am 12. September 2019 in Berlin sein, um dort dafür zu werben und zu argumentieren, genau so, wie ich das die ganze Zeit über tue. Das Beste wäre, Sie würden uns freundlicherweise von Ihrer Seite dabei unterstützen, indem Sie jetzt noch einmal kurz in sich gehen, Ihren Antrag zurückziehen und dem Antrag der Koalition zustimmen, damit wir eine gemeinsame Linie verfolgen können. - Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Zu einem weiteren Redebeitrag hat sich die Abgeordnete Sandra Redmann gemeldet.

Sandra Redmann [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich komme auf den Antrag der CDU, der FDP und der Grünen zurück, und wir schauen uns einmal an, was er in Berlin bewirken wird. Dort heißt es:

„Der Landtag bedauert die Empfehlung des Bundesverkehrsministers ...“

- Super, ganz toll, das tun wir alle. Das ist keine besonders spannende Geschichte, die dort steht. Wenn Sie das jetzt bedauern, hätten Sie vielleicht vorher etwas mehr Einfluss in Berlin nehmen sollen und nicht immer durch die Gegend fahren und in Dänemark hübsche Bilder machen, um zu zeigen, dass dort schon längst gebaut wird. Vielleicht hätten Sie sich einmal dafür einsetzen sollen, was die Menschen vor Ort bewegt, und nicht nur immer an Ihre persönlichen Interessen denken sollen.

(Beifall SPD - Christopher Vogt [FDP]: Das ist armselig! - Zuruf: Das war ein gemeinsamer Beschluss!)

Das ist Punkt eins.

Zweitens. Das Akzeptanzpapier, das Sie in Berlin zusammen mit dem dänischen Botschafter in die Kamera gehalten haben, war keinesfalls im Dialogforum abgestimmt. Das weiß hoffentlich auch jeder. Sie haben voreilig ein Akzeptanzpapier, einen Tag vor dem angeblichen Abgabeschluss - das hatte sich der Verkehrsminister mal ausgedacht - dorthin gebracht und haben sich fotografieren lassen und gezeigt, wie toll das alles ist. Alle Aktionen, die Sie zu dem angeblichen Schutz der Bevölkerung bisher unternommen haben, haben nichts, aber auch rein gar nichts bewirkt. Sie haben nichts in der Hand, nichts.

(Minister Dr. Bernd Buchholz: Und Ihre?)

- Darauf komme ich gleich zu sprechen.

(Wortmeldung Christopher Vogt [FDP])

- Ich lasse keine Zwischenfragen zu.

Ich komme zu Ihrem Antrag zurück.

„Der Landtag fordert übergesetzliche Lärmschutzmaßnahmen ...“

- Super, das fordern wir schon die ganze Zeit.

„Der Landtag appelliert daher an die schleswig-holsteinischen Bundestagsabgeordneten ...“

Lassen Sie mich einmal sagen, wenn Sie an die schleswig-holsteinischen Bundestagsabgeordneten

appellieren und die auf Ihrer Seite haben wollen - das wird hier auch passieren -, dann sollten Sie Frau Hagedorn nicht bei jeder Gelegenheit, wo Sie auch immer sind, schlechtmachen, verunglimpfen und so einen Unsinn behaupten, dass wir in Bad Schwartau rumrennen und solche Sachen sagen. Das hat nie einer von uns gesagt. Lassen Sie das sein, das ist doch Quatsch.

(Beifall SPD)

„Übergesetzliche Lärmschutzmaßnahmen müssen ausreichend finanziert werden.“

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

- Ich weiß, ein getroffener Hund jault, mein lieber Christopher Vogt.

(Widerspruch CDU und FDP)

Lassen Sie mich etwas zu Bad Schwartau sagen. Ihre Vermittlungsbesuche bei der FDP waren ja vergeblich.

(Christopher Vogt [FDP]: Nein!)

Das ist ein Beschluss der Stadtverordnetenversammlung. Das steht einem demokratisch gewählten Gremium zu. Was Sie hier machen, auch mit der Äußerung, dass angeblich der Bundesverkehrsminister gesagt habe, es liege an Bad Schwartau, dass es kein Geld gebe, ist eine Unverschämtheit. Sie bringen einen Spaltpilz in die Region und hoffen so, sich herausreden zu können. Nein, Herr Minister, das ist nicht in Ordnung, das ist kein guter Stil.

(Beifall SPD)

Wenn Sie der Auffassung sind, gerade Sie, dass Sie sich immer für die Region so eingesetzt haben, dann frage ich mich, warum der Projektbeirat der Region bei seinen letzten Gesprächen um eins gebeten hat.

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit ist vorbei. Kommen Sie bitte zum Schluss.

Sandra Redmann [SPD]:

- Einen Satz. - Sie versuchen ja im Hintergrund des Wirtschaftsministeriums im Moment, Bad Schwartau aus dieser Einigung herauszunehmen. Ich frage daher: Warum möchte der Projektbeirat gern, dass das Land Schleswig-Holstein ein Signal Richtung Berlin sendet, dass es sich finanziell beteiligt? Sie wissen ganz genau, dass es dieses Signal gibt. Das haben Sie hier verschwiegen. Das wollen die des-

(Sandra Redmann)

wegen, weil sie wissen, dass das die Chancen in Berlin erhöht. Tun Sie nicht so, als wenn es nicht so wäre.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Es ist beantragt worden, den Antrag 19/1631 sowie den Alternativantrag Drucksache 19/1662 dem Wirtschaftsausschuss zu überweisen.

(Zurufe CDU und AfD: Nein!)

- Was wurde dann vorgeschlagen?

(Zuruf CDU: Abstimmung in der Sache!)

- Abstimmung in der Sache. Gut, dann kommen wir dazu.

Ich lasse über den Alternativantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 19/1662, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Dann wurde der Antrag gegen die Stimmen der SPD mit den Stimmen von allen anderen Fraktionen abgelehnt.

Ich lasse dann über den Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/1631, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann wurde dieser Antrag Drucksache 19/1631 mit allen Stimmen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Abgeordneten des SSW, der FDP, der CDU, der AfD-Fraktion und Frau von Sayn-Wittgenstein bei Enthaltung der SPD-Fraktion angenommen.

Ich begrüße auf der Tribüne Schüler und Schülerinnen der Toni-Jensen-Gemeinschaftsschule Kiel.

(Beifall)

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 16:

Kostenfreier Nahverkehr zum Tag der Deutschen Einheit

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/1507

Kostenloser Nahverkehr am Tag der Deutschen Einheit

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/1556 (neu)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Abgeordnete der SPD-Fraktion, Kai Vogel.

Kai Vogel [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon ein bisschen schräg - das muss man sagen -: Gestern konnte man in der Zeitung bereits lesen, dass es möglich sein wird, am Tag der Deutschen Einheit gratis mit der Bahn nach Kiel zu fahren, aber erst heute beraten wir über den passenden Antrag von uns hierzu, der genau das fordert.

(Zuruf SPD: Das ist auch nicht das erste Mal!)

Der Alternativantrag der Koalition ist inhaltlich veraltet und überholt, wenn der Wirtschaftsminister in der Zeitung bereits den Abschluss lobt und jeder aus der Koalition - davon gehe ich aus - das Ergebnis kennt. So veräppelt man den Bürger: Im gestrigen Antrag liest er, dass es Gespräche geben soll, gleichzeitig sind diese aber bereits final zum Abschluss geführt worden - so stand es jedenfalls in der Zeitung.

(Unruhe)

Aus meinen Gesprächen weiß ich, dass die Regierung aber nur deswegen aktiv geworden ist, weil sie von unserem Antrag dazu getrieben wurde. Ich gehe nun zumindest davon aus, dass alle nachfolgenden Redner sich huldvoll bei uns für unsere Initiative bedanken, statt so zu tun, als sei ihnen selbst diese Idee gekommen.

(Beifall SPD - Beate Raudies [SPD]: Ihr könnt doch unserem Antrag einfach mal zustimmen! - Zurufe von der CDU)

- Wenn wir die Worte des Kollegen Koch von vorn nehmen, ist es genau das.

Drei Jahrzehnte nach dem Fall der Mauer finden in Schleswig-Holstein, hier bei uns in Kiel, die Feierlichkeiten anlässlich des Tages der Deutschen Einheit statt. Nach 2006 geschieht dies nun zum zweiten Mal hier in unserem Bundesland; die Feierlichkeiten stehen diesmal unter dem Motto „Mut verbindet“. Schleswig-Holstein möchte mit diesem Motto eine Brücke schlagen zwischen früher, heute und morgen und möchte mit dem Logo des Leuchtturms in den Deutschlandfarben das Verbindende zwischen den Kommunen und das Verbindende darüber hinaus bis nach Europa hin symbolisieren.

Ich freue mich auf dieses Fest und finde es toll, dass es hier bei uns in Kiel stattfindet. Ich hoffe,

(Kai Vogel)

dass wir ganz viele Gäste aus Schleswig-Holstein, aber auch aus anderen Bundesländern hier bei uns begrüßen dürfen. 2017 waren es in Mainz übrigens 510.000 Besucherinnen und Besucher, im letzten Jahr in Berlin kamen schon über 600.000.

Deshalb haben wir uns die Frage gestellt: Wie kann man den Besucherinnen und Besuchern eine problemlose Anreise ermöglichen? Leider werden wir niemals jeden davon überzeugen, dass eine Anreise mit Bus oder Bahn am vernünftigsten ist, um ein Verkehrschaos hier in Kiel zu vermeiden. Aber eine kostenfreie Anreise mit Bus und Bahn überzeugt hoffentlich dann doch ganz, ganz viele, das Auto zu Hause zu lassen.

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Deshalb haben wir diesen Antrag gestellt. Mit diesem Antrag fordern wir den kostenlosen Nahverkehr für ganz Schleswig-Holstein an den beiden Tagen der Feierlichkeiten, am 2. und 3. Oktober 2019.

Ich kann die Schwierigkeiten, die es dabei in Bezug auf den 2. Oktober 2019 gibt, durchaus nachvollziehen, da dieser Tag ein regulärer Arbeitstag und kein gesetzlicher Feiertag ist. Daher könnten wir auch sehr gut damit leben, wenn der Minister nachher in seiner bekannt charmanten Art bei der Antwort auf unseren Antrag diese Forderung - das wird er vermutlich tun - ins Lächerliche zieht. Was den 3. Oktober 2019 betrifft, so sind wir aber absolut unnachgiebig.

Tickets ausschließlich nach Kiel an diesem Tag kostenfrei zu stellen, schien uns technisch und organisatorisch recht kompliziert. Wenn es hierfür nun doch eine Lösung gibt, freut uns das. Mir zumindest ist aus allen Gesprächen, die ich dort mit den zuständigen Vertreterinnen und Vertretern geführt habe, gesagt worden, dass Umstellungen bei Fahrkartenautomaten bei jeder Tarifierhöhung sehr aufwendig seien, da man an jeden einzelnen der Automaten ran müsse. Das klappt eben nicht einfach per Mausclick. Auch für das Zugpersonal schien es uns am einfachsten, wenn alle wissen: An diesem Tag kann ich auf jeder Bahnstrecke in Schleswig-Holstein kostenfrei fahren. Es macht für uns keinen Sinn, wenn auf der Strecke von Lübeck nach Plön am 3. Oktober 2019 ein Ticket gelöst werden muss, derjenige aber, der weiter nach Kiel fahren möchte, kostenfrei fahren darf. Da könnte der Reisende ja behaupten, er sei von Lübeck nach Kiel unterwegs - obwohl er tatsächlich gar nicht so weit fahren muss. Eine solche Regelung macht für uns also keinen Sinn.

Vorbild ist für uns übrigens der HVV. Der HVV lässt meist einmal im Jahr an einem Sonntag alle Nutzerinnen und Nutzer kostenfrei sein Streckennetz nutzen - als Geste des Dankes an die Kundinnen und Kunden. An diesem Tag sieht man ganz viele Reisende mit glücklichen Gesichtern.

Lassen Sie uns unsere Gäste mit einem solchen Lächeln bei der Anreise nach Kiel verzaubern, und tragen Sie dazu bei, dass diese Gäste ein großartiges Fest erleben!

Danke also, dass Sie unseren Anregungen, die wir im Antrag formuliert haben, gefolgt sind. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Hans-Jörn Arp.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir feiern nun zum 30. Mal die Wiedervereinigung - ein Fest, das uns allen als Demokraten sehr am Herzen liegen muss. Denn wer hätte vor 30 oder 31 Jahren geglaubt, dass eine friedliche Wiedervereinigung in Deutschland bevorstehen würde?

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Viele hatten diesen Gedanken längst aufgegeben, aber die CDU - Werner war als einer der ersten Kämpfer dabei - hat immer gesagt: Wir glauben an die Wiedervereinigung.

Wir wussten nicht, wann sie kommen würde, und wir hätten nie geahnt, dass sie friedlich erfolgen würde. Dass eine friedliche Wiedervereinigung hier in Deutschland möglich war, ohne dass ein Schuss gefallen ist, das ist allemal und immer wieder ein Grund, miteinander zu feiern.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW - Volker Schnurrbusch [AfD]:
So ist es! - Beifall AfD)

Die Älteren unter uns - es sind gar nicht so viele - haben noch miterlebt, wie der 17. Juni gefeiert wurde. Er war ein wichtiger Gedenktag, bei dem an den Aufstand in der damaligen DDR gedacht worden ist. Auch dafür wurden wir manchmal sogar angepöbelt; wir wurden belächelt, dass wir das immer wieder zum Anlass genommen haben, an die Frei-

(Hans-Jörn Arp)

heit der Menschen zu erinnern. Und diese Freiheit kommt jetzt.

Am 3. Oktober 2019 wird dies nun wieder einmal hier gefeiert. Ich hatte das Glück, schon beim letzten Mal als Abgeordneter dabei sein zu dürfen, und ich freue mich auch dieses Mal, dass wir dabei hier in Kiel, hier in Schleswig-Holstein die Gastgeber sind.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Wir wollen - danke, liebe Kolleginnen und Kollegen - gern Gastgeber sein. Wir wollen uns dabei von unserer besten Seite präsentieren - als Abgeordnete, als Parlament, als Regierung, als Schleswig-Holstein. Deshalb ist es gut, dass wir möglichst viele Menschen hierher einladen.

Dem Bericht der Landesregierung zufolge werden über 500.000 Menschen erwartet. Das ist auch für Kiel ein Spektakel, das die Stadt so noch nicht erlebt hat. Dafür werden wir sehr gern alle möglichen Dinge tun, um diese Menschen so gut wie möglich willkommen zu heißen.

Dabei wissen wir aber - das muss auch dazu gesagt werden -, dass die Mehrzahl der Menschen nach wie vor mit dem Auto anreisen werden. Wir müssen also am Stadtrand oder außerhalb der Stadt für Park-and-Ride-Plätze sorgen. Das ist in dem Konzept der Landesregierung enthalten, und es ist auch in den Besprechungen immer wieder Thema gewesen.

Darüber hinaus wollen wir aber auch, dass die Gäste mit SPNV und ÖPNV hierherkommen, und zwar am 3. Oktober möglichst umsonst. Damit kann zumindest ein Teil des Autoverkehrs vermieden werden; zu viel Verkehr muss nämlich nicht sein. Wir sind dabei vorbildlich; dies hat es in anderen Bundesländern in dieser Form bislang noch nicht gegeben, und hier wären wir tatsächlich einmalig.

Ich kann im Namen der CDU-Fraktion die Landesregierung und den Ministerpräsidenten bei diesem Vorhaben tatsächlich nur unterstützen. Bei den Verhandlungen sowohl mit der Stadt Kiel wie auch mit NAH.SH ist es bereits gelungen sicherzustellen, dass wir am 3. Oktober unsere Gäste kostenfrei herkommen lassen können. Auch der eine oder andere von uns ist ja selbst hiervon betroffen.

In diesem Sinne, Herr Ministerpräsident: Verhandeln Sie! Wir alle geben uns Mühe, an diesem Tag gute Gastgeber zu sein und uns als Land, als Parlament, als Parlamentarier von der besten Seite zu zeigen. Denn das soll ein Fest sein, das noch lange

an Schleswig-Holstein erinnert, das uns nachhaltig als Gastgeber darstellt.

In diesem Sinne herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit, und Ihnen, Herr Ministerpräsident, viel Erfolg bei den Verhandlungen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Dr. Andreas Tietze.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Einige von Ihnen werden sich erinnern: Die Bahn spielte schon vor dem Mauerfall eine besondere Rolle. Ich erinnere mich noch gut an den Moment im Oktober 1989, als Hans-Dietrich Genscher auf dem Balkon der Botschaft in Prag stand und bekannt gab, dass die Menschen ausreisen dürfen. Wir erinnern uns an diese Züge: 22 Sonderzüge waren es, die die Menschen in die Freiheit brachten.

(Beifall FDP, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall Dr. Frank Brodehl [AfD])

Meine Damen und Herren, das Kalkül des damaligen SED-Regimes, die Züge über DDR-Gebiet fahren zu lassen und damit zu demonstrieren, dass die Lage unter Kontrolle sei, schlug ins Gegenteil um. Tausende Menschen stürmten die Bahnhöfe, um an die Züge zu gelangen. Trotz des massiven Einsatzes von Sicherheitskräften gelang dies einigen sogar.

Meine Damen und Herren, in dieser Woche vor dem Mauerfall konnten weitere Tausende Menschen per Zug durch die damalige Tschechoslowakei in den Westen fliehen.

Mit dem Mauerfall wurden die Deutschen damals vom Regierenden Bürgermeister Walter Momper als das glücklichste Volk der Welt bezeichnet. Wieder einmal war es die Bahn, mit der Menschen zum ersten Mal in den Westen reisten - sei es für immer, oder sei es nur, um mal zu gucken und um Freunde, Verwandte und Bekannte zu besuchen. Wer also ein bisschen Geschichtsbewusstsein hat, wird feststellen, dass das Thema Bahnreisen, dass die Anreise mit der Bahn mit der Deutschen Einheit sehr viel zu tun hat.

Insofern ist es nicht damit getan zu sagen - Herr Kollege Vogel -: Wir bieten einen kostenlosen Nah-

(Dr. Andreas Tietze)

verkehr an. Das wäre unter den politischen Forderungen von uns Grünen die Forderung Nummer eins, und ich würde mich tatsächlich dann hier hinstellen und sagen: Herzlich willkommen im Club! - Nein, es hat eben auch - - Herr Ministerpräsident, ich finde es sehr gut, dass Sie dies auch angenommen haben; ich weiß gar nicht, ob Sie dazu einen Antrag der SPD benötigt hätten. Sie haben immerhin erkannt, dass dies ein wichtiger Aspekt der Deutschen Einheit ist, etwas, das mit Freiheit zu tun hat und das mit der Frage zu tun hat, welche Bedeutung die Deutsche Einheit hat. Deshalb feiern wir diesen Tag, den 3. Oktober 2019, in Kiel, und deshalb ist dies auch mehr als nur ein Symbol.

Meine Damen und Herren, wir alle wissen ja, wie so ein Tarifgeschächere abläuft.

Ich habe das beim Semesterticket selbst leidvoll erleben können. Wenn Sie Erster Bürgermeister von Hamburg wären, Herr Ministerpräsident, könnten Sie das einfach so entscheiden und sagen: „Ich unterschreibe das jetzt“, weil die Tarifhoheit durch die Bruttoverträge in Hamburg eben in der Hand des Hamburgischen Senats liegen. Bei uns müssen Sie durch die Institutionen hindurch. Was ich beim Semesterticket erlebt habe, werden Sie jetzt wahrscheinlich leidvoll beim Thema Deutsche Einheit erleben, denn Sie müssen mit NAH.SH, mit Unternehmen verhandeln, dann wird hier und da geschaut. Ich habe das alles hinter mir.

Das zeigt eben auch, dass dieses ganze Tarifgefüge tatsächlich einer Reform bedarf. Wenn wir so etwas wollen - wir haben auch viele andere Ideen -, dann sieht man jetzt an dieser Stelle, dass an einigen Schrauben mehr im System zu drehen ist, als wir vielleicht im Moment denken. Es ist wichtig - darauf kommt es mir an, meine Damen und Herren -, dass wir gerade auch zu solchen Begebenheiten wie dem Tag der Deutschen Einheit als höchstes gesetzgebendes Kompetenzzentrum dieses Landes auch einmal einen Akzent setzen können. Das ist auch eine wichtige Voraussetzung. Wir machen das nicht, weil wir möchten, dass die Bürger Geld sparen, sondern wir machen das aus dieser Verantwortung heraus, die ich am Anfang dargestellt habe.

Deshalb appelliere ich auch an die Unternehmen: Ihr seid auch Teil des Ganzen, ihr seid auch Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, ihr seid Bürgerinnen und Bürger dieses Landes! Deshalb gehe ich davon aus, dass wir tatsächlich in diesem Rahmen, Herr Kollege Vogel, sehr schnell zu einer Einigung kommen, dass die Bahnfahrt und der ÖPNV an diesem Tag frei sind. Aus der historischen Verantwortung heraus - das Klima wird es uns selbstverständlich

auch danken - können wir damit ein Zeichen setzen, ein besonderes Zeichen des Willkommens, ein Zeichen aber auch, dass uns bewusst ist, dass Mobilität mehr ist, als nur von Punkt A nach Punkt B zu kommen. Mobilität ist auch ein Zeichen von Freiheit von Menschen. Ich glaube, das zeigen wir mit diesem Beschluss und mit Ihrer Initiative sehr deutlich.

Ich möchte mich an dieser Stelle bedanken und wünsche Ihnen viel Erfolg und immer eine ordentliche Handbreit Wasser unterm Kiel, damit Sie das auch schaffen, dass wir das am Tag der Deutschen Einheit auch wirklich umsetzen können. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und Dr. Frank Brodehl [AfD])

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Richert.

Kay Richert [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Herr Vogel, Sie haben eben gesagt, die Diskussion sei ein bisschen schräg. Da gebe ich Ihnen recht. Es gäbe natürlich die Möglichkeit, jetzt noch ein bisschen Öl ins Feuer zu gießen, aber ich denke, es ist ein so freudiger Anlass, über den wir uns hier unterhalten, dass ich hier keine weitere Kontroverse aufmachen möchte.

Der Tag der Deutschen Einheit ist ein Freudenfest für alle Deutschen. Ich - ich denke aber, ich spreche da für meine gesamte Fraktion und auch für die meisten hier im Haus - empfinde es als großes Glück, dass Deutschland vor 30 Jahren wieder zu einem Staat geworden ist, dass diese unselige Teilung überwunden wurde, dass die ständige Bedrohung des Kalten Krieges überwunden wurde und vorbei ist. Ich bin nach wie vor den Bürgerinnen und Bürgern der DDR dankbar für ihren Mut, für ihre Entschlossenheit, sich diesem menschenverachtenden, diesem brutalen und gewalttätigen sozialistischen Regime entgegenzustellen.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU, AfD, Beifall Lars Harms [SSW] und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Das ist auch ein eindrucksvoller Beweis dafür, welche Kraft der Wunsch der Menschen nach Freiheit hat.

Dieses Gefühl der Befreiung und Erlösung von der ständigen Bedrohung durch Krieg und Verderben

(Kay Richert)

können wir vielleicht nicht weitergeben, das muss man wahrscheinlich erlebt haben. Aber die Überzeugung, dass Unrechtsregime, Unrecht, Gängelung, Bevormundung und Unfreiheit überwunden werden können und überwunden werden müssen, ist die zentrale Botschaft für uns an diesem Tag der Deutschen Einheit. Deshalb ist dieser Tag der Deutschen Einheit so wichtig für uns.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind jetzt wieder ein Volk in einem Land, und die Freude darüber und das Glück, das wir empfinden, wollen wir mit allen unseren Freunden teilen. Deshalb richten wir als Deutsche einmal im Jahr den Tag der Deutschen Einheit mit einem Bürgerfest aus, jedes Jahr in einem anderen Bundesland. Dieses Jahr haben wir die Ehre, hier bei uns in Schleswig-Holstein, in unserer Landeshauptstadt Kiel Gastgeber für dieses große Fest sein zu dürfen. Natürlich kommt auch dieses Fest nicht ohne offizielles Tüdelüüt und Brimborium aus, aber im eigentlichen Mittelpunkt stehen doch die Bürgerinnen und Bürger. Denn nicht die große Politik hat das DDR-Unrechtsregime überwunden, sondern der Bürger, der mutige, aufrechte, optimistische Bürger war es, der neugierig war, der optimistisch und hoffnungsvoll auf seine eigene Zukunft geblickt hat. Das müssen wir feiern.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall Dr. Frank Brodehl [AfD])

Wir wollen dieses Fest alle zusammen feiern. Ich finde es deshalb klasse, dass die Landesregierung zusammen mit der Stadt Kiel dafür sorgt, dass alle Menschen in Kiel mobil sind - und das kostenlos. Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Landesregierung: Vielen Dank für Ihre Initiative dazu.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU - Zurufe SPD - Birte Pauls [SPD]: Das ist so lächerlich!)

Meine Damen und Herren, der Tag der Deutschen Einheit ist ein Freudentag für alle Deutschen und für unsere Freunde und Gäste. Wie einig wir uns in diesem Punkt sind, zeigt ja auch Ihr Beitrag, den Sie dazu geleistet haben, der Antrag der Opposition, der parallel zur Initiative der Landesregierung eingebracht wurde.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Nicht parallel, sondern davor! - Birte Pauls [SPD]: Das ist realitätsfern!)

Wir sind also da einer Meinung, auch wenn Sie jetzt versuchen, das wieder zu relativieren. Ich nehme das trotzdem als positives Signal aus Ihrer Richtung. Ich freue mich auf ein schönes Bürgerfest in unserem schönen Schleswig-Holstein. - Vielen Dank.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Schnurrbusch das Wort.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Gäste, die gerade eintrudeln! Am 3. Oktober 2019 feiern wir hier in Kiel den Tag der Deutschen Einheit. Wir freuen uns alle auf ein großartiges Fest, bei dem wir uns der Wiedervereinigung erinnern. Wir sind den mutigen Männern und Frauen dankbar, die sich damals gegen das DDR-Regime erhoben und die Wende vollendet haben.

Ich weiß noch, wie ich selbst mit meinen Kindern - damals waren es erst zwei - am 3. Oktober durch das Brandenburger Tor gegangen bin, das nach langer Zeit wieder offen war. Das ist eine der schönsten Erinnerungen, die ich heute noch habe.

Daher begrüßen wir auch die Aktivitäten der Landesregierung, den Bürgern ein Angebot für kostenfreien Nahverkehr zu unterbreiten, ausdrücklich. Wir sehen darin einen zusätzlichen Anreiz für interessierte Bürger, an diesem Tag ohne Pkw in die Landeshauptstadt zu reisen und aus diesem Anlass in die Bahn umzusteigen. Gerade der regionale Zugverkehr kann durch ein solches Angebot und dessen hoffentlich einwandfreie Umsetzung Werbung in eigener Sache betreiben und sein mehr als angekratztes Image aufbessern. Die Bahn hat da, wie wir wissen, großen Nachholbedarf; denn wir wissen auch, dass sich viele Kunden in den letzten Monaten oder Jahren enttäuscht abgewendet haben.

Erst vor wenigen Tagen berichtete die Presse unter der Überschrift „Züge fahren meist defekt“, dass im ersten Halbjahr 2019 rund 80 % der Regionalzüge in Schleswig-Holstein störungsbehaftet gewesen seien. Die Bahnkunden erwarten zu Recht, dass sie nicht nur von A nach B gebracht werden, sondern dass dies auch pünktlich und in sauberen, voll funktionsfähigen Zügen erfolgt. Hier aber liegt heute auch das Problem, denn viel zu viele Nah- und Fernverkehrszüge sind auch in Schleswig-Holstein mit defekten Türen, nicht funktionierenden Klima-

(Volker Schnurrbusch)

anlagen oder schlicht verschmutzt unterwegs. Deshalb ist der Hauptgrund für die schwache Akzeptanz des öffentlichen Personennahverkehrs nicht etwa die Frage der Kosten, sondern die fehlende Qualität.

Aus demselben Grund wären sicher auch viele Kunden bereit, am Tag der Deutschen Einheit für eine Bahnfahrkarte nach Kiel zu bezahlen, wenn ein angemessener Reisekomfort und Pünktlichkeit garantiert wären. Hier hat die Deutsche Bahn noch einen weiten Weg vor sich, um Vertrauen zurückzugewinnen, das über viele Jahre verloren gegangen ist.

Zurück zum 3. Oktober: Die Verkehrsunternehmen und hier insbesondere die Deutsche Bahn haben an diesem Tag die Chance, verlorenen Boden wiedergutzumachen, Vertrauen neu zu bilden und viele Bürger schnell, sicher und komfortabel zu den Feierlichkeiten nach Kiel zu bringen, auf die wir uns jetzt schon freuen.

Daher unterstützen wir den vorliegenden Alternativantrag der Jamaika-Koalition. Den SPD-Antrag müssen wir leider schon aus dem Grund ablehnen, sehr geehrter Herr Vogel, weil er die Landesregierung auffordert, „die Mitnahme aller Personen kostenfrei durchzuführen“. Ich glaube, es ist nicht die Aufgabe der Landesregierung, sondern das ist immer noch die Aufgabe der Verkehrsunternehmen. Und wir wissen schon, dass sich die Landesregierung aufgemacht hat, um mit den Verkehrsunternehmen und auch mit der Stadt Kiel eine Vereinbarung zu schließen. Das war ein bisschen haarspalterisch, Herr Vogel, aber Sie sind ja Lehrer, Sie müssen das abkönnen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall Dr. Frank Brodehl [AfD])

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Begrüßen Sie mit mir auf der Tribüne Schüler und Schülerinnen der Gemeinschaftsschule Reinbek.

(Beifall)

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Fraktionsvorsitzende Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Kostenfreier Nahverkehr ist eine gute Sache, her damit,

(Beifall SSW und Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

und zwar nicht nur an einem Tag alle 16 Jahre, sondern an jedem Tag in der Woche. Das muss das eigentliche Ziel sein. Der ÖPNV ist umweltschonend, sozial gerecht und schont unsere Ressourcen. Mehr öffentlicher Personennahverkehr bedeutet auch weniger Luftverschmutzung und weniger Flächenverbrauch durch Parkplätze. Kostenlos mit dem Bus zur Arbeit und zur Uni ist für einige Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner dank Job- oder Semesterticket bereits fast Realität. Die Nutzerzahlen steigen, und die Natur atmet auf, weil weniger Menschen das eigene Auto nutzen. Von dieser Seite unterstützen wir die vorliegenden Anträge von ganzem Herzen. So könnten manche Skeptikerinnen und Skeptiker erstmals auf die Schiene gelockt werden. Das wäre ein nachhaltiger Erfolg und vielleicht für den einen oder anderen auch der Einstieg in die Verkehrswende.

Ich befürworte ausdrücklich ein starkes, gemeinsames Zeichen des Landtags, dass wir einen weitgehend autofreien Tag der Deutschen Einheit in Kiel begehren sollten. Mein ausdrücklicher Dank gilt darum sowohl den Autoren des Ursprungsantrags als auch denen des Alternativantrags, die es möglich gemacht haben, dass wir heute von einem besseren Ausgangspunkt in die Debatte gehen können.

Inzwischen hat sich die Stadt Kiel für den kostenlosen Nahverkehr am 3. Oktober 2019 entschieden und wird Festgäste, Publikum und alle Interessierten kostenlos in Kiel zum Festgelände hin- und zurückbringen. Das ist absolut vorbildlich. Für die Kieler Woche, die jedes Jahr unter Parkchaos und Staus stöhnt, wäre der kostenlose Nahverkehr sicherlich auch eine gute Idee.

(Beifall SSW, SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit würden die Kieler Gäste dann nämlich umweltschonend zur Förde gebracht.

(Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Gute Idee!)

Zurück zum 3. Oktober 2019, bis zu dem es nur noch ein paar Wochen sind. Ich bitte deshalb zu bedenken, dass es mit einem kostenlosen Transport allein nicht getan ist. Es müssen auch mehr Züge mit einem entsprechend dichten Sonderfahrplan eingesetzt werden. Angesichts des Zeitdrucks ist das aber wohl nicht mehr zu erwarten; die Verhandlungen laufen ja auch schon. Ich hoffe, dass die Gespräche zu einem guten Abschluss kommen und gemeinsam mit NAH.SH ein Weg aufgezeigt wird, wie die Bürgerinnen und Bürger am 3. Oktober kostenlos mit der Bahn nach Kiel hin und zurückreisen können.

(Lars Harms)

Abschließend möchte ich noch auf eine besondere Personengruppe aufmerksam machen: Menschen, die mobilitätseingeschränkt sind. Tatsächlich kommt es vor, dass Rollstuhlfahrer am Bahnhof zurückbleiben, weil die Rampe defekt ist oder die erforderlichen Plätze ausgebucht sind. Wollen mehrere Rollstuhlfahrer mitfahren, gerät das System Zug regelmäßig an seine Grenzen. Das ist beschämend, aber leider Realität. Ich wünsche mir, dass am 3. Oktober 2019 alle Züge verbindlich mit Wagen für mobilitätseingeschränkte Reisende ausgestattet werden. In den Gesprächen mit NAH.SH sollte diese Personengruppe zumindest ausdrücklich angesprochen werden, und man sollte versuchen, in irgendeiner Art und Weise eine Mobilitätsgarantie auszuhandeln.

Wenn die Züge fahren, soll jeder Bürger in Schleswig-Holstein und jeder Mensch, der zu uns kommt, eine Chance haben, das Fest zu besuchen. Das soll nicht an einem Rollstuhl scheitern.

(Beifall SSW, SPD und Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Jette Waldinger-Thiering [SSW]: So ist es!)

Zusammenfassend ist klar, dass die Intentionen der Anträge richtig sind. Die Politik ist angesichts des Klimawandels geradezu verpflichtet, den Nahverkehr attraktiver zu machen. Da macht es Sinn, am 3. Oktober ein starkes Signal zu senden. Wie gesagt, darf man es dabei nicht belassen, aber es ist ein schönes Signal für die Verkehrswende. So können alle einmal ausprobieren, wie es ohne Auto geht. Es ist auch ganz schön, wenn sich dann der eine oder andere überlegt, in Zukunft auf das Auto zu verzichten. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Für die Landesregierung hat der Ministerpräsident Daniel Günther das Wort.

Daniel Günther, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der 3. Oktober, Tag der Deutschen Einheit, bei uns in Schleswig-Holstein ist ein besonderes Ereignis. Die damals überwundene Teilung, 30 Jahre friedliche Revolution - es ist ein Glücksfall für uns, dass das hier in Kiel stattfindet. Dass wir die Hunderttausenden, die damals demonstriert haben, dabei würdigen, im Rahmen unserer Bundesratspräsidentschaft das Motto „Mut verbindet“ gewählt haben, das ist etwas Großartiges. Wir sollten uns alle

miteinander auf diesen Tag der Deutschen Einheit besonders freuen.

(Beifall)

Wir haben mit der Ausrichtung dieses Tages eine besondere Verantwortung dafür, diese Leistung entsprechend zu würdigen. Deswegen wollen wir damit auch deutlich machen, wie wichtig die Errungenschaften sind: Demokratie, die dort erkämpft worden ist, Reisefreiheit, Meinungsfreiheit, Pressefreiheit. Wir wollen natürlich, dass diese wichtige Botschaft möglichst viele Menschen in unserem Land erreicht.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Lars Harms [SSW])

Ich finde im Übrigen, dass die Aspekte ein bisschen zu kurz gekommen sind, dass es bei dem Anliegen zwar einerseits darum geht, im Rahmen von Klimaschutz Bus und Bahn zu nutzen, bei der Kostenfreiheit dieses Angebots aber andererseits auch darum geht, dass wir wollen, dass alle Menschen an diesem Tag mitfeiern können - unabhängig vom Geldbeutel. Das ist aus meiner Sicht sehr wichtig.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Kai Vogel hat gerade eben ein paar kritische Worte gesagt: Erst einmal, dass ich den Antrag, den Sie gestellt haben, noch nicht gelobt hätte. Dabei wussten Sie, dass es in der Natur der Sache liegt, dass Sie vor mir reden. Von daher hatte ich noch gar keine Chance dazu, das zu tun. Selbstverständlich mache ich das. Ich finde Ihren Antrag gut und richtig. Dass wir zu diesem wichtigen Thema jeweils Anträge gestellt haben, ist doch nichts, was uns trennt, sondern etwas, das uns verbindet. Deswegen sage ich ausdrücklich: Herzlichen Dank für die Initiative, die auch die SPD ergriffen hat.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Nun könnten wir uns lange darüber streiten, ob ich vielleicht glaube, dass Sie von unseren Gesprächen gehört und diesen Antrag gestellt haben oder umgekehrt. Wir sollten uns das einfach sparen und uns beiderseits darüber freuen, dass wir so gute Ideen haben.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Nachdem Sie mich aber bei dem vorigen Punkt dafür kritisiert haben, dass ich als Ministerpräsident zu wenig arbeiten würde, hat es mich dann schon ein bisschen getroffen, dass Sie uns dafür kritisiert

(Ministerpräsident Daniel Günther)

haben, dass wir schon gearbeitet haben, bevor der Antrag im Landtag überhaupt beraten wurde.

(Birte Pauls [SPD]: Ja, ganz klar!)

Sie müssen sich schon überlegen, was Sie daran kritisieren. Weil wir alle Praktiker sind, sage ich Ihnen: Hätten wir als Landesregierung hier gesessen und gesagt: „Bevor sich nicht der Landtag mit einem solchen Antrag beschäftigt, arbeiten auch wir nicht daran“,

(Zuruf Birte Pauls [SPD])

so hätte ich Ihnen heute sagen müssen, dass wir es bis zum 3. Oktober 2019 gar nicht mehr hinbekommen. Es sind unglaublich komplizierte Gespräche, die dort geführt werden müssen. Daran, gemeinsam mit NAH.SH vorzubereiten, dass es am 3. Oktober 2019 passt, arbeiten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schon das ganze Jahr über. Dass wir den Letter of Intent mit Kiel jetzt durchhaben - Kostenteilung mit der Landeshauptstadt Kiel, den Rest übernimmt das Land Schleswig-Holstein -, war das Ergebnis schwieriger Verhandlungen über Takte und Linien an dem Tag.

Es ist ein großartiger Erfolg, dass uns das gelungen ist. Wir waren uns übrigens relativ sicher, dass der Landtag es nicht schlecht finden wird, wenn wir es schaffen, das alles am 3. Oktober 2019 kostenfrei hinzubekommen. Ich mag mich getäuscht haben.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW, vereinzelt SPD und Beifall Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Von daher kann ich sicher sagen: Busse in Kiel am 3. Oktober 2019 - kostenfrei. Wir verhandeln im Moment abschließend darüber, ob wir es auch hinbekommen, dass im ganzen Land Menschen mit Bus und Bahn kostenfrei nach Kiel fahren können. Bezüglich der Höhe der Kosten, die sich aus den Verhandlungen ergeben: Wir werden das einigermaßen angemessen hinbekommen. Es wäre ein großartiges Signal, wenn möglichst viele Menschen hierherkämen - von daher arbeiten wir daran -, und ich hoffe, dass das am 3. Oktober 2019 gelingen wird.

(Beifall im ganzen Haus)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Es ist beantragt worden, über die Anträge in der Sache abzustimmen.

Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 19/1507, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Dann ist der Antrag Drucksache

19/1507 gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Abgeordneten des SSW mit den Stimmen aller anderen Fraktionen abgelehnt.

Ich lasse dann abstimmen über den Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/1556 (neu). Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Dann ist dieser Antrag einstimmig angenommen.

Ich unterbreche die Sitzung bis 15 Uhr.

(Unterbrechung: 12:38 Uhr bis 15:04 Uhr)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir setzen die Sitzung fort.

Begrüßen Sie mit mir zusammen auf der Tribüne SPD-Mitglieder aus dem Kreis Rendsburg-Eckernförde sowie Vertreter der Investitionsbank Schleswig-Holstein.

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 8 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung im ländlichen Raum

Gesetzentwurf der Fraktion der AfD
Drucksache 19/1612

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Grundsatzberatung und erteile dem Abgeordneten der AfD-Fraktion, Claus Schaffer, das Wort.

(Zuruf: Die SPD ist noch nicht da!)

Claus Schaffer [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Verehrte Gäste! Das Landarztgesetz wird kommen, davon bin ich überzeugt.

(Beifall AfD - Dr. Frank Brodehl [AfD]: Genau!)

Ein solches Gesetz ist dringend notwendig, und wir haben dafür auch schon gute Beispiele - dazu später.

Nach Angaben der Kassenärztlichen Vereinigung in Schleswig-Holstein gibt es im Norden 1.968 Hausärzte, rund ein Drittel von ihnen ist älter als 60 Jahre. Aktuell gibt es 18 freie Hausarztsitze, allein

(Claus Schaffer)

zehn davon im Raum Husum. Durch die absehbare Ruhestandswelle bei Hausärzten wird die Aufrechterhaltung der hausärztlichen Versorgung in der Fläche ein ernsthaftes Problem. Das wird mittlerweile von niemandem mehr bezweifelt.

Vor etwas über zwei Jahren haben der damalige Gesundheitsminister, Herr Gröhe, und die damalige Forschungsministerin Wanka den Masterplan Medizinstudium 2020 vorgestellt. Dieser wurde zwischen der Bundesregierung und den Ländern ausgehandelt. Der Plan enthält 37 Punkte. Ich rede heute über den Punkt 37. Dort heißt es, dass bis zu 10 % der Studienplätze vorab an Bewerber vergeben werden können, die sich verpflichten, nach Abschluss des Studiums und der fachlichen Weiterbildung in der Allgemeinmedizin für bis zu zehn Jahre im Bereich der hausärztlichen Versorgung zu arbeiten.

Von dieser Möglichkeit haben bereits mehrere Bundesländer Gebrauch gemacht. So hat Bayern bereits durch Landtagsbeschluss eine Quote von 5 % der Studiengänge beschlossen. Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt haben vergleichbare gesetzliche Regelungen auf den Weg gebracht. Nordrhein-Westfalen war der Vorreiter bei der Einführung der Landarztquote. Dort tritt zu diesem Wintersemester der erste Studiengang an. Der Ansturm auf die Landarztstudienplätze ist gewaltig.

Weitere Bundesländer prüfen die Einführung und planen sie auch. In Schleswig-Holstein steht die Einführung einer Landarztquote sogar im Koalitionsvertrag der Jamaikaner.

Unser Gesetzentwurf bietet jungen Menschen die Chance auf einen Medizinstudienplatz. Ja, es ist richtig, dass hier eine sehr frühe Entscheidung über die Lebensplanung abverlangt wird. Aber Studienplätze und angeschlossene Verwendungsverpflichtungen bei der Bundeswehr zeigen seit Jahrzehnten, dass dieses Modell in vergleichbarer Ausgestaltung sehr gut funktioniert.

Es gibt sehr viele junge Menschen, die gern Landarzt werden möchten. Vielleicht sind nicht alle Eiser-Abiturienten. Aber müssen sie deswegen schlechtere Ärzte sein? - Ich glaube das nicht. So können wir über die Landarztquote den Weg ins Medizinstudium dort ebnen, wo er sonst vielleicht zu steinig wäre.

(Wortmeldung Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Herr Abgeordneter Schaffer, erlauben Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Dr. Bohn?

Claus Schaffer [AfD]:

Nein, ich würde gern meinen Beitrag fortführen. - Nach der anfänglichen Kritik aus den Reihen der Studenten aus Nordrhein-Westfalen müssen wir feststellen, dass es nun dort einen Run auf diese Studienplätze gibt. Dort gab es für das Wintersemester 2019/2020 für 145 Plätze insgesamt 1.312 Interessenten - das spricht für sich.

Es muss auch klar sein, dass die Gewährung der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum nur mit einem Bündel an Maßnahmen möglich ist. Die Einführung der Landarztquote für das Medizinstudium kann daher nur eine von vielen Maßnahmen sein. Zudem wird sie erst sehr spät Wirkung entfalten: Auch das gehört zur Wahrheit dazu.

Die von der Landesregierung so sehr favorisierte Telemedizin ist hier sicherlich kein geeigneter Baustein. Telemedizin mag aufgrund der geografischen Besonderheiten bei der akutmedizinischen Versorgung der Bewohner von Inseln und Halligen sinnvoll sein. Für Patienten im ländlichen Raum steht aber der persönliche, menschliche Kontakt zum Hausarzt im Vordergrund. Telemedizin kann diesen nicht ersetzen und ist daher nur in begrenztem Umfang geeignet, medizinische Leistungen zu ergänzen.

(Dr. Frank Brodehl [AfD]: Ja!)

Die ersten Wochen eines telemedizinischen Testlaufs einer Art virtuellen Notfallambulanz in Neumünster haben gezeigt, dass die Akzeptanz der Telemedizin kaum zu erreichen ist.

Man kann die Landarztquote mit weiteren Maßnahmen kombinieren. Eine Erhöhung der quotierten Studienplätze auf beispielsweise 20 % ist denkbar. Der Staatsvertrag lässt hier entsprechenden Spielraum. Aber auch gebundene Stipendien sind denkbare und geeignete Mittel.

Ein anderes Thema ist die Frage der Attraktivität des ländlichen Raumes und wie diese gesteigert werden kann, damit diese auch für angehende Mediziner und ihre Familien attraktiv ist. Dies zu behandeln, würde den Rahmen hier jedoch sprengen; es ist ein anderes Thema.

Die Einführung einer Landarztquote erreicht bundesweites Interesse. Parteiübergreifend werden in verschiedenen Bundesländern entsprechende Gesetze verabschiedet und dazugehörige Landesverordnungen geschaffen. Auch in Schleswig-Holstein wird durch die Landesregierung großes Interesse an einer Landarztquote bekundet. Dieses Interesse

(Claus Schaffer)

kann nun in Taten umgemünzt werden, denn nur diese zählen.

Der Gesetzentwurf der AfD-Fraktion liegt nun vor und bereitet die Grundlage für eine sachliche Beratung in den Ausschüssen. Am Ende werden wir eine Landarztquote haben - und das ist gut für Schleswig-Holstein. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Hans Hinrich Neve.

Hans Hinrich Neve [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die hausärztliche Versorgung in vielen Teilen der Bundesrepublik ist zunehmend angespannt. Hier kann sich Schleswig-Holstein nicht herausnehmen. Ein Blick auf die Altersstruktur der niedergelassenen Hausärzte belegt, dass sich dieses in den nächsten Jahren noch verschärfen wird. Dieses Problem ist mittlerweile nicht nur in abgelegenen ländlichen Räumen, sondern auch in den Städten angekommen.

Im Jamaika-Koalitionsvertrag haben wir die Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung in unterversorgten Gebieten verankert - wissend, dass es nicht nur einer oder zwei Stellschrauben bedarf, um dieses Ziel zu erreichen.

Es gehört aber auch zur Wahrheit dazu, dass wir es hierbei nicht ausschließlich mit einem Problem in der Peripherie zu tun haben, sondern in zunehmendem Maße auch in den Städten.

Es gibt unterschiedliche Gründe für diese Entwicklung: Erstens eine abnehmende Bereitschaft, als niedergelassener Mediziner in freiberuflicher Tätigkeit zu arbeiten, zweitens eine geringere Risikobereitschaft zur Kreditaufnahme bei Praxisübernahme, vor allem aber drittens sich wandelnde Lebens- und Familienplanungskonzepte - nicht nur, aber insbesondere bei Medizinerinnen -, viertens die Work-Life-Balance. Dieses Thema betrifft Frau und Mann gleichermaßen. Man ist heute nicht mehr bereit, 60 und mehr Stunden in der Woche zu arbeiten, sondern will auch Freizeit haben.

Gestern waren wir zu einer Veranstaltung bei Medizinerinnen. Es waren ja auch einige Abgeordnete dabei. Wir haben uns dort die Klagen anhören können. Auf diesen Wandel müssen wir als Politik und Gesellschaft Antworten finden. Bereits heute machen sich viele Gemeinden und Städte auf den Weg, at-

traktive Arbeitszeitmodelle für Mediziner zu schaffen, die sie dauerhaft an eine Gemeinde binden. Die Planung und Realisierung von Ärztehäusern oder Gesundheitszentren ist hier das Stichwort. Es wird auf kommunaler Ebene als Beitrag zur Daseinsvorsorge verstanden. Wo Hausärzte fehlen, entsteht in der Bevölkerung eine riesengroße Unsicherheit. Das Vorhalten von Ärztehäusern hat sich schon heute als passendes Instrument herausgestellt. Wir sehen die Entwicklung in Büsum und wissen um die große Resonanz auf dieses Konzept - sowohl aus weiteren Landgemeinden, aber auch über die Grenzen Schleswig-Holsteins hinaus.

Sie können und werden mutmaßlich in Zukunft ein weiterer wichtiger Baustein sein, um den Veränderungen zu begegnen. Diesen Wandel müssen wir erkennen, proaktiv mitgestalten und kommunalrechtliche Anpassungen auf den Weg bringen. Diese sind derzeit im Innenministerium in Vorbereitung: Stichwort Gemeindegewirtschaftsrecht.

Es ist aber auch ein Baustein, die Anzahl der Medizinstudienplätze zu erhöhen. Das können wir als Land Schleswig-Holstein nicht allein schaffen, denn der Studiengang Humanmedizin ist nun einmal ein sehr kostspieliger Studiengang. Ohne den Blick nach Berlin zu richten, werden wir diesen Baustein nicht umsetzen können. Durch eine Studienplatzoffensive Medizin muss sich der Bund zu seiner Verantwortung bekennen.

Eine sogenannte Landarztquote, wie sie im Dezember letzten Jahres in Nordrhein-Westfalen verabschiedet wurde, ist sicherlich ein Weg, wird aber kurzfristig keine unmittelbare Wirkung haben. 13 Semester Regelstudienzeit, anschließend Weiterbildung und dann noch die Facharzt Ausbildung - danach sind mindestens zehn bis zwölf Jahre ins Land gegangen, und im Grunde genommen ist in der Zeit nichts passiert. Es wirkt zu weit weg; wir müssen schon vorher zu Möglichkeiten kommen.

Grundsätzlich stehen wir allen Optionen, die sich als geeignete Maßnahmen erweisen, offen gegenüber. Wir werden mit dem Beschluss zur Drucksache 19/1497, Entwurf eines Gesetzes zur Zustimmung zum Staatsvertrag über die Hochschulzulassung und zur Änderung des Hochschulzulassungsgesetzes, einen Baustein verabschieden. Es müssen entsprechende landesrechtliche Regelungen erfolgen, die mithelfen. Insofern ist ein Bündel von Maßnahmen erforderlich, um angesichts der herrschenden und zukünftigen Herausforderungen zur Sicherstellung bei Problemen der ärztlichen Versorgung Abhilfe zu schaffen.

(Hans Hinrich Neve)

Wir werden im Sozialausschuss über viele Wege sprechen müssen, um die hausärztliche Versorgung in Schleswig-Holstein zu sichern. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Bernd Heinemann das Wort.

Bernd Heinemann [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Nun wollen Sie es aber wissen, liebe AfD. Jetzt haben Sie gleich mehrere Gesetzentwürfe, zum Beispiel aus Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt, abgeschrieben und legen sie uns vor. Der Ärztemangel auf dem Land und in sozialen Brennpunkten der Städte ist uns seit geraumer Zeit bekannt, und wir handeln und müssen weitere Lösungen erarbeiten.

(Jörg Nobis [AfD]: Wie haben Sie denn gehandelt?)

- Hören Sie mir zu, dann sage ich es Ihnen, Herr Nobis: Medizinische Versorgungszentren, mehr Zusammenarbeit und Verantwortung durch qualifiziertes Fachpersonal sind ein Beispiel. Mehr Zweigpraxen und vor allem die Nutzung von mehr E-Health und künstlicher Intelligenz in der Diagnoseermittlung sind weitere Beispiele. Auch die Nutzung der Chancen durch die Verknüpfung der Sektoren eröffnet Potenziale, auf die wir auch im fachärztlichen Bereich immer stärker angewiesen sind. Es können weitere dazukommen, bis hin zu Hol- und Bringdiensten. Hier kommt den Kommunen eine große Verantwortung für die Infrastruktur insgesamt zu.

Um die hausärztliche Versorgung zu entlasten, wurden im vergangenen Jahr delegierbare Hausbesuche von medizinischen Assistenzfachkräften in die Regelversorgung aufgenommen. Aber da geht noch mehr, meine Damen und Herren.

Wir brauchen bei all diesen Bemühungen trotzdem mehr Ärztinnen und Ärzte in den kritischen Versorgungsbereichen. Die Gesetzentwürfe aus Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt, die Sie uns vorlegen, klingen zunächst ganz gut und einfach. Für uns aber steht das, was Sie abschreiben, auf dünnem Eis - sowohl was die Praktikabilität als auch die soziale und rechtliche Einordnung angeht.

Wir haben erhebliche Zweifel, ob eine 20-jährige Abiturientin die Tragweite einer Entscheidung, die

den Wert eines Einfamilienhauses beinhaltet, wirklich übersehen kann. Was hat bei einem derartigen Vertragswerk die persönliche und die berufliche Situation für eine Bedeutung? Was ist mit den 400.000 € und mehr, die sich die jungen Ärztinnen und Ärzte mit der Übernahme einer bestehenden Praxis auch noch ans Bein binden müssen? Diese Summe fällt unter Zwang womöglich noch höher aus, weil der Wettbewerb um die ländlichen Arztstellen hinzukommt, damit die Leute ihren Vertrag erfüllen können.

Jede und jeder von uns weiß aus seiner Biografie, dass sich Ziele und Ideen ändern können. Oder hatte jemand von Ihnen das Ziel, Abgeordneter zu werden, fest eingeplant und seine Berufsausbildung vertraglich darauf ausgerichtet? Ist es ein Härtefall, wenn die besagte junge Ärztin ein Mandat als Abgeordnete bekommt, oder muss sie dann zurückzahlen? Welche Bedeutung hat eine Familiengründung, nachhaltige Erkrankung oder berufliche Umorientierung? Ist die Annahme eines Mandats dann vielleicht ein Vertragsbruch? Muss sie dafür 250.000 € zahlen?

Wer weiß in jungen Jahren, ob alle Träume und Pläne bis nach dem Studium halten? Das kann man nicht einmal für ein Eheversprechen sagen. Sehen Sie sich doch einmal unsere Scheidungsraten an!

(Zuruf Dennys Bornhöft [FDP] - Heiterkeit)

- Wir haben ja mehrere Kandidaten dabei, die das alles planen müssen. - Besser als eine betonierte Quote ist nach unserer Auffassung, dass das Studium der Allgemeinmedizin und der Beruf des Allgemeinmediziners oder einer Fachärztin auf dem Land attraktiver gemacht werden. Vorstellbar ist auch ein deutlich erhöhter Bonus beim Numerus clausus für eine zwischengeschaltete Ausbildung zur medizinischen Fachkraft in einer Hausarztpraxis, womöglich mit einem zusätzlichen Aufschlag für Erfahrung in sozialen Brennpunkten oder in einer Landarztpraxis. Hier setzt übrigens die Universität in Lübeck an; auch darauf wollen wir uns in der Anhörung konzentrieren.

Wir wollen Vorschläge zur Versorgung hören, die nicht an Einzelschicksale anknüpfen, sondern alle möglichen Ressourcen einbeziehen und nachhaltig wirken. Besonders den Hochschulen kommt bei der Ausbildung von Ärztinnen und Ärzten eine hohe Verantwortung zu, die durch den demografischen Wandel noch verstärkt wird.

Wir finden es deshalb falsch, sich einseitig auf Gesetze zur Realisierung hochpreisiger Zwangsverträge einzulassen. Lassen Sie uns bei den kommenden

(Bernd Heinemann)

Haushaltsberatungen lieber mehr Mittel für E-Health und Telemedizin kompetenzen berücksichtigen. Es wird in der Medizin immer wichtiger, das Zeitalter der Digitalisierung zu nutzen. Dazu gehört auch die elektronische Gesundheitsakte.

Der Gesetzentwurf springt schlicht zu kurz und ist nicht lebensnah. Ich bin überzeugt, dass gerade wir in Schleswig-Holstein als einer der führenden Gesundheitsstandorte es besser können. Wir werden gemeinsam unsere Vorschläge für die Gesundheitsversorgung im Sozialausschuss einbringen und gute Lösungen finden. - Ich danke Ihnen.

(Beifall SPD, Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Dr. Marret Bohn das Wort.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Medizinische Versorgung zu sichern, ist die zentrale Aufgabe guter Gesundheitspolitik. Diese Aufgabe wächst im ländlichen Raum und auch in einigen städtischen Bereichen zu einer echten Herausforderung heran. So weit ist das alles richtig.

Jetzt kommen wir zu dem Gesetzentwurf und dem, was dahintersteckt. Wenn so viele niedergelassene Ärztinnen und Ärzte 60 Jahre und älter sind - dieses Wissen haben wir -, müssen wir handeln, weil sie irgendwann einmal Nachfolgerinnen und Nachfolger für ihre Praxen brauchen werden. Auch das ist richtig.

Woher sollen diese Nachfolgerinnen und Nachfolger denn jetzt kommen? Wir können Sie nicht herbeizaubern; sie müssen ein Studium durchlaufen - alles schön und gut. Aber wenn sie während des Studiums merken, dass sie ein großes Talent in der Chirurgie besitzen, eine tolle Neurochirurgin werden könnten und vorher so einen Vertrag unterschrieben haben, müssen sie 250.000 € zahlen, um in ihrem Traumberuf gute Arbeit zu leisten. Das kann doch nicht Ihr Ernst sein! Ich kann es nicht verstehen, wie immer wieder versucht wird, auf diese Art und Weise in die Freiheit der Berufsausübung von Ärztinnen und Ärzten einzugreifen.

Was wir brauchen, sind positive Anreize und positive Verstärkung. Vor allen Dingen aber brauchen wir eines, und ich werde nicht müde, in vielen Vieraugengesprächen, die ich seit sieben Jahren hier in

diesem Parlament führe, darauf hinzuweisen: Wir brauchen bundesweit mehr Medizinstudienplätze. Das ist einfache Mathematik. Ich kann das nicht mehr hören.

(Beifall CDU, FDP und SSW)

Früher waren Kolleginnen und Kollegen bereit, 80 Stunden in der Woche zu arbeiten. Es kann Tag und Nacht der Fall sein, dass jemand an die Tür einer Landarztpraxis kommt, wenn Sie im gleichen Haus wohnen, an der Tür klingelt und sagt: „Ich habe mir in den Finger geschnitten“, „Meine Frau kriegt gerade ein Kind“ - „Kannst du mal helfen?“. Es gibt Kolleginnen und Kollegen, die haben das als Einzelkämpfer Jahrzehnte ihres Lebens so gemacht und fanden das richtig und gut. Wenn jetzt aber junge Menschen sagen: 40 Stunden Arbeit in der Woche reichen mir, dann brauchen wir allein deshalb doppelt so viele. Das ist einfache Mathematik, um die Lücke zu füllen.

Es gibt noch einen ganz gravierenden Unterschied zwischen den Einzelkämpferpraxen und den jungen Leuten. Die jungen Leute wollen nicht mehr allein arbeiten. Sie wollen in einem Team arbeiten, sie wollen sich austauschen, sie wollen mit anderen Berufsgruppen zusammenarbeiten. Da müssen wir hin.

Wenn ich mir anschau, was zum Beispiel in Büsum oder auf der Hallig Hooge geleistet wird, erkenne ich: Das ist eine gute Art intelligenter Vernetzung. Es gibt auch Sicherheit. Wenn Sie fachfremde Dinge beurteilen müssen, in denen Sie nicht zehn Jahre lang Erfahrungen gesammelt haben, dann ist es gut, wenn Sie über telemedizinische Möglichkeiten bei den Universitätskrankenhäusern oder bei Fachleuten nachfragen und sich Unterstützung holen können, um die Patientinnen und Patienten bestmöglich zu versorgen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, vereinzelt CDU und SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eines ist mir in dem Zusammenhang noch ganz wichtig: Ich weiß sehr wohl, was im Koalitionsvertrag steht. Wir haben uns an dem Abend die Köpfe heiß diskutiert. Ich glaube, das ging bis tief in die Nacht. Ich weiß auch, dass es viel Kritik an dieser Regelung gibt und dass die Frage besteht, ob das überhaupt möglich sein wird. Aber eines ist für uns Grüne völlig klar: Wir haben den Koalitionsvertrag unterschrieben, wir stehen dazu. Das muss aber auch verfassungskonform sein. Ich bin sehr gespannt, ob es nicht doch junge Menschen geben wird, die sagen: Ich klage dagegen, ich habe ein Problem.

(Dr. Marret Bohn)

An dieser Stelle eine persönliche Anmerkung: Wir haben alle nichts davon, wenn die Kinder reicher Eltern im Ausland den vorklinischen Teil absolvieren und dann nach zwei Jahren nach Schleswig-Holstein kommen und sagen: Gib mir den teuersten Anwalt, den ich kriegen kann. Diese klagen sich dann hier ein und absolvieren hier den klinischen Teil. Auch diejenigen brauchen wir, aber wir brauchen doch Lösungen für alle jungen Menschen. Bei diesem Gesetzentwurf habe ich ganz gravierende Zweifel daran, dass er uns helfen wird.

Trotzdem freue ich mich auf die Beratung. Es ist bestimmt sinnvoll, dass wir uns einmal angucken, ob es Wege gibt, wie wir das Ziel, und das Ziel ist gut, erreichen können. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP, SSW und vereinzelt SPD)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Dennys Bornhöft.

Dennys Bornhöft [FDP]:

Sehr geehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unterschiedliche Lebensverhältnisse und Lebenssituationen zwischen Stadt und Land müssen wir immer wieder diskutieren und debattieren, ob ein kleiner Supermarkt in erreichbarer Nähe ist, ob eine weiterführende Schule mit gymnasialer Oberstufe in der Nähe ist, ob es eine Bahnstation gibt, oder ob eine Hausärztin oder ein Hausarzt in erreichbarer Nähe und verfügbar ist. Das sind wesentliche Fragen für das Gemeinwohl vor Ort.

Die Daseinsvorsorge im ländlichen Raum muss in Teilen neu gedacht werden. Ich denke, die meisten hier kennen noch die ZDF-Serie „Landarzt“. Selbst ich kenne sie zumindest vom Hörensagen von meinen Eltern.

(Zurufe)

- Dann habe ich sie länger nicht gesehen. Auf jeden Fall gibt es die Serie leider nicht mehr. - Der Minister sagte es gerade: Das Bild, das dort gezeichnet wird, ist ein Stück weit aus einer anderen Zeit. Das ist nicht mehr ganz die Lebens- und Arbeitsrealität.

Es gibt neue Anforderungen von Ärztinnen und Ärzten, die sich selbst natürlich zu Recht Gedanken darüber machen, wie man zum Beispiel Familienplanung in das Arbeitsleben einfügt. Das muss bei der Ausgestaltung der medizinischen Ausbildung ein Stück weit stärker im Fokus liegen.

Im Koalitionsvertrag haben wir einige Ideen festgehalten, wie im ländlichen Raum die Aufrechterhaltung und die Schaffung von Strukturen der Gesundheitsversorgung unterstützt werden können, beispielsweise durch die Möglichkeit der Gründung von öffentlich-rechtlichen Genossenschaften, die auch eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger vor Ort ermöglichen.

Bei dem Thema der hausärztlichen Versorgung mit Ärztinnen und Ärzten haben wir uns in der Jamaika-Koalition auch ein unterstützendes Ziel gesetzt. Es sollen nämlich 10 % der Medizinstudienplätze gegebenenfalls an diejenigen vergeben werden, die sich verpflichten, im Anschluss an ihr Studium und nach der Ausbildung in strukturschwächeren Regionen praktizierend tätig zu sein.

Das wird übrigens nicht nur den ländlichen Raum stärken, sondern auch die dringend notwendige Öffnung des für viele doch sehr schwer zu erreichenden Medizinstudiums voranbringen. Ich denke, jeder von uns kennt jemanden aus dem Bekanntenkreis, der Semester über Semester gewartet hat, um dem Wunsch nachgehen zu können, Medizin zu studieren. Wir haben hier eine Problemlage, das haben meine Vorredner auch schon gesagt.

(Unruhe - Glocke Präsidentin)

- Gut, das galt nicht mir. Vielleicht galt das Herrn Stegner, das kann sein. - Bei hausärztlicher Versorgung geht es auch um die Erhaltung von eigentlich wirtschaftlich vorzüglich laufenden Praxen. In Rheinland-Pfalz wurden beispielsweise finanzielle Förderungen für diejenigen erhöht oder vereinfacht, die in eine Praxis hineingegangen sind oder selbst eine neue Praxis gründen wollen, die Ärzte anstellen wollen oder eine Praxis übernehmen, denn die Unternehmensnachfolge ist wegen des demographischen Wandels in jeder Branche ein Thema, insbesondere im Gesundheitsbereich.

Wie erwähnt, wurde in Nordrhein-Westfalen vor Kurzem eine Landarztquote eingeführt. Die entsprechenden Medizinstudienplätze erfreuen sich großer Beliebtheit und Nachfrage. Die Leute haben also weiterhin Lust auf ein Medizinstudium. Sie haben auch weiterhin Lust, im ländlichen Raum zu wirken. Nun ist aber Nordrhein-Westfalen weiß Gott und zum Glück nicht Schleswig-Holstein. Die Problemlage dort hat dort nicht nur aufgrund der Fläche, sondern auch aufgrund der Zahlen eine ganz andere Dimension. Wenn wir als Jamaika-Koalition der Meinung gewesen wären, es wäre fachlich korrekt, einfach den Gesetzentwurf aus NRW zu verwenden, um unsere Passage aus dem Koaliti-

(Dennys Bornhöft)

onsvertrag zu erfüllen, dann hätten wir das sicherlich gemacht, werte AfD-Rumpfraktion. Dafür braucht es keinen von Ihnen zusammenkopierten Antrag hier im Landtag.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Der Titel „Gesetz zur Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung im ländlichen Raum“ greift auch in Bezug auf die inhaltlichen Forderungen völlig zu kurz. Selbst wenn man es schaffen würde - das wäre sehr sportlich -, das Gesetz in zweiter Lesung so zu verabschieden, dass man diese Plätze - rechtlich gesehen - zum Wintersemester 2020 schaffen könnte, so müssen diese Medizinerinnen und Mediziner erst einmal gänzlich ihr Studium abgeschlossen haben und sich noch einige Jahre weiterbilden. Vor vermutlich 2032 - das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen - wäre keine einzige dieser angehenden Landärztinnen oder Landärzte wirklich am Praktizieren.

(Jörg Nobis [AfD]: Nicht auf die lange Bank schieben!)

- Auf die lange Bank schieben tun Sie noch ganz andere Dinge, zum Beispiel Ihre Vorstandsschichten.

Eine Landarztquote im Studium sowie eine anschließende Verpflichtung, im ländlichen Raum zu praktizieren, draufzusetzen, kann ein Teil zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung im Land sein. Ich sehe auch eine etwaige Finanzbeteiligung nicht per se sofort kritisch. Es gibt auch andere Möglichkeiten, jemanden finanziell an der Ausbildung zu beteiligen. Das wird man sicherlich noch im Ausschuss besprechen. Es braucht aber deutlich andere Maßnahmen, um die unterschiedlichen Lebens- und Familienmodelle der Ärztinnen und Ärzte zu berücksichtigen. Es braucht klare Delegationsregeln in Bezug auf das, was zwingend ärztlich gemacht werden muss und was nicht.

Vor allem braucht es Maßnahmen, die das Versorgungsgefüge in Schleswig-Holstein als Ganzes begreifen und die nicht nur ein Teilstückchen vorlegen. Daher sehe ich den Gesetzentwurf der AfD etwas kritisch in Hinsicht auf die Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat die Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrte Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Sicherstellung der medizinischen Versorgung in der Fläche ist eine der größten Herausforderungen, die wir in Schleswig-Holstein haben. Das ist völlig klar und beschränkt sich leider längst nicht nur auf hausärztliche Versorgung. Noch dazu beschäftigt uns dieses Problem schon lange. Das liegt an den vielen unterschiedlichen Ursachen und sicher auch daran, dass Bundes- und Landespolitik nicht entschlossen genug gegensteuern. Wenn wir also hier und heute über einen vergleichsweisen neuen Lösungsweg diskutieren, ist das grundsätzlich erst einmal zu begrüßen.

In anderen Bundesländern wird die Idee einer Landarztquote schon umgesetzt. Nordrhein-Westfalen führt sie zum kommenden Semester ein. In Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz gibt es derartige Gesetze. In Bayern und Mecklenburg-Vorpommern wird darüber diskutiert, und auch hier in Schleswig-Holstein haben sich die regierungstragenden Fraktionen in ihrem Koalitionsvertrag auf diesen Weg verständigt.

Nun liegt uns dieser Gesetzentwurf der AfD vor, und doch muss ich für den SSW eines klar sagen: Nur weil die Landarztquote in anderen Ländern eingeführt wird, ist sie für uns noch lange keine überzeugende Maßnahme gegen den Ärztemangel.

Wir haben uns mit diesem Thema intensiv beschäftigt. Die Entscheidung für oder gegen eine solche Quote haben wir uns nicht leicht gemacht. So drängend das Problem auch ist - es hat aus unserer Sicht einfach keinen Sinn, hier auf eine Zwangsmaßnahme zu setzen. Wir halten es sogar für grundsätzlich falsch, junge Leute zu der Entscheidung zu zwingen, welchen Job sie 20 Jahre später machen wollen. Das geht an der Lebenswirklichkeit der angehenden Studierenden völlig vorbei. Ich persönlich halte es für ein Armutszeugnis und eine echte Bankrotterklärung, wenn sich die Landespolitik in dieser Frage nicht mehr anders zu helfen weiß.

Sicher, die Altersstruktur unserer Landärzte und Landärztinnen sowie die Versorgungssituation in manchen Orten sind alarmierend. Aber: Der Zweck heiligt deshalb noch lange nicht jedes Mittel. Wir brauchen keine Landärzte und Landärztinnen, die ihre Arbeit nur deshalb machen, weil sie sich vertraglich gebunden haben und ansonsten eine saftige

(Jette Waldinger-Thiering)

Strafe zahlen müssten. Wir brauchen motivierte Allgemeinmedizinerinnen und Allgemeinmediziner, die wir durch bessere Rahmenbedingungen aufs Land locken. Wir müssen in Kitas, Schulen und kulturelle Angebote investieren. Wir müssen dafür sorgen, dass der Landarztberuf flexibler und familienfreundlicher wird. Wir müssen auch dem Partner oder der Partnerin eine Perspektive bieten.

Ich will nicht missverstanden werden: Wenn es um die Sicherstellung der medizinischen Versorgung geht, können wir uns keine Denkverbote leisten. Wir müssen durchaus auch mal neue Wege gehen. Vor allem aber gilt es, keine Zeit zu verlieren. Wir brauchen Maßnahmen, die jetzt helfen und nicht erst in 15 oder 20 Jahren.

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Dann fangen wir an!)

Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, auch über finanzielle Anreize nachzudenken. Was für Lehrkräfte in Form einer sogenannten Buschzulage möglich ist, muss auch für Hausärzte und Hausärztinnen möglich sein.

(Beifall Lars Harms [SSW] und Bernd Heinemann [SPD])

Entsprechende Initiativen wird der SSW gern mittragen.

Neben diesen Ansätzen muss es aber endlich auch bei dem Thema Planungsräume für Kassensitze und bei der Frage nach Anreizen für die Ansiedlung von Medizinischen Versorgungszentren Fortschritte geben. Außerdem müssen die Potenziale der Telemedizin noch viel konsequenter genutzt werden.

(Beifall Lars Harms [SSW])

Deshalb muss die Landesregierung dringend mehr Tempo machen, wenn es um den Breitbandausbau als Voraussetzung hierfür geht.

Als Begleitmaßnahme ist und bleibt es wichtig, das Berufsbild der Medizinischen Fachangestellten und der Arzthelferin aufzuwerten. Das Modell der Nichtärztlichen Praxisassistenten ist ein gelungenes Beispiel. Auch hier sollten wir gemeinsam dranbleiben und dafür sorgen, dass wir wirklich zeitnah zu besseren Versorgungsangeboten kommen.

(Beifall Lars Harms [SSW] und Bernd Heinemann [SPD])

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die Landesregierung hat Minister Dr. Heiner Garg.

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren:

Sehr geehrte, liebe Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Gestatten Sie mir erstens eine Vorbemerkung, die durchaus ernst gemeint ist: Ich finde es legitim, als Oppositionsfraktion die Koalition an den Koalitionsvertrag zu erinnern.

Zweitens finde ich es völlig legitim, das Rad nicht neu zu erfinden, sondern sich im Zweifel eines Gesetzes aus einem anderen Bundesland zu bedienen. Wenn man das allerdings tut, meine sehr geehrten Herren von der AfD-Fraktion, dann sollte man diesen Gesetzentwurf zumindest dahin gehend überarbeiten, dass er für Schleswig-Holstein passt. Ich erläutere es Ihnen gern: Schleswig-Holstein hat keine Kassenärztlichen Vereinigungen, sondern nur eine Kassenärztliche Vereinigung. Schauen Sie einmal in § 1 Ihres Gesetzentwurfs! In Nordrhein-Westfalen - als einzigem Bundesland - gibt es wegen des Vorhandenseins zweier Landschaftsverbände auch zwei Kassenärztliche Vereinigungen.

Drittens. Was mir besonders aufgefallen ist, Herr Schaffer, ist die viele Arbeit, die Sie sich gemacht haben, aus dem Gesetzentwurf die weiblichen Formen, die das Gesetz in Nordrhein-Westfalen kennt, konsequent zu tilgen. Sie haben überall „Bewerberinnen“ durch „Bewerber“ ersetzt - herzlichen Glückwunsch dazu! -, und das bei 70 % Frauen, die derzeit an einer Universität Medizin studieren und dieses Studium erfolgreich durchlaufen.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Meine sehr geehrten Herren der AfD-Fraktion, darüber würde ich vielleicht noch einmal nachdenken. Sie hätten die 20 Stunden, die Sie darüber sinniert haben, wie Sie sämtliche weiblichen Formen aus dem Gesetz tilgen können, vielleicht doch für etwas anderes verwenden sollen.

Zu dem Gesetzentwurf beziehungsweise dessen Zielsetzung selbst: Sie wollen die Landarztquote bereits zum Wintersemester 2020 einführen. - Ich gehe zu Ihren Gunsten davon aus, dass auch Sie wissen, dass dies zeitlich nicht machbar ist. Zum Trost will ich Ihnen aber sagen, dass es auch völlig unsinnig wäre, eine solche Maßnahme, die ich für durchaus diskutabel, aber nicht für unproblematisch halte, jetzt umzusetzen. Die verfassungsrechtlichen Bedenken wurden hier mehrmals angesprochen, insbesondere von der Frau Abgeordneten Bohn. Diese Bedenken gibt es, und sie sind ernst zu nehmen.

(Minister Dr. Heiner Garg)

men. Ich sage Ihnen sehr deutlich: Auch mein Haus wird sie sehr ernst nehmen.

Sie haben sich bei der Erarbeitung Ihres Gesetzentwurfs nicht besonders viel Mühe gemacht, obwohl Nordrhein-Westfalen das Ganze jetzt auf den Weg bringt. Sie hätten sich erkundigen können, warum es dort möglicherweise funktionieren könnte. Nordrhein-Westfalen baut nämlich die Zahl seiner Medizinstudienplätze gerade um 350 aus. Das sind ganz andere strukturelle Voraussetzungen als diejenigen, die wir hier haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, in Schleswig-Holstein gibt es zwei Planungsbereiche - zwei! -, die in Bezug auf die hausärztliche Versorgung einen Versorgungsgrad von weniger als 100 % aufweisen. In Nordrhein-Westfalen hingegen sind es 67 Planungsbereiche. Derzeit haben wir in Schleswig-Holstein bezogen auf die Anzahl der Bürgerinnen und Bürger deutlich mehr Medizinabsolventinnen und -absolventen als in Nordrhein-Westfalen.

Trotzdem kann man sich durchaus mit der Einführung einer Landarztquote als ein sinnvolles Instrument zur langfristigen Sicherstellung der ärztlichen Versorgung auseinandersetzen. Nach Abschluss der Ausbildung, frühestens also nach zwölf Jahren, nehmen die Bewerberinnen und Bewerber ihre Tätigkeit auf dem Land auf, die sie in Nordrhein-Westfalen mindestens zehn Jahre lang ausüben haben. Die Einführung einer Quote setzt also eine Versorgungslücke in zehn bis 15 Jahren voraus. Es ist keine Maßnahme, mit der sofort gegen den einen oder anderen Versorgungsmangel, der möglicherweise besteht, angekämpft werden könnte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Schleswig-Holstein hat bundesweit, das heißt im Vergleich zu allen anderen Bundesländern, die mit Abstand beste Nachbesetzungsquote bei Ärztinnen und Ärzten. Dafür kann die Landesregierung wenig. Mein herzlicher Dank gilt hier der Kassenärztlichen Vereinigung Schleswig-Holstein, die ihren Sicherstellungsauftrag wahrnimmt und im Sinne der Bürgerinnen und Bürger exzellent arbeitet.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Das ist ihre Aufgabe. Der Sicherstellungsauftrag liegt bei der Kassenärztlichen Vereinigung. Die Kassenärztliche Vereinigung Schleswig-Holstein nimmt diese Aufgabe auf ausgezeichnete Art und Weise wahr.

Es ist ein zentrales Anliegen dieser Landesregierung, die medizinische Versorgung flächendeckend zu sichern und weiter zu verbessern.

Ich bin zusammengezuckt, als es bei Jette Waldinger-Thiering so klang, als ob das unser Gesetzentwurf sei. Davon distanziere ich mich in aller Deutlichkeit. Das ist nicht der Gesetzentwurf der Landesregierung, sondern eine schlechte Kopie des Gesetzes aus Nordrhein-Westfalen.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ein Baustein sind die Maßnahmen des Versorgungssicherungsfonds, mit dem wir innovative Versorgungsmodelle finanziell unterstützen. Wir fördern damit insbesondere sektorenverbindende Projekte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist doch eine der Hauptursachen, dass in Deutschland - anders übrigens als in vielen Ländern um uns herum - Versorgung nicht so funktioniert, wie sie funktionieren könnte. Wir denken und organisieren uns in Sektoren. Dabei ist das sektorenverbindende, professionsübergreifende Zusammenarbeiten eine Grundvoraussetzung für die Sicherstellung der medizinischen Versorgung. Wir wollen, dass berufsgruppenübergreifend gearbeitet wird. Wir wollen auch die Frage der Delegation beziehungsweise Substitution medizinischer und sonstiger ärztlicher Tätigkeiten anders diskutieren, als es in der Vergangenheit der Fall gewesen ist.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Bernd Heinemann [SPD])

Ich sage auch sehr deutlich: Im Rahmen des Versorgungssicherungsfonds planen wir, ausländische Ärztinnen und Ärzte, die während ihres Anerkennungsverfahrens Praxiseinsätze in ländlichen Regionen absolvieren, zu fördern. Damit stünden ausländische Ärztinnen und Ärzte, die bereits fertig ausgebildet und auch geeignet sind, schnell für eine medizinische Tätigkeit zur Verfügung, das heißt, sie würden etwaige Versorgungsengpässe schnell mildern. Erfahrungen zeigen, dass dies ausgezeichnet gelingt.

Gestatten Sie mir noch einen letzten Satz; denn als Liberaler geht mir natürlich das Herz auf, wenn hier von Anreizen gesprochen wird. Ich will Ihnen mal sagen, meine sehr geehrten Damen und Herren, was einer der größten finanziellen Anreize für Ärztinnen und Ärzte wäre: dass sie nicht irgendwelche Niederlassungsprämien, die im Zweifel einmalig gezahlt werden, bekommen. Nein, besser wäre es,

(Minister Dr. Heiner Garg)

wenn man diese Ärztinnen und Ärzte für erbrachte Leistungen endlich auch wieder bezahlen würde. Die Budgetierung ist ein Anachronismus von 1992, meine sehr geehrten Damen und Herren. Die gehört abgeschafft. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP, CDU und Dr. Marret Bohn
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Der Minister hat die Redezeit um 2 Minuten und 11 Sekunden überschritten. Ich sehe aber nicht, dass irgendjemand davon Gebrauch machen möchte. Deswegen schließe ich die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf Drucksache 19/1612 dem Sozialausschuss zu überweisen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 17 auf:

Pflegebedürftige von Eigenanteilen bei der häuslichen und stationären Pflege entlasten

Antrag der Fraktion der AfD
Drucksache 19/1524

Pflegefinanzierung zukunftsfest gestalten

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/1557

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Abgeordnete Claus Schaffer von der AfD-Fraktion.

Claus Schaffer [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Verehrte Gäste! Pflege macht arm, zumindest wenn der Trend so weitergeht. Es besteht nach unserer Auffassung dringender Handlungsbedarf; denn die Pflegekosten steigen nicht nur in Schleswig-Holstein, sondern bundesweit stark an.

Verbunden mit diesem Anstieg ist auch ein stetiger Anstieg der Eigenanteile der Pflegebedürftigen. Das System der Pflegeversicherung krankt an allen Ecken und Enden. Während die Pflegeversicherungen abhängig vom jeweiligen Pflegegrad nur einen Festbetrag leisten, sind die Eigenanteile der Pflegebedürftigen nach oben offen. Diese liegen in Schleswig-Holstein monatlich bei durchschnittlich

1.800 € Die Investitionskosten machen hiervon oft einen Anteil von bis zu 600 € aus.

Ein Missstand ist, dass Pflegeheime immer öfter in den Fokus von Private-Equity-Gesellschaften rücken, also als reine Anlageobjekte dienen. Im Vergleich zu anderen Kapitalanlagen werden hier exorbitant hohe Renditen von durchschnittlich 18 % erzielt. Die privaten Kapitalgeber haben vorrangig meist kein Interesse an guten Arbeitsbedingungen oder an der Qualität der Pflege, sondern sie arbeiten in erster Linie gewinnorientiert. Nicht ohne Grund haben zwei Drittel dieser Gesellschaften ihren Sitz in Steueroasen, wie beispielsweise auf den Cayman Islands.

Meine Damen und Herren, wir müssen hier etwas tun. Das Land Schleswig-Holstein kann etwas aus eigener Kraft tun, ohne dass es auf die Hilfe anderer Länder oder den Bund angewiesen ist.

Die letzte Initiative der Jamaika-Regierung liegt im Bundesrat im wahrsten Sinne des Wortes auf Eis. Schleswig-Holstein hatte sich auf Betreiben des Sozialministeriums zusammen mit Bremen und Berlin der Hamburg-Initiative im Bundesrat zur Deckelung der Eigenanteile angeschlossen. Zusätzlich sollte aus Bundesmitteln noch ein Steuerzuschuss gezahlt werden. Die vier genannten Länder hatten sich in den Ausschüssen immerhin auf eine konkrete Empfehlung für den Bundesrat geeinigt. Der Tagesordnungspunkt ist aber von der Tagesordnung der nächsten Sitzung des Bundesrats abgesetzt worden, übrigens auf Initiative der unionsgeführten Länder. Seitdem ruht dieser See doch recht still.

Unser Land muss daher selbst handeln, und es kann dieses auch. Das Land hat die Möglichkeit, die Pflegebedürftigen bei den Investitionskosten noch mehr zu entlasten; denn die pflegerische Infraverorgungsstruktur liegt in der Verantwortung der Länder.

Der Durchschnitt der von den Pflegebedürftigen zu tragenden Investitionskosten liegt in Schleswig-Holstein über dem des Bundes. Im Jahr 2018 lag er in Schleswig-Holstein bei 469 € der Bundesdurchschnitt lag dagegen bei 429 € 40 € Unterschied zum Bundesdurchschnitt im Monat - das sind immerhin 480 € jährlich - sind für viele Menschen in unserem Land kein kleiner Betrag. Wenn wir die Pflegebedürftigen in unserem Land allein von diesem Differenzbetrag entlasten wollen, kommen wir in eine Größenordnung von gerundet 29 Millionen € jährlich. Gegengerechnet werden müssen noch die Einsparungen auf kommunaler Ebene, da sich die Ausgaben für die Hilfe zur Pflege auch in

(Claus Schaffer)

einem entsprechenden Umfang verringern würden. Bei der Erarbeitung eines Konzepts können wir die Kommunen für die Gegenfinanzierung damit kostenneutral in Höhe der zu erwartenden Einsparungen mit ins Boot holen.

Wenn ich daran denke, wofür an anderer Stelle alles Geld ausgegeben wird, dann haben wir genügend Potenzial für Einsparungen im Landeshaushalt. Bei den alten und pflegebedürftigen Menschen, die ihr ganzes Leben lang hart gearbeitet haben, dürfen wir hingegen nicht sparen. Hier ist das Geld gut und richtig angelegt.

(Beifall AfD)

Wir können und wir müssen aber noch mehr tun.

Das Land muss sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die Leistungsbeträge nicht nur für die stationäre, sondern auch für die häusliche Pflege angehoben und jährlich nach oben angepasst werden. Hierbei ist es wichtig, dass diese Anpassung an die Kostenentwicklung in den Pflegeeinrichtungen und ambulanten Diensten vorgenommen wird. Der bisherige Verbraucherpreisindex bildet die tatsächliche Preisentwicklung als Maßstab von Pflegeleistungen nur sehr ungenügend ab. Durch die verbesserte Anpassung der Leistungsbeträge steigern wir gerade auch die Attraktivität der häuslichen Pflege. Das ist immens wichtig; denn zwei Drittel der Pflegebedürftigen werden zu Hause entweder von den Angehörigen oder von ambulanten Pflegediensten betreut.

Mit Blick auf die bereits erwähnten Private-Equity-Gesellschaften müssen Strategien und Konzepte entwickelt werden, die die geltenden Qualitätsvorgaben in der Pflege wieder mehr in den Vordergrund stellen. Genauso müssen Qualitätsaspekte bei den Pflegeeinrichtungen - hierzu gehören auch die Ergebnisse der Kontrollen durch die Heimaufsicht - bei den Vergütungsverhandlungen stärker Berücksichtigung finden. Denn nur dann, wenn bei der Vereinbarung der Höhe der Pflegesätze zwischen den Trägern der Pflegeeinrichtungen und den Pflegekassen die Qualität der Pflegeleistungen, aber auch die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter eine entscheidende Rolle spielen, besteht eine Aussicht auf das Erreichen von nachhaltigen Verbesserungen für Pflegebedürftige und die Menschen, die eine menschenwürdige Pflege gewährleisten. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat die Abgeordnete Katja Rathje-Hoffmann.

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verbesserungen in der Pflege, wer will das nicht! Ich glaube, das Thema eint uns alle. Wir Sozialpolitiker arbeiten tagtäglich daran; nur der Weg dahin ist höchst unterschiedlich.

Es lohnt sich ein Blick zurück zur Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs. Insoweit haben wir schon eine Menge gemacht. Die Pflegestärkungsgesetze 1 bis 3 fangen an zu wirken und durch den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff bekommen Pflegebedürftige und ihre Familien immerhin 12 Milliarden € mehr im Jahr. Das ist schon ein großer Erfolg. Aber wir wissen: Der demografische Wandel steht bevor, und die Menschen werden immer älter, was auch gut ist. Deswegen müssen wir weiter daran arbeiten.

Dadurch, dass wir fünf Pflegegrade haben, haben wir mehr zu Pflegenden, die dann auch Anspruch auf Hilfe haben. Trotzdem gehen viele dieser guten Neuerungen in der problembehafteten Diskussion über die Pflege unter. Wir dürfen uns nicht entspannt zurücklehnen, sondern wir müssen weitermachen. Wir müssen eine intensive Diskussion zu einer nachhaltigen Finanzierung von Pflegeleistungen im Allgemeinen und im Besonderen führen. Reformen in der Pflege dürfen deshalb auch zukünftig keine kurzfristigen Maßnahmen sein, sondern sie müssen zukunftsfest gestaltet werden. Es müssen Maßnahmen sein, auf die wir setzen und aufbauen können. Wir brauchen langfristige und grundlegendere Maßnahmen, um dem System und der wachsenden Bedeutung von Pflege in unserer Gesellschaft begegnen zu können. Und wir müssen Antworten speziell auch hinsichtlich der Kostenentwicklung von Eigenanteilen finden.

Im März dieses Jahres haben wir als Jamaika-Koalition bereits Lösungsvorschläge präsentiert und die Landesregierung gebeten, im Bund aktiv zu werden. Ich will diese gern noch einmal nennen.

Künftig sollen die Kosten für die medizinische Behandlungspflege im stationären Bereich ebenfalls von der gesetzlichen Krankenkasse übernommen werden, übrigens genauso wie im ambulanten Bereich, um die frei werdenden Mittel der Pflegeversicherung zur Begrenzung der weiteren Pflegekosten zu verwenden.

(Katja Rathje-Hoffmann)

Wir haben auch das Ziel, das bestehende System der Pflegeversicherung dahin gehend zu ändern, dass der zu zahlende Eigenanteil der Pflegebedürftigen an den notwendigen Pflegeleistungen mit einer Obergrenze versehen wird, sodass

(Zustimmung Dennys Bornhöft [FDP])

- ja, da kann man ruhig klatschen -

(Beifall CDU und FDP)

die Pflegeversicherung die darüber hinausgehenden Kosten trägt.

Um das alles zu finanzieren, bedarf es zudem eines Zuschusses aus dem Bundeshaushalt an den Ausgleichsfonds der sozialen Pflegeversicherung. Hierüber besteht Einigkeit in den Bundesländern. Das ist sehr schön, und das scheint dann auch irgendwann zum Erfolg zu führen. Jedenfalls gibt es dazu einen einstimmigen Beschluss der Arbeits- und Sozialministerkonferenz vom vergangenen Jahr.

Wir werden nicht darum herumkommen, eine Grundsatzdebatte über das Tragen der Pflegekosten in einer wachsenden Beanspruchung des Systems zu führen, Stichwort: alternde Gesellschaft. Exorbitante Eigenanteile können wir weder Betroffenen vermitteln noch zumuten. Menschenwürdige Pflege darf nicht zu einem Existenzrisiko werden; diese Angst ist mit der Pflege heutzutage leider auch verbunden. Deswegen begrüßen wir die Entscheidung des Bundeskabinetts, künftig eine Einkommensgrenze von 100.000 € brutto festzusetzen. Nur wer leistungsfähig ist, soll bei den entstehenden Kosten für die stationäre Pflege herangezogen werden.

(Beifall SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Hierzu stehen die Verhandlungen mit dem Bund an, wer die zusätzlichen Kosten für diese Obergrenze zu tragen hat. Man muss ja auch sehen, dass das Geld irgendwoher kommen muss und wir als Länder nicht zu stark belastet werden.

Auch nehmen wir zur Kenntnis, dass die Beitrags-sprünge für die Pflegeversicherung nicht nur häufiger werden, sondern Prognosen gehen davon aus, dass der Pflegebeitragsatz im Jahr 2045 auf 4,25 % steigen muss.

Liebe Kollegen von der AfD, es ist bemerkenswert, dass Sie sich erst jetzt mit dem Thema Pflege auseinandersetzen. Wir machen das schon die ganze Zeit, wir machen uns ständig Gedanken darüber und arbeiten an Lösungen für die Zukunft. In Schleswig-Holstein gehen wir stets mit gutem Beispiel voran. Wir zahlen allein 14 Millionen € an

Pflegewohngeld. Das machen nicht sehr viele Bundesländer, und es ist gut, dass wir uns für die, die wenig haben, engagieren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Und Weiteres sehen Sie anhand unseres Alternativantrags: Ausbildung von Pflegefachkräften, Neuregelung des Elternunterhalts, Verbesserung der Arbeitsbedingungen und so weiter. Unser Engagement ist stetig, ständig, besteht seit Langem und ist nicht so kurzfristig wie bei Ihnen von der AfD. - Danke schön.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und vereinzelt SPD)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Birte Pauls.

Birte Pauls [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich erwarte wirklich nichts von Ihnen, gar nichts erwarte ich von Ihnen. Von Rechtsaußen kommt schon wieder, auch an dieser Stelle, ein kopierter Antrag, der eins zu eins übernommen wird, diesmal aus Sachsen. Für wie blöd halten Sie uns eigentlich? - Wirklich, das ist so schwach, das ist so grottenschlecht.

Ich wiederhole mich gern: Pflege darf nicht zur Armutsfalle werden. So hieß unser Antrag, den wir im Frühjahr dieses Jahres in dieses Parlament eingebracht haben. Es gab in diesem Jahr empfindliche Erhöhungen des Eigenanteils für die Bewohnerinnen und Bewohner hier im Land. Das ist für die allermeisten Familien eine enorme zusätzliche Belastung. Wenn man dann aber für das Lesen und Verstehen der Bescheide ein betriebswirtschaftliches Studium benötigt, werden Patientenwohl und Bürgerfreundlichkeit mit Füßen getreten.

(Beifall SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Das Argument der Einrichtungen, dass die Pflegekräfte gut bezahlt werden sollen, lässt die Menschen verstummen. Deswegen ist der Protest so ungeheuer leise. Wer sollte auch etwas dagegen haben? Aber genau diese Tarifizierungen dürfen nicht auf die Bewohner abgewälzt werden und sind bei den Pflegesatzverhandlungen nicht länger als unwirtschaftlich anzuerkennen. So steht es im Pflegestärkungsgesetz - hineinverhandelt von der SPD.

(Birte Pauls)

(Beifall SPD)

Die Pflegeversicherung muss umgekrempelt und neu organisiert werden: Sämtliche Pflegekosten müssen komplett von der Pflegeversicherung übernommen werden, anlog zur Krankenversicherung. Die Kosten für Unterbringung, Investitionen und Verpflegung können natürlich, wie im anderen Leben auch, individuell sein. Gewinnoptimierungen müssen begrenzt werden.

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das derzeitige System macht immer mehr Menschen auf Umwegen zu Sozialhilfeempfängern, und Pflegekosten werden zur Armutsfalle. Das ist unwürdig.

(Beifall SPD und Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die SPD hat in dem sehr lesenswerten Sozialstaatspapier beschlossen, die Eigenanteile für die Bewohnerinnen und Bewohner zu deckeln. Deshalb ist es richtig, dass sich Schleswig-Holstein der SPD-Bundratsinitiative aus Hamburg, Berlin und Bremen angeschlossen hat.

Amüsiert habe ich mich, als ich den Alternativantrag der Jamaika-Koalition gelesen habe. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie wollen sich hier für etwas feiern lassen, was Sie im Ansatz noch nicht einmal selber gedacht haben. Schauen wir einmal bei den von Ihnen aufgeführten Punkten genauer hin.

Sie haben es netterweise auch aufgeschrieben: Drucksache 19/205. Das ist ein weich gespülter Alternativantrag zu unserem SPD-Antrag. Sie wollen keinen Personalbemessungsschlüssel, wie es Fachleute aus der Pflege und den Gewerkschaften fordern und es die SPD beschlossen hat, sondern Ihnen reichen an dieser Stelle Personaluntergrenzen.

Drucksache 19/513. Endlich einmal ein eigener Antrag von der Koalition. Ein Gutachten zur Gesundheitsversorgung soll erstellt werden. Er kommt aus dem Februar 2018. Auf das Ergebnis warten wir heute noch, aber Fristen waren ja auch nicht vorgegeben.

Drucksache 19/833. Wieder ein weich gespülter Antrag, der sich fast nur auf Dinge bezogen hat, die bereits auf Bundesebene angeschoben wurden. Na ja, und über die sehr dünnen Ergebnisse aus dem Branchencheck haben wir uns hier ja schon gestritten.

Drucksache 19/981. Wieder ein Alternativantrag zu einem gemeinsamen Antrag von SPD und SSW, in dem Sie ausschließlich an unseren Wörtern feilen, aber keine eigenen Ideen einbringen.

Drucksache 19/1102. Na klasse, eine Imagekampagne, die im Jahre 2020 starten soll! - Das wird die Pflegesituation echt retten.

Drucksache 19/1336. Schon wieder ein Alternativantrag zu unserer SPD-Initiative. Hier sind wir dann beim abgekupferten AfD-Antrag. Spät aufgewacht, sage ich nur. Jamaika hat in ihrem Alternativantrag wieder den Weichspülgang eingelegt.

Drucksache 19/1384. Unser SPD-Antrag zu solitärer Kurzzeitpflege wurde von der Koalition abgelehnt. Gerade haben wir es erlebt. Angehörige können die dringend benötigte Auszeit im Sommer oder wann auch immer nicht nehmen, weil es viel zu wenig Kurzzeitpflegeplätze im Land gibt. Das Land könnte selbstverständlich den Landesrahmenvertrag entsprechend gestalten, schiebt aber wieder, wie so oft - das haben wir heute auch schon mehrfach gehört - die Verantwortung in Richtung Bund. Wie immer, wenn Jamaika nicht weiterweiß oder sich nicht einigen kann, wird gegen die Bundesregierung geschossen. Dass die CDU das hier immer so fröhlich mitmacht, finde ich bemerkenswert.

Wir stellen fest: Von den sieben aufgeführten Punkten kommen gerade einmal zwei von den regierungstragenden Fraktionen. Der Rest sind weich gespülte Alternativanträge. Sie sollten in die Werbung für Weichspülprodukte einsteigen, da wären Sie vielleicht erfolgreicher. Der Minimalkonsens in dieser Jamaika-Koalition hilft der Pflege auf keinen Fall weiter und den Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land auch nicht.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Abgeordnete Dr. Marret Bohn.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Pflege, liebe Kollegin Pauls, ist ein Schwerpunktthema in der Jamaika-Koalition, und das aus gutem Grund und tiefer Überzeugung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Die Pflege ist - und das ist leider nicht neu - selbst zum Pflegefall geworden. Wir können all denjeni-

(Dr. Marret Bohn)

gen Pflegekräften dankbar sein, die Tag für Tag unter schwersten Bedingungen rund um die Uhr alles versuchen, um ihre Patientinnen und Patienten gut zu versorgen.

(Beifall Kay Richert [FDP])

Wir haben in der Küstenkoalition viel für die Pflege getan, und das setzen wir in der Jamaika-Koalition fort.

(Beifall Lars Harms [SSW])

Was kann einem als regierungstragende Fraktion Besseres passieren, als dass Sie unsere ganzen Anträge noch einmal vorlesen und sagen, dass sie auf den Weg gebracht wurden. Damit zeigen wir: Es tut sich etwas, auch wenn sie weich gespült und nicht rein sozialdemokratisch sind. Das interessiert mich ehrlich gesagt gar nicht. Es geht nach vorn, und das ist wichtig.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, man könne einwerfen, dass es noch besser und schneller gehen könnte und auch noch dieses und jenes mit aufgenommen werden sollte. Es ist doch gut, wenn Sie Anträge einbringen oder gute Gesetzentwürfe vorlegen. Machen Sie es von der SPD, machen Sie es vom SSW! - Jetzt kommt von dieser Seite ein Antrag, bei dem ich denke: Schade eigentlich, das ist schon auf den Weg gebracht. - Beim nächsten Mal bringen Sie eine neue Idee ein, und dann können wir darüber auch anders diskutieren. Aber das haben wir alles schon geregelt, das wird bereits gemacht.

Dass es im Bundesrat alles ein bisschen länger dauert, als wir es uns in den Ländern wünschen, ist ehrlich gesagt auch keine neue Geschichte. Das hat uns auch fünf Jahre lang in der Küstenkoalition beschäftigt. Dafür kann Jamaika nichts, das ist überhaupt kein Argument dafür, dass Pflege bei uns nicht in guten Händen wäre. Das Gegenteil ist der Fall, und das ist richtig so.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Ich komme auf die Initiative zu sprechen, von der Sie sagten: Da wird irgend so ein Gutachten gemacht. - Dann haben Sie nicht verstanden, was wir dort tun. Das erste Mal in der Geschichte Schleswig-Holsteins, das erste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik werden die Zahlen unabhängig von Legislaturen analysiert. Es wird untersucht, was wir in den nächsten Jahren benötigen, unabhängig da-

von, wer hier regieren und welche Konstellationen es in Berlin geben wird. Es wird konkrete Handlungsempfehlungen geben.

Ich bin gespannt, wie die SPD sich dazu verhalten wird.

(Zuruf Werner Kalinka [CDU])

Ich freue mich auf diesen Tag. Das wird auch keine gemütliche Debatte mit den Finanzpolitikerinnen und Finanzpolitikern werden; das ist mir völlig klar. Trotzdem können wir nicht nur auf die nächsten zweieinhalb oder drei Jahre schauen. Das haben wir beim vorigen Thema doch gerade schon gemerkt, als es um die Landarztquote ging. Wir müssen endlich damit anfangen, nicht mehr in Legislaturen zu denken, sondern in Generationen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Das macht Sinn, liebe Kolleginnen und Kollegen, und dafür ist es höchste Zeit. Das machen wir in der Jamaika-Koalition, und deswegen freue ich mich über die Abstimmung in der Sache und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Dennys Bornhöft.

(Werner Kalinka [CDU]: Dennys, leg noch einen drauf!)

Dennys Bornhöft [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Vorrednerinnen, vor allem Marret Bohn und Katja Rathje-Hoffmann, haben schon viel Richtiges gesagt; ich muss das hier nicht mehr alles wiederholen. Man könnte sich ja beinahe freuen, dass die AfD nach knapp zwei Jahren im Landtag festgestellt hat, dass man als Ein-Thema-Partei im politischen Betrieb nicht wirklich weit kommt und dass es nicht reicht, bei jedem Antrag, bei jeder Drucksache mehr Abschiebungen oder weniger Flüchtlinge zu fordern. Teile Ihrer Fraktion schaffen es ja, selbst bei einer Debatte über Besoldungsstrukturen für Landesbedienstete, dieses Thema in den Vordergrund zu stellen.

(Zuruf Jörg Nobis [AfD])

Aber ein Gutes hat es doch, dass Sie das nun auf die Tagesordnung gebracht haben. Denn hierdurch

(Dennys Bornhöft)

haben die vernünftigen Gruppierungen - zur Klarstellung für Sie: das sind CDU, SPD, Grüne, FDP und SSW - die Möglichkeit, deutlich zu machen, was wir in dieser Legislaturperiode und was wir auch schon in den vorangegangenen Legislaturperioden, teils gemeinsam, teils als Jamaika-Koalition, für die Verbesserung der Pflege auf den Weg gebracht haben. Frau Pauls hat ja gerade schon die Gelegenheit genutzt, im Rahmen der Debatte über den vorliegenden Antrag ihren Rechenschaftsbericht zu halten.

Werte Kollegen von der AfD, Sie greifen das Pflegegeld auf, das vom Land finanziert wird. Schleswig-Holstein ist eines der letzten Bundesländer, das diese Leistung noch vorhält; es ist eine personenbezogene Leistung. Ich finde, wir sollten bei diesem Weg bleiben. Von Schleswig-Holstein aus wurden sowohl der Bundesrat als auch die Gesundheitsministerkonferenz regelmäßig mit vielen progressiven Anträgen zur Pflegepolitik bestückt. Wir haben vonseiten Schleswig-Holsteins diverse Vorschläge an den Bund gegeben, um die finanzielle Situation sowohl für die Pflegekräfte als auch für die zu Pflegenden und deren Angehörige zu verbessern. So wollen wir, dass es bei der sogenannten Behandlungspflege im stationären Bereich einen faireren Ausgleich zwischen Krankenkassen und Pflegekassen gibt. Wir fordern eine gesetzliche Obergrenze des Eigenanteils an den Pflegekosten für die Pflegebedürftigen, und wir wollen die Pflegeversicherung für Zuschüsse aus dem allgemeinen Bundeshaushalt öffnen - etwas, was bei Sozialversicherungen eigentlich nicht so sein sollte; das muss ich als FDP-Mitglied auch sagen. Aber bei der Rentenversicherung oder der Krankenversicherung ist das schon gang und gäbe, und bei der Pflegeversicherung ist dies ebenfalls vonnöten.

Wir stehen dafür ein, dass die Pflegekräfte von zeitaufwendigen Dokumentationspflichten befreit werden und nicht länger mehr als ein Drittel ihrer Arbeitszeit mit Bürokratie verbringen müssen.

Mir ist es, positiv gesehen, gleich, ob ein Pflegeheim öffentlich, freigemeinnützig oder privat organisiert ist. Die Hauptsache ist, dass es sowohl den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als auch den zu Pflegenden dort gutgeht. Nummer 3 Ihres Antrags, wo etwaige Gewinnsteigerungen im Pflegebereich angeprangert werden, bedient ein Ressentiment gegenüber den Anbietern von Pflege. Damit muss man meiner Meinung nach aber wirklich vorsichtig umgehen.

Nun, wir sprechen nun tatsächlich einmal über einen Antrag der AfD zur Sozialpolitik. „Sozial geht

anders“ - diesen Slogan hatte die AfD hier im Land als Sommerslogan gefahren. Zur Abwechslung hatten Sie da sogar mal ein Stück weit recht - aber, wie ich meine, anders, als Sie vielleicht vermuten würden. Was kann man denn machen, um den eigenen Mangel an sozialer Ader nach außen hin zu kaschieren? Man kann beispielsweise mit einem Plakatwagen durch das Land fahren, um auf Altersarmut aufmerksam zu machen. Wo in Schleswig-Holstein lässt man einen solchen Lkw-Planwagen dann am besten auffahren? - Da, wo Altersarmut landesweit am stärksten eine Gefahr darstellt, also vielleicht in strukturschwächeren Regionen, in Ballungszentren -, etwa bei mir auf dem Kieler Ostufer; dort komme ich her. Die Kollegen von der AfD lassen den Wagen auf Sylt fahren - bekanntermaßen die absolute Altersarmutsgemeinde. Ich habe zuerst gedacht, das sei ein Beitrag in der „heute-show“, als ich das gesehen habe. Aber nein, das war real. Ich muss sagen: Das kann man mal machen, aber: na ja!

Wissen Sie, was wirklich gegen Altersarmut helfen würde? - Beispielsweise ein fundiertes Rentenkonzept.

(Beifall FDP und vereinzelt SPD)

Ihre Partei, die ja nun auch schon seit über sechs Jahren am Wählermarkt ist, hat bis heute keine Vorstellung zum Thema Altersvorsorge.

(Dr. Frank Brodehl [AfD]: Doch! Sogar sehr viele!)

Hierüber sollte im Spätsommer ein AfD-Parteitag stattfinden; dieser wurde nun aber schon wieder auf das nächste Jahr verschoben. Das Thema scheint bei Ihnen - es ist eindeutig - keinerlei Priorität zu haben.

Dies passt thematisch leider auch zum vorliegenden Antrag zum Thema Pflege. Sie wissen bis heute nicht, was sich bereits in der Umsetzung befindet, was auf Landes- oder auf Bundesebene bereits beschlossen wurde. Das ist schade. Sie haben aber noch ein bisschen Zeit; der Bundesparteitag zum Thema Rente wird ja sicherlich irgendwann einmal kommen.

Deswegen kann ich nun mit dem Satz schließen: Sozial geht anders - insbesondere geht sozial aber nicht mit der AfD. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat die Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wie überall im Gesundheitswesen stehen wir auch im Pflegebereich immer wieder vor einer grundlegenden Frage, und zwar vor der Frage, ob mit den vorhandenen Hilfen für bedürftige oder notleidende Menschen überhaupt Profit gemacht werden soll. Für den SSW ist die Antwort eindeutig: nein. Es kann nicht angehen, dass Investoren beispielsweise in der stationären Altenpflege mit zweistelligen Renditen kalkulieren. Für uns ist es nun mal kein Geschäftsmodell wie jedes andere, alte Menschen zu pflegen und ihnen ein Zuhause mit guter Lebensqualität zu bieten. Eigentlich ist es eine absolut zentrale Aufgabe der Daseinsvorsorge, eine würdevolle Pflege für alte und kranke Menschen zu organisieren.

Leider klingt das in der heutigen Zeit schon fast naiv. Denn letzten Endes wurde diese Frage schon mit längst vergangenen Privatisierungsentscheidungen beantwortet. Im Bereich der Pflege oder der Krankenversorgung wird zunehmend Geld verdient, und leider werden in vielen Fällen eher die Gewinne optimiert als die Versorgungsqualität. Wer krank oder pflegebedürftig ist oder wer in einer entsprechenden Einrichtung arbeitet, leidet damit nicht selten unter schlechten Rahmenbedingungen, und wie wir alle wissen, führt das in manchen Fällen, auch bei uns im Land, zu wirklich unwürdigen Zuständen. Für mich und meine Partei ist klar, dass wir so eine Entwicklung nicht einfach hinnehmen dürfen.

Gleichzeitig werden nicht nur Bedürftige, sondern auch Angehörige bei stationären, aber auch bei ambulanten Pflegeleistungen immer stärker zur Kasse gebeten. Das ist nicht wirklich neu, dies nimmt aber immer weiter zu. Deshalb sind diese steigenden Pflegekosten aus gutem Grund immer wieder Thema hier im Landtag. Der SSW hat sich zum Beispiel nach einem Hinweis der Bürgerbeauftragten dafür eingesetzt, den Elternunterhalt bei Pflege neu zu regeln. Auf eine entsprechende Einkommensgrenze hat man sich ja endlich auch auf Bundesebene verständigt. Auch bei der Forderung der SPD nach einer Deckelung der Eigenanteile waren wir uns hier fast alle einig.

Ich will nicht bestreiten, dass vieles lange oder auch zu lange dauert. Aber wir haben diese Themen immer im Blick. Für den SSW will ich aber gerne

noch einmal deutlich machen, dass steigende Kosten - zum Beispiel für qualifiziertes Personal in der stationären Pflege - eben nicht einfach auf die Bewohner und Bewohnerinnen umgelegt werden dürfen. Wenn Menschen vor der Frage stehen, wie sie die Unterbringung im Pflegeheim überhaupt finanzieren sollen, ist für mich eine rote Linie überschritten. Schon jetzt übersteigen die Heimkosten bei vielen längst die Rente und auch die Leistungen der Pflegeversicherung.

Eine Deckelung der Eigenanteile kann die Betroffenen und deren Angehörige zumindest kurzfristig entlasten. Wir stehen also weiter dazu, den Anteil für Unterkunft, Verpflegung und persönlichen Bedarf zu begrenzen. Aber auch mit einer solchen Deckelung der Eigenanteile macht Pflege viele Menschen arm. Genau das müssen wir aber unbedingt abwenden. Deshalb müssen wir auch über andere Lösungswege diskutieren.

Für den SSW ist klar, dass die Finanzierung der Pflege grundlegend reformiert werden muss. Schon heute ist jeder sechste Heimbewohner auf Hilfe vom Sozialamt angewiesen. Das kann es doch nicht sein! Gleichzeitig steht fest, dass der Bedarf an Pflege und die Kosten hierfür weiter steigen werden. Deshalb sagen wir ganz klar: Egal, ob stationär oder familiär, Pflege muss endlich als gesamtgesellschaftliche Aufgabe anerkannt und auch finanziert werden.

(Beifall SSW, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - Beifall Lukas Kilian [CDU])

Deshalb wäre eine rein steuerfinanzierte Pflege die sauberste Lösung. So könnten wir sicherstellen, dass Menschen, die viel besitzen, auch entsprechend beitragen.

Wir könnten sicherstellen, dass Menschen, die weniger haben, trotzdem menschenwürdig gepflegt werden,

(Beifall Lars Harms [SSW])

und zwar ohne dabei noch weiter zu verarmen. Mir ist bewusst, dass ich auch hier nicht zu blauäugig sein darf. Für viele ist und bleibt die Aufstockung der Pflegeversicherung durch Steuermittel die äußerste Kompromisslinie. Ich halte dieses Mittel allerdings für das Minimum und für dringend nötig, und zwar ausdrücklich nicht nur in Notfällen und nach Kassenlage. Wenn ich mir die Unterfinanzierung der Pflege anschau, ist doch eines völlig klar: Wir brauchen einen dynamisch steigenden und damit eben dauerhaften Steuerzuschuss. Eine feste steuer-

(Jette Waldinger-Thiering)

finanzierte Säule kann die Pflegeversicherung zumindest stabilisieren, und sie kann vor allem verhindern, dass Pflegekosten in die Armut führen.

(Vereinzelter Beifall)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Landesregierung hat der Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren, Dr. Heiner Garg.

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Sehr geehrte Frau Abgeordnete Pauls, Sie haben mich ein bisschen enttäuscht, weil ich weiß, dass Sie es eigentlich besser können.

(Beifall Dennys Bornhöft [FDP] - Dennys Bornhöft [FDP]: Das stimmt! - Weitere Zusage)

- Nein, sie kann es wirklich besser. Was Sie bedauerlicherweise in der bemerkenswerten Bilanz der Jamaika-Koalition der pflegepolitischen Initiativen unterschlagen haben,

(Lachen Birte Pauls [SPD])

- vielleicht vergeht Ihnen das Lachen ja noch -: Die Umsetzung der Pflegeberufereform ist nicht weichgespült, sondern da sind wir bundesweit Vorreiter.

(Beifall FDP und Katja Rathje-Hoffmann [CDU] - Birte Pauls [SPD]: Das ist ein Bundesgesetz!)

Das funktioniert in Schleswig-Holstein exzellent. Sehr geehrte Frau Pauls, harte Fakten statt weichgespült: Diese Koalition hat als eine der ersten Maßnahmen zur Sicherung der Qualität in der Ausbildung die Zahl der staatlich geförderten Ausbildungsplätze, der Schulplätze, noch einmal erhöht, und vor allem haben wir das Schulgeld von 310 € auf 450 € erhöht. Das ist nicht weichgespült, das sind harte Fakten. Das haben Sie fünf Jahre lang nicht hinbekommen, Frau Abgeordnete Pauls.

(Beifall FDP, Katja Rathje-Hoffmann [CDU] und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zuruf Birte Pauls [SPD])

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die SPD hat in Schleswig-Holstein länger in unterschiedlichen Konstellationen regiert als wir das jedenfalls bisher getan haben. Sie wissen ganz genau, wie Bundesratsinitiativen funktionieren. Sie wissen auch ganz genau, was dafür notwendig ist, dass sie

am Ende erfolgreich sind. Ja, ich habe im vergangenen Jahr auf der Arbeits- und Sozialministerkonferenz - es war in Münster, es war kalt, aber es ist eine schöne Stadt,

(Beifall Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Marlies Fritzen: Wunderschön!)

- eine wunderschöne Stadt, der Kollege Laumann war Gastgeber - für Schleswig-Holstein den Antrag auf Einführung eines Bundeszuschusses aus Steuermitteln eingebracht. Es war ein fast einstimmiger Beschluss.

Ja, die Kollegin Prüfer-Storcks war ein bisschen schneller. Wir waren in enger Abstimmung mit Hamburg und haben das gemeinsam auf die Bundesratschiene geschoben. Ich sage Ihnen ehrlich: Am Ende ist es mir egal, ob es die sozialdemokratische Senatorin aus Hamburg oder der freidemokratische Minister aus Kiel war. Wichtig ist, dass wir diesen Steuerzuschuss bekommen. Er hat aus Bundesmitteln finanziert zu werden.

(Zuruf Birte Pauls [SPD])

- Frau Pauls, da erwarte ich eigentlich die Unterstützung einer sozialdemokratischen Pflegepolitikerin und nicht die Kritik an der Landesregierung dafür.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Minister gestatten Sie eine Bemerkung der Abgeordneten Pauls?

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren:

Aber her damit!

Birte Pauls [SPD]: Herr Minister, erst einmal müssen Sie mich verkehrt verstanden haben. Ich habe Sie genau dafür gelobt, dass Sie dieser Bundesratsinitiative beigetreten sind. Genau dafür habe ich Sie gelobt.

- Beigetreten!

Darf ich eine zweite Frage stellen?

Präsident Klaus Schlie:

Herr Minister, bestimmt, nehme ich an?

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren:

Ja!

Birte Pauls [SPD]: Sie haben die Pflegeberufausbildung genannt.

(Zuruf Bernd Heinemann [SPD])

In der Tat sind Sie da gut dabei. Können Sie mir bitte noch einmal sagen, wie Sie die Pflegehelferausbildung organisieren möchten, wen Sie daran beteiligt haben und warum Sie nicht das Ergebnis der Arbeitsgruppe - Fachleute -, die mühsam über ein Jahr daran gearbeitet hat, übernehmen?

- Über die Pflegehelferausbildung, Frau Abgeordnete Pauls, werden wir mit Sicherheit im Ausschuss ausführlich sprechen. Ich habe mich für eine Variante entschieden, die derzeit umsetzbar ist. Sie kennen die Vorgaben des Bundesgesetzes, und Sie wissen ganz genau, was möglich ist und was im Zweifel nicht möglich ist. Da sind wir wieder bei der Frage: Was kann der Bund bezahlen und was möchte der Bund möglicherweise nicht bezahlen? Insofern ist es müßig, sich hier über etwas aufzuregen, von dem Sie doch genau wissen, was wir tun, was wir als Jamaika-Koalition tun, übrigens auch bei der Helferausbildung, wenn Sie auf die KPH-Ausbildung hinauswollen. Wir tun das, was am dringendsten notwendig ist, nämlich das notwendige Personal in die Krankenhäuser und in die Pflegeeinrichtungen zu bringen. Dafür lasse ich mich von Ihnen gern kritisieren.

(Beifall FDP, Katja Rathje-Hoffmann [CDU] und Joschka Knuth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn das für Sie Grund ist, zu kritisieren, bitte, herzlich gern!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben zwei hoffentlich erfolgreiche Bundesratsinitiativen mit angeschoben. Über die eine hatte ich gerade gesprochen, und ich sage Ihnen im vollen Ernst: Da erwarte ich, dass alle Demokratinnen und Demokraten bundesweit an einem Strang ziehen. Ich werde es nicht akzeptieren, ich will es auch nicht hinnehmen und ich will mich nicht damit abfinden, dass Menschen, die ein ganzes Leben gearbeitet haben - wir reden über die Generation unserer Eltern, die im Zweifel Nachkriegsgeneration oder noch Kriegsgeneration ist -, diese Menschen auf das Sozialamt gehen müssen, damit sie Hilfe zur Pflege beantragen, eine Sozialleistung. Deswegen haben wir uns mit Hamburg und anderen Bundesländern

für diese Begrenzung eingesetzt. Ich bitte noch einmal herzlich, darüber nachzudenken, ob es da nicht die Möglichkeit eines demokratischen Konsenses gibt, dass wir mit diesen alten Menschen anders umgehen, als das bislang der Fall ist.

(Beifall FDP, CDU, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, AfD und Beifall Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Der zweite Punkt, der ebenso wichtig ist, ist die Frage, ab wann im Zweifel auf das Vermögen von Angehörigen zurückgegriffen wird. Auch hier hat Schleswig-Holstein eine Bundesratsinitiative angestoßen. Ich sage einmal: Das hat der Bund nicht ungeschickt gemacht. Im Koalitionsvertrag der Großen Koalition steht, es solle gemacht werden. Es gab eine Bundesratsinitiative. Selbstverständlich sind sich die Länder - das ist immer so - einig, dass so etwas im Zweifel der Bund bezahlen muss. Der Bund hat den Spieß nun umgedreht, hat einen Kabinettsbeschluss gefasst, wo die Maßnahme verwirklicht werden soll, und hat sozusagen die Rechnung in Richtung Länder und Kommunen geschickt, übrigens etwas, was bei den Gesundheitsfachberufen schon einmal passiert ist: Im Koalitionsvertrag der Großen Koalition steht, man wolle dies schulgeldfrei stellen. Dann beschließt man das irgendwie und irgendwann vielleicht, aber die Rechnung sollten erst einmal die Länder bezahlen.

Mir ist schon klar, dass wir nicht jede Rechnung an den Bund schieben können, das wollen wir auch gar nicht. Aber ich finde, jetzt ist ein Punkt erreicht, an dem wir in einer fairen Auseinandersetzung mit dem Bund über eine faire Kostenteilung dieser Kosten, die als Folge des demografischen Wandels entstehen und die in Zukunft auch noch höher werden, zu einer fairen Lastenverteilung in dieser Gesellschaft kommen.

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Auch dafür bitte ich um Unterstützung, weil es ehrlich gesagt keine Frage von parteipolitischem Hin und Her ist, sondern das ist eine Frage, wie wir diesen demografischen Wandel in Zukunft gestalten wollen.

(Beifall FDP, Lukas Kilian [CDU], Katja Rathje-Hoffmann [CDU] und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir zwei abschließende Bemerkungen. Erstens. In einer älter werdenden Gesellschaft wird menschenwürdige Pflege zu organisieren noch teurer

(Minister Dr. Heiner Garg)

werden. Das muss uns klar sein. Wenn wir im Übrigen in Zukunft auch noch ausreichend junge Frauen und Männer für die Altenpflege gewinnen wollen und diejenigen, die heute in der Altenpflege tätig sind, in diesem Beruf halten wollen, müssen wir die Arbeitsbedingungen verbessern. Dazu gehören auch attraktivere Entlohnungen. Die müssen refinanziert werden. Selbstverständlich wird die ganze Veranstaltung noch einmal teurer werden. Wenn wir die Kosten nicht nur auf den Schultern der Beitragszahlerinnen und Beitragszahler abladen wollen - ich plädiere sehr dafür, dass wir das nicht tun, denn damit überfordern wir die nämlich -, dann kommen wir an einer steuerfinanzierten Mitfinanzierung der Pflegeversicherung auf Dauer gar nicht vorbei.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Birte Pauls [SPD])

Eine letzte Frage sozusagen ins Plenum auch an die Antragsteller - mehrere Kolleginnen und Kollegen haben das dargestellt -: Schleswig-Holstein ist eines der ganz wenigen Bundesländer, in dem noch Pflegegeld bezahlt wird. Wer das ändern möchte, soll doch klipp und klar einen Antrag stellen. Stellen Sie einen Antrag, dass das Pflegegeld abgeschafft werden und investive Förderung anders stattfinden soll. Darauf warte ich. Darüber kann man sich auseinandersetzen. Aber hier so zu tun, als würde Schleswig-Holstein seiner Verpflichtung, die wir im Übrigen haben, nicht nachkommen, finde ich jetzt ehrlich gesagt ein wenig, sagen wir einmal, schlicht gedacht, und auch zu schlicht, um die wirklichen Probleme in der Pflege zu lösen. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Der Minister hat die vereinbarte Redezeit um 2 Minuten überzogen. Diese Zeit steht nun den Abgeordneten zur Verfügung. - Frau Abgeordnete Pauls möchte gern davon Gebrauch machen.

(Birte Pauls [SPD]: Nein, das wollte ich nicht!)

- Zur Geschäftsordnung?

(Birte Pauls [SPD]: Zur Geschäftsordnung!)

- Ich frage erst einmal: Gibt es sonst noch Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann, Frau Abgeordnete Pauls, zur Geschäftsordnung.

Birte Pauls [SPD]:

Vielen Dank. - Ich bitte herzlich darum, dass wir die Abstimmung aufteilen, und zwar in einen ersten und in einen zweiten Teil des Antrags. Wir würden gern den ersten Teil des Antrags - -

(Zuruf FDP)

- Nein, euren!

Präsident Klaus Schlie:

Jetzt hat die Frau Abgeordnete Pauls das Wort zur Geschäftsordnung. - Bitte, Frau Abgeordnete Pauls.

Birte Pauls [SPD]:

Das ist selbstverständlich ein wichtiger Punkt. - Mein Antrag bezieht sich auf die Drucksache 19/1557. Wir würden gern nach der Auflistung der guten Taten von Jamaika einen Strich machen und über den Teil davor und den Teil danach gesondert abstimmen.

Präsident Klaus Schlie:

Sie möchten nach der Punktation, die endet mit „verbessern 19/1384“, die zweite Abstimmung haben.

(Birte Pauls [SPD]: Ja!)

- Gut, das werden wir so durchführen. Ich nehme an, das Haus ist damit einverstanden.

Wir kommen zur Abstimmung in der Sache. Es ist beantragt worden, in der Sache abzustimmen. Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion der AfD, Drucksache 19/1524, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der AfD-Fraktion und die Abgeordnete von Sayn-Wittgenstein. Wer ist dagegen? - Das sind die restlichen Abgeordneten des Hauses. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich lasse dann über den ersten Teil des Alternativantrags der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/1557 bis nach der Punktation und dem Punkt „Rahmenbedingungen für die Kurzzeitpflege verbessern 19/1384“ abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und die Fraktionen von CDU und FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten der AfD und die Abgeordnete von Sayn-Wittgenstein. - Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der SPD.

(Präsident Klaus Schlie)

Ich lasse über den zweiten Teilbereich abstimmen von „Der Landtag begrüßt“ bis zum Ende des Antrags. Wer diesem Teilbereich des Antrags zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW, die Fraktionen von CDU, FDP, AfD und die Abgeordnete von Sayn-Wittgenstein. Damit ist dies einstimmig so beschlossen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, begrüßen Sie gemeinsam mit mir auf der Tribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtags Vertreterinnen und Vertreter des CDU-Ortsverbands Aukrug und die Damen des Frauenrings Rendsburg. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 18 auf:

Autozugverkehre Sylt in Nahverkehr integrieren

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/1536

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Wir sollten so vorgehen, dass wir zunächst dem Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort erteilen. Ich glaube, das war eine Einigung der antragstellenden Fraktionen. - Das ist der Fall. Damit erteile ich das Wort dem Abgeordneten Dr. Andreas Tietze.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Vielen Dank, Herr Präsident! - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die 39 km von Westerland über den Sylt-Damm nach Niebüll machen uns große Sorgen. Erstens, für die Region sind sie der Nabel zur Welt; zweitens, sie sind die einzige Landverbindung der Insel Sylt; drittens über die Hälfte nur eingleisig und viertens voller Probleme. Wir konnten in den letzten Jahren trefflich darüber lesen, aber auch hier im Hause darüber diskutieren.

Auch mit dem vom Bund geplanten zweiten Gleis bleiben Westerland und Niebüll Nadelöhre. Ich bin lange auf Sylt ansässig gewesen. Wer einmal vor der Schranke am Königskamp wartete, bis endlich freirangiert wurde, kennt das eigentliche Übel. Ich erinnere daran: 600 m lange Autozüge müssen einmal quer über die gesamten Gleise von der einen auf die andere Seite rangiert werden.

Mitten in dieses Problem, das groß genug ist, wenn wir die Hauptsaison betrachten - Sylt hat eine lange Saisonzeit im Tourismusgeschäft -, stopft die Deutsche Bahn als Anhängsel der Autozüge den Sylt Shuttle plus dazu. Vor Ort heißt dieser Zug nur „Geisterzug“. In der Regel sitzt niemand darin, vielleicht einmal eine Person oder zwei Personen. Für mich heißt er „Sylt Shuttle minus“.

Sein Rangieren schafft zusätzlich Engpässe. Er trennt an Schranken die Orte, nicht nur in Westerland, sondern auch in Niebüll. Da passiert das Gleiche noch einmal.

Vor allen Dingen aber verbrennt er täglich - in Zeiten des Klimawandels - Geld und Diesel - CO₂ - für nichts und wieder nichts. Mit dem Zug fahren ganze zwei Leute. Das ist in Zeiten des Klimawandels auch für die Deutsche Bahn eine peinliche Nummer. Das kann man niemandem wirklich erklären.

(Beifall Lars Harms [SSW])

Ein weiterer Punkt. Wir alle haben hier im Haus schon häufig über den Fachkräftemangel gesprochen und darüber, dass Lokführerinnen und Lokführer fehlen. Da sitzen sie täglich in einem leeren Zug, fahren die Strecke von A nach B, niemand sitzt drin, und auf anderen Strecken bleiben Hunderte von Menschen an Bahnsteigen stehen, weil wir keine Lokführer haben. Was für ein Anachronismus!

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP - Werner Kalinka [CDU]: Da kenne ich noch eine andere Strecke!)

Natürlich fährt die Deutsche Bahn mit einem solchen unsinnigen Modell Verluste ein. Das ist doch klar. Da kann die Bahn keinen Gewinn machen.

Warum macht sie das? Sie macht es, um ihren Profit bei den Autozügen nicht zu verlieren. Gewinnstreben steht über allem, auch über den Daseinsvorsorgeinteressen einer Region, auch über den Interessen von Menschen.

Stellen Sie sich einmal vor, die Skandinavien-Fähren ließen ihre Beiboote zu Wasser, sperrten die Förde und die Fördeschiffahrt, damit niemand mehr durchkommen kann.

Meine Damen und Herren, es wird von Eigenwirtschaftlichkeit gesprochen. Das soll in diesem deutschen Land aber nicht bedeuten, dass sie nachhaltig auf Kosten von anderen Menschen stattfindet, die auch Wertschöpfung betreiben, nämlich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der zahlreichen Sylter Un-

(Dr. Andreas Tietze)

ternehmen. Manche Unternehmen finden auf der Insel kaum noch Fachkräfte, weil sie so einen Hals haben. Immer weniger Menschen sind bereit, die täglichen Belastungen im Alltagsverkehr in Kauf zu nehmen.

Meine Damen und Herren, 1984 änderte der Deutsche Bundestag Artikel 87 e Grundgesetz für mehr Schienenverkehr, für eine bessere Qualität, für diskriminierungsfreien Netzzugang und für die Entlastung öffentlicher Haushalte. Eine EU-Verordnung 1370/2007 sicherte das öffentliche Interesse an öffentlichen Verkehren unter anderem durch die Gewährung ausschließlicher Rechte. Darin steht unter anderem: Niemand darf Nahverkehr fahren, auch wenn er damit Gewinn machen möchte. - Warum hat man das denn gemacht? Weil man genau wusste, dass es schützenswerte Verkehre gibt. Genau die schützen wir auf den 39 km auf Sylt nicht. Deshalb sage ich ganz klar: Wir müssen alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, damit wir diesen Unsinn beenden.

Wir alle haben eine Verantwortung auch und gerade für den Bahnverkehr in Schleswig-Holstein. Deshalb sage ich: Der Autozug ist ungeregt. Er ist das Kind eines Monopolisten. Es passt nicht mehr in die Zeit eines wettbewerblichen Europas. Er widerstrebt jeder marktwirtschaftlichen Orientierung. Er soll die Verkehrsbedürfnisse der Region abdecken - das ist der Hauptzweck. Das tut er aber nicht mehr, weil er die Monopolsituation ausnutzt.

Meine Damen und Herren, hier wird nach unserer Auffassung auch Verfassungsbruch ermöglicht. Unser Land Schleswig-Holstein wird durch diese Fernverkehrsnummer der Deutschen Bahn in seinem Recht, Nahverkehr zu betreiben, behindert. Deshalb sage ich an dieser Stelle ganz offen, wobei ich bitte, das nicht persönlich zu nehmen: Lassen Sie uns im Wirtschaftsausschuss - ich plädiere für Ausschussüberweisung - juristisch prüfen, was geht. Wir als Gesetzgeber sind in der Verantwortung. Wir haben das über Bundesratsinitiativen versucht. Wir sind in diesem Verfahren aber auch nicht schutzlos und rechtlos. Deshalb sage ich Ihnen: Wir müssen endlich Konsequenzen ziehen. Der Sylt Shuttle plus muss weg. Er kann nicht fortgesetzt werden. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Kai Vogel.

Kai Vogel [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei diesem Antrag muss man sich fragen, ob Überschrift und Antragsforderung überhaupt zusammenpassen. Eigentlich stellen Sie fast nur bekannte Sachverhalte fest und bewegen nichts. Der Antrag liest sich wie ein Koalitionsantrag zu einem Thema, bei dem man von den Positionen der einzelnen Partner her sehr weit auseinander lag und sich am Ende nur auf diesen Prosatext hat einigen können.

Es ist wirklich nur das Formulieren von bekannten Dingen mit vielen netten Worten. Es wird wiederholt, dass wir wissen, dass die Betriebssituation zwischen Niebüll und Westerland verbessert werden muss. Es wird wiederholt, dass wir wissen, dass Verspätungen auf der Marschbahn auch andere Strecken beeinflussen. Es wird wiederholt, dass wir wissen, dass Sylt mit der Bahn erreicht werden kann. Es wird wiederholt - Andreas Tietze hat es eben noch einmal ganz ausführlich dargestellt -, dass wir wissen, dass der Sylt Shuttle plus wahrlich überflüssig ist.

Seien Sie doch bitte ehrlich: Der erste Teil des Antrags gilt allein dem Schaffen von Quantität. Inhaltlich ist für mich nicht im Ansatz irgendein neuer Erkenntnisgewinn vorhanden. Sie wollen auf das Kernproblem hinweisen: Wir haben auf der Marschbahn ein massives Problem, weil viel zu viele Züge nach Sylt unterwegs sind und die gesetzlich vorgeschriebene Vergabe der Trassen dazu geführt hat, dass der Fahrplan nur theoretisch gefahren werden kann und es praktisch eigentlich an jedem Tag hakt.

Ich kann mich noch genau daran erinnern - Andreas, werter Kollege Dr. Tietze, Du wirst Dich auch noch daran erinnern -, als wir hier im Gebäude mit Vertretern von RDC, der DB und NAH.SH gesessen haben, die uns dargelegt haben, wie das alles funktioniert. Ja, es funktionierte, aber man wusste: In dem Moment, wenn ein einziges Fahrzeug nicht ganz so fix auf den oder von dem Waggon kommt, hakt das ganze System, und alles kommt am Ende ins Rutschen. Genauso, wie wir es damals befürchtet haben, hat es sich realisiert. Alle haben sich das lächelnd angehört, wussten aber ganz genau um das Problem.

Es muss viel zu viel auf den übervollen Gleisen in Westerland rangiert werden. Sie haben das ebenso beschrieben, Herr Kollege, und die Verspätungen schlagen im Extremfall gleich bis nach Hamburg durch - das ist ja das Problem, dass man es nicht

(Kai Vogel)

auf Westerland oder bis Niebüll beschränken kann, sondern es sich auf die weiteren Streckenverbindungen durchschlägt.

Zudem hat RDC zu geringe Ladekapazitäten, weil sie nur mit einstöckigen Waggons unterwegs sind. Doppelstockwaggons für Autos sind auf dem Markt nach meiner Kenntnis definitiv nicht einmal im Ansatz irgendwo verfügbar. Teilweise sind auch die jetzigen Waggons so, dass sie nicht benutzt werden können, weil sie noch repariert werden müssen. Beides sind Probleme, bei denen die Politik leider nur zuschauen kann, es sei denn, wir investieren in die Produktion von Eisenbahnwaggons. Ich glaube, dass wir uns dem hier nicht zwingend annehmen sollten.

(Zuruf Lukas Kilian [CDU])

- Ich freue mich schon auf Ihren Beitrag, Herr Kollege Kilian.

(Lukas Kilian [CDU]: Sie haben ja lustige Investitionsgedanken!)

Die Grünen träumen schon seit Jahren davon, diese Strecke in eine Nahverkehrsstrecke umzuwidmen. Auch wir haben in der letzten Legislaturperiode so manche Gespräche geführt. Den Traum finde ich ebenfalls schön. Ich habe aber bis jetzt von niemandem gehört, dass dies ernsthaft juristisch Bestand haben könnte.

(Wortmeldung Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Herr Präsident, ich lasse die Frage gern zu.

Präsident Klaus Schlie:

Das ist gut, Herr Abgeordneter, dann brauche ich Sie nicht zu fragen, ob Sie sie zulassen wollen.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielen Dank, dass Sie darauf hinweisen. Wir haben bereits mehrfach darüber gesprochen. In der Legal-Definition, was Nahverkehr ist, gibt es im Allgemeinen Eisenbahngesetz eine Definition, nämlich: weniger als eine Stunde Fahrzeit, weniger als 100 km Strecke. Würden Sie mir zustimmen, dass all diese Definitionen nur deswegen nicht greifen, weil nicht berücksichtigt wird, dass in diesen Autozügen auch Menschen in ihren Autos sitzen? Die Bahn nutzt eine Definition aus, die wir nicht geregelt haben. Nur so ist dieser Sonderfall überhaupt möglich.

Kai Vogel [SPD]:

Ja, dem habe ich aber auch gar nicht widersprochen.

(Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, aber Sie sind doch mit im Gesetzgebungsverfahren drin. Würden Sie mir bitte noch einmal erläutern - -)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, Sie können hier keinen Dialog führen. Wenn Sie eine weitere Frage stellen wollen, müssen Sie sich melden.

(Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielen Dank, Herr Präsident. Ich entschuldige mich. Meine Frage war - -)

Wir haben noch gar nicht geklärt, ob Sie eine Frage stellen dürfen. Sie wollen also eine weitere Frage stellen?

(Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich würde gern eine weitere Frage stellen!)

Immer schön der Reihe nach. Herr Vogel?

Kai Vogel [SPD]:

Ich lasse die Frage zu.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wären Sie noch einmal so freundlich, mir zu erläutern, an welche gesetzlichen Änderungen Sie denken, um den Autozug zum Nahverkehr zu erklären? Wir haben da ja schon gesetzliche Initiativen auf den Weg gebracht.

- Mein Petition geht im Augenblick gar nicht dahin zu gucken, welche gesetzlichen Möglichkeiten bestehen, sondern zu schauen, ob der Antrag, den Sie formuliert haben, Sinn macht. Da bin ich mir im Augenblick nicht so richtig sicher, ob er in dieser Form Sinn ergibt. Wenn Sie im Weiteren meinem Text folgen, werden Sie feststellen, dass das, was wir 2012 bis 2014 miteinander ausgetauscht haben, nach meinem Verständnis weiterhin Bestand hat.

Insofern ist mein Streben im Moment gar nicht, zu gucken, welche juristischen Möglichkeiten ich da auf den Weg bringen muss. Am Ende geht es natürlich um die Trassenvergabe. Wenn wir die Möglichkeit haben, dass alle gleichrangig betrachtet werden, ist die Trassenvergabe wahrscheinlich für Schleswig-Holstein stimmiger. Da gebe ich Ihnen

(Kai Vogel)

recht. So unsinnige Züge wie der Sylt Shuttle plus würden in dem Moment nicht mehr bestehen.

Ich gehe durchaus konform mit Ihnen. Ich verstehe im Moment gar nicht, wo Sie einen Konflikt sehen, den ich noch nicht einmal in meiner Rede aufgemacht habe.

(Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich habe nach Ihrer Lösung gesucht!)

Präsident Klaus Schlie:

Sie haben nicht das Wort, Herr Abgeordneter Dr. Tietze. Versuchen Sie bitte einfach, sich an die Ordnung zu halten. Das kriegen wir hin!

Herr Abgeordneter Vogel, Sie haben jetzt die Möglichkeit, weiter Ihren Text vorzutragen.

Kai Vogel [SPD]:

Ich danke Ihnen, Herr Präsident. - Alle Experten, die ich auf diese Frage angesprochen habe, ob es juristisch überhaupt möglich wäre, antworten mir nur, dass es in hohem Maße eine Entscheidung des DB-Konzerns sei. Dieser Konzern habe kein großes Interesse daran, aus dieser Strecke eine Nahverkehrsstrecke zu machen, weil er augenblicklich richtig viel Geld an dieser Strecke verdient. Das Interesse der DB, diese Strecke an das Land abzugeben, ist daher überschaubar.

Des Weiteren wurde mir immer ein Worst-Case-Szenario beschrieben: Was passiert eigentlich in dem Moment, wenn es so sein sollte und man eine Nahverkehrsstrecke daraus macht? Wir unterhalten uns dann nicht mehr nur über den Sylt Shuttle plus, sondern am Ende auch über die Autozüge. Was passiert, wenn der DB-Konzern nicht in ein weiteres Ausschreibungsverfahren geht? - Dann haben wir auf einmal die Situation, dass wir gegebenenfalls nicht die Verladestationen nutzen können. Andreas, Du weißt auch, dass wir das schon einmal besprochen haben. Diese Verladestationen sind Eigentum der Deutschen Bahn. Des Weiteren besteht auch die Möglichkeit, dass die DB sagt: Die Waggons, die ich nicht mehr brauche, stelle ich dem nachfolgenden Unternehmen auch nicht zur Verfügung. Auch dann haben wir ein riesengroßes Problem.

Dafür gibt es im Moment noch keinen Lösungsansatz. Ich gebe zu, es ist etwas hingespinnen: wenn, wenn, wenn, wenn, wenn! Aber wenn ich das alles betrachte, muss ich zugeben: Eine Lösung habe ich dafür nicht im Ansatz gehört. Ich muss aber auch überlegen: Schiebe ich etwas an, was löse ich damit

gegebenenfalls aus? - Da bin ich mir nicht sicher, ob das so richtig klug ist.

Sie haben ja bereits angeregt, dass es Sinn macht, das noch einmal im Wirtschaftsausschuss zu vertiefen. Dem können wir uns gern anschließen. Ich habe nicht so ganz verstanden, warum eigentlich nicht die Möglichkeit genutzt wurde, im Ministerium juristisch prüfen zu lassen, ob dieses möglich ist. Normalerweise wären das Dinge gewesen, bei denen ich in meinem Verhältnis, das ich früher zu den Ministern pflegte - und auch im jetzigen Verhältnis, wenn wir auch mitunter hier und da Scharmützel austragen -, gebeten hätte, so etwas einmal juristisch im Ministerium prüfen zu lassen. Dafür hätten wir nicht einen Antrag behandeln und auf diese Art und Weise zur Freude aller anderen uns 35 Minuten damit beschäftigen müssen. Sei es drum: Wir stimmen der Überweisung des Antrages natürlich gern zu. - Vielen Dank.

(Beifall SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Kay Richert.

Kay Richert [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Schon häufig haben wir uns über Mobilität unterhalten. Mobilität ist ein großes Thema, weil es ein Ausdruck persönlicher Freiheit ist. Es ist ein Grundbedürfnis unserer modernen Gesellschaft. Keiner von uns kann sich so richtig vorstellen, nicht mehr zu reisen oder andere Städte besuchen zu können. Das gehört zu unserem Lebensgefühl.

Auch wenn sich die Art der Fortbewegung vor allem im Ballungsraum verändert hat: Der Wunsch nach Reisen ist nach wie vor stark. Viele Menschen arbeiten nicht mehr in ihrem direkten Wohnumfeld, sondern pendeln oft über beachtliche Entfernungen. Das ist auch in diesem Fall so. Diese Fahrten - in den Urlaub, zum Shoppen oder einfach nur, um Freunde und Verwandte zu besuchen - so sicher und komfortabel wie möglich zu machen und gleichzeitig die negativen Effekte auf die gesunde Umwelt so klein wie möglich zu halten, ist ein zentrales Ziel dieser Jamaika-Koalition.

Für uns von der FDP ist dabei die Bahn ein wichtiges Verkehrsmittel, denn je voller die Straßen werden, desto mehr wird das Pendeln mit der Bahn zur attraktiven Alternative. Wir von Jamaika tun viel dafür, die Bahn attraktiv zu machen, denn wir drän-

(Kay Richert)

gen zum Beispiel auf den Ausbau von Bahnstrecken. Das betrifft auch genau diesen Abschnitt. Wir gehen da auch schon einmal planerisch in Vorleistung - das betrifft auch diesen Abschnitt. Wir kümmern uns um die Erhöhung von Kapazitäten und klemmen uns dahinter, dass die Bahn pünktlicher und zuverlässiger wird. Wir sind beständig dabei zu prüfen, ob das Angebot für die Menschen in unserem Bundesland noch besser werden kann.

Eine zweifellos besondere Position in unserer Schienenlandschaft nimmt dabei die Marschbahn ein. Sie ist in erster Linie bekannt geworden durch Verspätungen oder ganze Zugausfälle, Probleme mit Kupplungen, Verständigungsprobleme der Bord-IT, Motorenausfälle, Rollkur, Langsamfahrabschnitte und so weiter. Es gibt aber noch eine Besonderheit: Der Abschnitt Niebüll-Westerland ist einer der profitabelsten Abschnitte in der deutschen Schienenlandschaft, denn hier verkehren die Autozüge nach Sylt. Lange Zeit gab es hier nur einen Anbieter, der es sich gern so profitabel erhalten hätte. Mittlerweile gibt es aber auf diesem Abschnitt Konkurrenz durch andere Eisenbahnverkehrsunternehmen, die auch gern ein Stück vom Kuchen abhaben wollen. Da hat der bisherige Anbieter jetzt zu einem Trick gegriffen.

Es gilt nämlich der Grundsatz, dass bei vollen Trassen im Personennahverkehr Personenfernverkehr Vorrang vor Personennahverkehr hat und dass eigenwirtschaftliche Angebote Vorrang vor gemeinwirtschaftlichen Angeboten haben. Also hat die Deutsche Bahn Züge eingesetzt, die sie als Fernzüge bezeichnet und eigenwirtschaftlich betreibt, um die Gleise - das muss man einmal ganz deutlich so sagen - für die Konkurrenz zuzumachen.

Also hat die Deutsche Bahn Züge eingesetzt, die sie als Fernzüge bezeichnet und die sie eigenwirtschaftlich betreibt, um die Gleise für die Konkurrenz zuzumachen. Herr Kollege Vogel, da sehe ich tatsächlich ein Problem, und ich halte die Redezeit von 35 Minuten für diesen Tagesordnungspunkt für durchaus angemessen.

Erfüllen diese Züge überhaupt die Kriterien? Ein Fernzug ist ein Zug - Sie haben die Legaldefinition angesprochen -, der eine Reiseweite von mehr als 50 km hat und eine Reisezeit von über einer Stunde. Ist das hier so? Ich denke eher nein, aber das werden wir ja noch näher betrachten. Wir wollen die Betriebssituation vor Ort verbessern, und dazu müssen der Autozugverkehr und der Personennahverkehr harmonisiert werden, damit sie beide auf die Schiene raufpassen.

(Beifall FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Möglicherweise können wir das am besten, wenn wir über den landesweiten Nahverkehrsplan direkten Einfluss auf die Trassenvergabe nehmen. Vielleicht geht es aber auch anders. Der Weg ist mir auch gar nicht so wichtig, Hauptsache, wir erreichen unser Ziel, dass wir die Angebote verbessern.

(Beifall FDP und Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Mir als Liberalem fällt es nicht leicht, über eine Einstufung als Personennahverkehr zu sprechen. Worüber sprechen wir denn da? Wir sprechen de facto über die Abkehr vom eigenwirtschaftlichen hin zum gemeinwirtschaftlichen Verkehr auf diesem Streckenabschnitt. Subsidiarität ist für uns ein hohes Gut. Unser oberstes Ziel ist es allerdings, für die Menschen in diesem Land die bestmögliche Mobilität zu gewährleisten. Dieses Ziel hat für uns oberste Priorität.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sehr geehrte Damen und Herren, Mobilität ist persönliche Freiheit, und wir alle wollen den Menschen den Traum von der Mobilität erhalten, dabei die Umweltbeeinträchtigungen so gering wie möglich halten und den Bahnverkehr für Bürgerinnen und Bürger so sicher und komfortabel wie möglich machen. Wir wollen den Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteinern attraktive und sichere Mobilität ermöglichen. Dazu werden wir jeden gangbaren Weg prüfen. Das machen wir auch gern im Ausschuss; auch ich beantrage Ausschussüberweisung. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Lukas Kilian das Wort.

Lukas Kilian [CDU]:

Sehr geehrter Landtagspräsident! Meine Damen und Herren! Ich freue mich, dass wir heute auch eine etwas ruhigere verkehrspolitische Debatte führen. Ich bin erstaunt, dass der Vertreter der SPD-Fraktion diesen Antrag ein wenig infrage stellt. Inhalt des Antrags ist ja nicht nur, dass wir eine juristische Überprüfung anstellen, sondern auch, dass wir die Landesregierung bitten zu hinterfragen, wie wir Autozugverkehr und Personennahverkehr har-

(Lukas Kilian)

monisieren können. Es geht zum einen um eine juristische Prüfung und zum anderen um eine tatsächliche Prüfung, wie man eine Harmonisierung zwischen Nahverkehr und Autozugverkehr hinbekommen kann.

Ich kann mich im Wesentlichen den Vorrednern anschließen: Die Deutsche Bahn hat es durch einen Taschenspielertrick geschafft, mit dem Sylt Shuttle plus den Autozugverkehr rechtlich anders bewerten zu lassen. Das muss man einmal hinterfragen. Gerade in Zeiten des Klimawandels, in denen wir darüber sprechen, wie wir Emissionen an jeder Ecke einsparen können, in denen wir über Dieselfahrverbote sprechen und in denen wir versuchen, eine Vielzahl von Maßnahmen zu ergreifen, um CO₂-Ausstoß zu vermeiden, und unsere Bahnstrecken elektrifizieren, täglich mehrfach einen Zug fahren zu lassen, in dem maximal zwei Personen sitzen

(Lars Harms [SSW]: Der Lokführer und der Schaffner!)

- im Durchschnitt sitzen zwei Fahrgäste in dem Zug -, ist an Absurdität nicht zu überbieten. Da muss man der Deutschen Bahn sagen: Vorsicht an der Bahnsteigkante! Wir prüfen das, wir schauen uns jetzt an, ob es sinnvoll ist, was dort passiert.

Wenn man sich den Sylt Shuttle plus im Internet einmal genauer anguckt, sieht man, dass die Bahn selbst mit leeren Zügen wirbt. Der NDR hat in einem Extra-3-Beitrag sehr schön dargestellt, wie sich die Thematik aufgliedert. Deswegen steht es uns gut an, dieses Thema hier zu diskutieren, den Finger in die Wunde zu legen und zu fragen: Braucht es den Sylt Shuttle plus in der Form, gibt es andere Möglichkeiten, den Autozugverkehr mit dem Personennahverkehr zu harmonisieren? Auch eine rechtliche Überprüfung ist da sicher angebracht. Wir werden sehen, was dabei herauskommt.

Das ist nicht eine Entscheidung, die der Landtag mit einem Fingerschnipp treffen kann. Deswegen finde ich es gut, dass wir das im Wirtschafts- und Verkehrsausschuss diskutieren werden. Wir brauchen da eine breite Beteiligung, wir brauchen aber auch Akzeptanz in der Region. Akzeptanz für einen Zug, der ohne Fahrgäste durchs Land geistert, einen Geisterzug, gibt es nicht. Die kann man nicht erwarten, und die können wir auch nicht herstellen, indem wir so tun, als ob es das Richtige wäre, was in unserem Land passiert. Im Gegenteil, wir haben die Verantwortung, darauf zu schauen. Wenn mit Tricks am Markt agiert wird, müssen wir als Ge-

setzgeber und als Verantwortliche für unsere Bürger schauen, wie wir dagegen vorgehen können.

Deswegen haben wir den Antrag gestellt. Der Antrag beinhaltet deutlich mehr als eine rechtliche Überprüfung. Die Probleme auf der Strecke bestehen weiter, und die Probleme sollten im Landtag regelmäßig thematisiert werden, damit die Menschen in der Region wissen, dass wir sie nicht im Stich lassen, sondern uns aktiv darum bemühen, in jedwede Richtung zu denken, um die Probleme auf der Marschbahn und bei der Anbindung der Insel Sylt zu beheben. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Volker Schnurrbusch das Wort.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Wieder einmal beschäftigt sich dieses Parlament mit dem Zugverkehr nach Sylt - ein Thema, das leider auch mit dem vorliegenden Antrag nicht aus der öffentlichen Diskussion verschwinden wird. Gerade in jüngster Zeit sind auf der Marschbahn wieder Zugausfälle und weitere Ärgernisse, zum Beispiel defekte Klimaanlage, zu beklagen. Es ist völlig inakzeptabel, dass der DB-Vorstand dies damit zu entschuldigen versucht, dass es draußen gerade so heiß ist.

Die Investitionsmaßnahmen der Deutschen Bahn auf der Marschbahnstrecke nach Sylt mit einer geplanten Grundsanierung bis zum Jahr 2022 ändern nichts daran, dass der laufende Bahnbetrieb auf dieser wichtigen Strecke nach wie vor gravierende Mängel aufweist. Die Ausrede des Bahnvorstands, wonach sich der Zugverkehr von und nach Sylt angeblich stabilisiert habe, können uns kaum beruhigen.

Der von den regierungstragenden Fraktionen vorgelegte Antrag ist zwar von der Feststellung her zutreffend, bringt aber in der Sache nichts Neues; Herr Vogel hat darauf schon hingewiesen.

(Unruhe)

Natürlich muss die Betriebssituation auf der Strecke Niebüll-Westerland grundlegend verbessert werden, da sie die Zuverlässigkeit des Schienenverkehrs auf der gesamten Marschbahn beeinflusst. Wer will ernsthaft bestreiten, dass eine qualitativ

(Volker Schnurrbusch)

hochwertige Schienenanbindung für Sylt essenziell ist?

Das alles sind Selbstverständlichkeiten. Es schadet nichts, wenn wir es heute noch einmal betonen, in trauter Eintracht, aber konkret nützt es niemandem.

Die Kritik am Sylt Shuttle plus ist berechtigt. Seit seinem Start im Jahr 2015 sorgt dieser Geisterzug für heftige Ablehnung - aus gutem Grund. Das Fahrgastaufkommen ist niedrig, durch das An- und Abkoppeln an den Autozug dauern die Fahrten unverhältnismäßig lange, und die Fahrkarten des Schleswig-Holstein-Tarifs haben keine Gültigkeit. Dadurch liegen die Preise meistens sogar über dem Tarif der Regionalbahn. Oft wurde deshalb bereits der Vorwurf erhoben, die Bahn habe mit dem Sylt Shuttle plus lediglich versucht, einen Konkurrenten zu blockieren. Kritik an dieser Strategie ist daher durchaus berechtigt.

Herr Kollege Dr. Tietze, gegen Gewinnstreben per se ist nichts einzuwenden, sofern der erwirtschaftete Gewinn für Innovationen wieder in den Betrieb gesteckt wird. Das ist sinnvoll. Davon ist beim Zustand der Fahrzeuge der DB aber nicht viel zu merken.

Was nicht geht, ist, dass die Bahn ihre Monopolstellung auf dieser Strecke zum Nachteil der Kunden ausnutzt. Der Zustand, den wir jetzt vorfinden, ist unbefriedigend. Deswegen sollten wir im Wirtschaftsausschuss nach Lösungen suchen, auch rechtlicher Art. Wir unterstützen den Antrag und wünschen uns, dass die Nennung der Insel Sylt demnächst wieder positive Assoziationen auslöst, auch in diesem Haus. - Danke.

(Beifall AfD)

Präsident Klaus Schlie:

Für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Marschbahn hat es in den letzten Jahren immer wieder geschafft, im negativen Sinne für Aufsehen zu sorgen. Die Probleme sind hinlänglich bekannt und erschöpfend diskutiert. Die Leidtragenden dieser Misere waren und sind insbesondere die Pendler. Mittlerweile hat die DB Netz bekannt gegeben, dass sie in die Infrastruktur auf der Strecke insgesamt 160 Millionen € investieren will, und natürlich haben auch wir diese Maßnahme begrüßt.

Dabei möchte ich aber deutlich sagen, dass eine solche Investition mittlerweile dringend notwendig ist. Die Marschbahn ist den Anforderungen der heutigen Zeit nicht mehr gewachsen. Dies gilt so auch für den Abschnitt des Autozugverkehrs nach Sylt. Auch hier haben wir es mit erheblichen Problemen zu tun. Die Verkehrsbelastung und die stetig gewachsene Zahl an Fahrzeugen bringen die bisherigen Kapazitäten an ihre Grenzen.

Der Autozug ist ein einträgliches Geschäft. Umgerechnet auf die Kilometer dort dürfte es möglicherweise das ertragreichste Geschäft der Bahn in der gesamten Republik sein. Genaue Zahlen liegen uns nicht vor, aber wir reden hier über Einnahmen im höheren zweistelligen Millionenbereich. Das heißt, die Bahn hat dort über Jahre hinweg sehr gutes Geld verdient. Dagegen ist nichts einzuwenden, aber sie hat auch über Jahre nichts getan, um die Strecke wirklich zu ertüchtigen.

Dass eine solch rentable Strecke für Begehrlichkeiten sorgt, hat dazu geführt, dass es mittlerweile einen zweiten Anbieter auf der Strecke gibt. Wir erinnern uns an den holprigen Beginn, als RDC dazu kam. Die von allen erwarteten Preissenkungen sind leider nicht so eingetroffen, wie man es erwartet hat. Ich kann mich noch gut daran erinnern, wie wir hier diskutiert haben. Das sollte alles supergünstig werden, und die Konkurrenz sollte das Geschäft beleben. Im Nachhinein ist das klar, wenn man weiß, dass man nur auf dieser Strecke fahren kann und anders nicht auf die Insel kommt, außer vielleicht mit der Fähre von Røm aus. Man kann sich denken, dass die Bahn mit diesem Oligopol ganz gut arbeiten kann. Auch für zwei ist die Strecke immer noch eine Goldgrube.

Mittlerweile hat die Bahn ihr Angebot ausgeweitet und zusätzlich den sogenannten Sylt Shuttle plus auf die Strecke gesetzt. Die Sinnhaftigkeit dieses Shuttles ist in meinen Augen äußerst fragwürdig. Es wurde schon gesagt, in der Region wird dieser Shuttle der Geisterzug genannt, denn Fahrgäste verirren sich kaum in diesen Zug. Hier hat die Bahn sich eines Kniffs bedient, um Konkurrenten von der eigentlichen Autozugstrecke fernzuhalten. Das ist der eigentliche Sinn dieses Konstrukts, nichts anderes. Ich glaube nicht, dass wir die Zuschläge für Strecken so vergeben sollten, dass die einen die anderen, die Konkurrenten sind, einfach so von der Strecke fernhalten können.

Mit diesem Sylt Shuttle plus ist definitiv keine Verbesserung eingetreten. Im Gegenteil, er erschwert den Betriebsfluss auf der Strecke. Der Kollege Tietze hat es schon gesagt: 600-m-lange Züge müssen

(Lars Harms)

hin und her rangiert werden. Das ist nicht einfach, wenn noch einer mehr dort „herumtigert“. Unter der Rubrik „realer Irrsinn“ hat es der Sylt Shuttle plus deshalb bereits in das Satire-Magazin extra 3 vom NDR geschafft. Das ist gewiss keine glorreiche Auszeichnung für den Autozugverkehr der Bahn.

Unter dem Strich stellen wir fest, dass hier etwas geschehen muss. All das Hackehüh, das wir bisher miterleben durften und das letztendlich auf Kosten der Pendler und der Autozugreisenden geht, muss endlich aufhören. Wir reden nicht nur vom Autozugverkehr, der beeinträchtigt wird. Die Probleme breiten sich aus wie Ringe im Wasser und beeinträchtigen damit auch die Schienenverkehre auf anderen Strecken in Schleswig-Holstein.

Daher unterstützen wir den Prüfauftrag der Koalition, wie es aus Sicht der Landesregierung gelingen kann, den Autozugverkehr mit dem Personennahverkehr in Einklang zu bringen. Darauf muss es ankommen, meine Damen und Herren. Hierbei ist aus unserer Sicht insbesondere die rechtliche Bewertung der Landesregierung in Bezug auf den § 2 Absatz 12 des Allgemeinen Eisenbahngesetzes zu beurteilen.

Wir können politisch hier im Landeshaus feststellen, dass nach unserer Auffassung der Autozug aufgrund der Reisezeit und der Reiseweite als Nahverkehr einzustufen ist. Ob das jedoch in einem juristischen Verfahren auch so gesehen wird, sei dahingestellt. Aber ich halte die juristische Einschätzung dieser Frage für richtig und wichtig, denn wir können davon ausgehen, dass die Deutsche Bahn dieses Filetstück nicht einfach aus der Hand geben wird, wenn das Streckennetz West 2025 wieder ausgeschrieben werden soll.

Deshalb macht eine Klarstellung unserer hoffentlich gemeinsamen juristischen Einschätzung durchaus noch einmal Sinn. Bei Rechtsgutachten ist es ja nicht nur so, dass man sagt: Bitte prüft das einmal! Vor allen Dingen sollte man bei der Prüfung so vorgehen, dass man sagt: Bitte prüft es so, dass es uns ermöglicht wird, diese Strecke auch ausschreiben zu können, wobei dann möglicherweise auch juristische Ratschläge über diesen Paragraphen hinaus nötig sein werden. Ich glaube, wenn wir die bekommen, dann können wir gemeinsam handeln, denn es muss unser gemeinsames Interesse sein, auf dieser Bahnstrecke wieder vernünftige Verhältnisse herzustellen. - Vielen Dank.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Landesregierung hat der Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus, Dr. Bernd Buchholz.

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Situation auf der Marschbahn hat uns hier in der Tat mehrfach beschäftigt. Sie ist nach wie vor unbefriedigend für die Pendlerinnen und Pendler. Aber auch für viele Gäste, die als Touristen zu uns ins Land kommen, ist sie eine Zumutung, auch wenn wir schon einiges erreicht haben. Die Ursachen für die schlechte Situation auf der Strecke sind aber sehr vielfältig.

Zum einen ist da die marode Infrastruktur, die über Jahre hinweg liegengelassen worden ist. Sie haben zu Recht gesagt, 160 Millionen € werden jetzt investiert. Diese Maßnahme ist auf unseren Druck hin in den letzten zwei Jahren vorgezogen und zusammengefasst worden. Dies führt jetzt natürlich auch dazu, dass die Baustellensituation erst einmal wieder überwunden werden muss. Das führt wiederum zu Belastungen der Pendler.

Gerade heute nehme ich zur Kenntnis, dass ein großer Arbeitgeber auf der Insel Sylt sagt: Ich schließe mein Geschäft im Interesse meiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine Stunde früher, damit sie in den nächsten Wochen wegen der Bauarbeiten mit dem frühen Zug noch aufs Festland kommen. Auch die Unternehmerinnen und Unternehmer sind bereit, im Interesse ihrer Mitarbeiter hier mitzuwirken. Ich finde es gut, dass sie das tun, aber das ist eine Einschränkung, die wir eigentlich nicht zulassen sollten.

Weiter haben wir es damit zu tun, dass die DB Regio auf der Strecke immer noch nicht alles in den Griff bekommt, was man in den Griff bekommen müsste. Auch heute gab es ein klassisches Beispiel dafür. Wir sind den ganzen Tag über statt mit acht Waggons nur mit vier Waggons und statt mit sechs Waggons nur mit drei Waggons unterwegs. Das Wagenmaterial wird nicht zur Verfügung gestellt. Das hat nichts mit Verstopfung oder Ähnlichem zu tun.

Wir haben als weitere Ursache den Personalmangel bei Lokführern. Auch das ist ein DB-Regio-Problem. Parallel dazu haben wir in den letzten Jahren dafür gesorgt, dass die Bahnsteige verlängert worden sind, sodass man sie eigentlich mit 12 Waggons anfahren kann. Wir stellen jetzt aber fest, dass diese

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

12 Waggons im Normalbetrieb ganz oft nicht gestellt werden können und dass es deshalb Ausfälle gibt. All dies führt zu dieser wirklich schwierigen Situation - die Ursachen sind vielfältig.

Eine der Ursachen ist aber auch, dass an den Autzug ein oder zwei „freundliche“ Waggons angehängt werden. Das wird Shuttle plus genannt. Es ist bereits mehrfach gesagt worden: Das ist ein Geisterzug, in dem niemand sitzt, bis auf die Ausnahme, wenn tatsächlich ein anderer Zug ausfällt und die Pendler diesen Zug nutzen können. Auch das soll es einmal gegeben haben. In Wahrheit aber sorgt dieser Zug im Wesentlichen dafür, dass Rangierarbeiten stattfinden und dass die Strecke zusätzlich verstopft wird. Das ist ein Unsinn.

Es ist richtig und gut, darüber nachzudenken, ob man dies tatsächlich zulassen muss. Es ist hier ganz richtig beschrieben worden: DB Sylt Shuttle hat einen Trick benutzt, um einem Konkurrenten eine weitere Trasse zu nehmen, und zwar schlicht und ergreifend durch die Ankopplung dieser beiden Waggons. Die Verlängerung der damit zu fahrenden Strecke hat man übrigens ausgenutzt. Man ist nicht in den Fernverkehr gerutscht, sondern man hat dadurch höhere Trassenentgelte erzeugt. Eine längere Strecke mit dem Zug, auf der der Zug über Niebüll hinausfährt, führt zu höheren Trassenentgelten. Das führt bei der Vergabe nach dem eigenwirtschaftlichen System dazu, dass die DB Netz und damit die Bundesnetzagentur zu beachten hat: Wer die höheren Trassenentgelte bezahlt, muss mehr Zuschläge bekommen. So bekam RDC nicht mehr zwei Trassen zugewiesen, sondern nur eine. Die DB Sylt Shuttle AG erhielt drei. Andersherum wäre das wahrscheinlich 2:2 ausgegangen.

Meine Damen und Herren, diese Situation sollte uns in der Tat dazu veranlassen, als Erstes einmal zu gucken, ob diese Form von Umgehung, ein stückweit ein Missbrauch einer eigentlich gedachten gesetzlichen Regelung, nicht unterbunden werden kann. In der Tat ist dies 2016 schon einmal versucht worden. Ich finde, es ist den Schweiß der Edlen wert, darüber auch unter rechtlichen Gesichtspunkten noch einmal nachzudenken, weil das einfach der Strecke nutzen kann.

(Beifall FDP, SSW, vereinzelt CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In der Frage, ob das gleich dazu führen muss, dass die komplette Integration der Strecke in den Nahverkehr ein Ziel sein kann und muss, bin ich bei dem Kollegen Vogel. Ich warne aber davor, zu glauben, dass wir an dieser Stelle rasend erfolgreich

sein werden. Aber wir werden das rechtlich prüfen müssen. Ich will es eingestehen: Es gibt natürlich Interessen auf der anderen Seite, die es nicht einfach machen, tatsächlich dahin zu kommen.

Meine Damen und Herren, auch das muss man sagen: Wenn man dann nachher sechs Züge auf dieser Strecke - und im Fernverkehr vielleicht noch weitere Züge - fahren lassen will, dann würden auch wir, wenn wir die Strecken vergeben, dafür sorgen müssen, dass die touristische Destination Sylt auch tatsächlich so oft wie möglich und mit vielen Autozügen bedient werden kann, und zwar mit so viel Nahverkehr wie notwendig und möglich. Das ändert sich ja nicht. Das heißt im Ergebnis: Wir prüfen das gern und sollten uns im Ausschuss darüber unterhalten.

Eine echte Befriedung der Situation wird aber nur dann möglich sein, wenn wir den komplett zweigleisigen Ausbau der Strecke hinbekommen. Deshalb geht nochmals mein Appell an den Bund, den Planungsauftrag loszutreten; wir planen an dieser Stelle ja vor. Ich appelliere aber auch an die Sylterinnen und Sylter, im Zuge der Herstellung der Zweigleisigkeit der gesamten Strecke zwischen Westerland und Niebüll darüber nachzudenken, ob die Situation auf Sylt tatsächlich so bleiben kann, wie sie ist. In einer Machbarkeitsstudie sollte erörtert werden, ob die Autoverladestation nicht doch verlagert werden müsste. Das wäre aus meiner Sicht auch von den Sylterinnen und Syltern selbst zu unterstützen. Sonst kämen wir in die Situation, dass wir trotz jahrelanger Planfeststellungsverfahren das Problem der Eingleisigkeit nicht vollständig gelöst hätten; denn nur die Strecke Niebüll-Klanxbüll wäre ausgebaut.

Alle Beteiligten sollten neu denken und gegebenenfalls Althergebrachtes ausblenden. Wenn alle sich für eine gute Lösung der problematischen Situation einsetzen, dann kommen wir tatsächlich ein gutes Stück weiter. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU und vereinzelt SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 19/1536 dem Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich sehe, das ist einstimmig so beschlossen. Vielen Dank.

(Präsident Klaus Schlie)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 24 und 32 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Tierwohllabel und Nutztierstrategie jetzt umsetzen!

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/1616

b) Tierexporte in tierschutzrechtlich problematische Staaten stoppen

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/1291

Tiertransporte begrenzen und Tierschutzstandards durchsetzen

Alternativantrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/1332

Bericht und Beschlussempfehlung des Umwelt- und Agrarausschusses
Drucksache 19/1530

Ich sehe, das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht.

Für die Berichterstattung zu b) erteile ich zunächst dem Herrn Berichterstatter des Umwelt- und Agrarausschusses, dem Abgeordneten Oliver Kumbartzky, das Wort.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Herr Präsident, ich verweise auf die Vorlage.

(Beifall FDP, Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dr. Frank Brodehl [AfD])

Präsident Klaus Schlie:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter für die umfangreiche Berichterstattung.

(Heiterkeit)

Wortmeldungen zum Bericht sehe ich nicht.

Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Kirsten Eickhoff-Weber.

Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Laut dem Anfang August 2019 vorgelegten Sonderbericht des Weltklimarats ist die Landwirtschaft für 23 % der Treibhausgasemissionen verantwortlich.

Das sind alarmierende Zahlen. Die apokalyptischen Waldbrände in Brasilien, diese verheerende Brandrodung, ist an sich schon eine Katastrophe; aber sie dient auch dazu, noch mehr Flächen für Rinderherden und genmanipuliertes Soja, das dann als billiges Tierfutter in den Trögen unserer Landwirtschaft landet, zu schaffen. Ein Ausstieg daraus kann nur gelingen, wenn wir jetzt konsequent handeln. Die Politik und damit auch die Regierungen müssen dafür im Land, im Bund und in Europa endlich die Rahmenbedingungen schaffen.

Im März 2015 hat der Wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft das Gutachten „Wege zu einer gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung“ vorgelegt. Meine Damen und Herren, dort steht alles drin!

Zielführend ist nur ein Paket aus Maßnahmen. Daher fordern wir ein staatliches Tierwohllabel. Die sich daraus ergebenden Anforderungen müssen in der nationalen Nutztierstrategie verankert werden. Die Zeit für freiwillige Vereinbarungen, wie die Bundeslandwirtschaftsministerin sie aktuell mit ihrem freiwilligen Schweinelabel plant, sind definitiv vorbei.

(Beifall SPD)

Die Niedersächsische Landesregierung hat eine Bundesratsinitiative für ein verpflichtendes Tierwohllabel beschlossen. Wir fordern, dass Schleswig-Holstein diesen klugen Antrag unterstützt. - Schade, dass der Ministerpräsident nicht da ist. Auf dem Bauerntag im vergangenen Jahr hat er sich zum Anwalt der Landwirte gemacht. Er sagte, er wolle sie verteidigen. Es wäre wunderbar, wenn der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein auch jemand wäre, der die Zukunft mitgestaltet und sich an die Seite der Niedersächsischen Landesregierung stellt, um dieses Label im Bundesrat auf den Weg zu bringen.

(Beifall SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Wir wollen eine flächengebundene Nutztierhaltung, ein Mehr an Tierwohl, eine deutliche Begrenzung der Tiertransporte und einen unmissverständlichen Herkunftsnachweis sowohl für Frischfleisch als auch für verarbeitete Lebensmittel, auch in der Gastronomie, der Kantine und der Mensa.

Wir müssen die Landwirtschaft bei der Neuausrichtung hin zu einer nachhaltigen Landwirtschaft - ökologisch verträglich, sozial gerecht, ökonomisch

(Kirsten Eickhoff-Weber)

rentabel - unterstützen. Das ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung.

(Beifall SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Die Konzentration in der Fleischindustrie, der Ernährungsindustrie und im Lebensmitteleinzelhandel hat dazu geführt, dass niedrigste Preise über alles entscheiden. Die Gesellschaft aber will eine klimaverträgliche, am Tierwohl orientierte Landwirtschaft. Viele Bauern wollen nachhaltig wirtschaften. Dafür brauchen sie auch faire Preise.

(Beifall SPD)

Also müssen sich doch Verbraucher und Landwirtschaft gemeinsam gegen die Macht von Industrie und Handel stellen und sich dafür stark machen, dass mehr Leistung auf den Höfen auch honoriert wird.

Hier im Landtag sind Beschlüsse gefasst worden, die in die richtige Richtung weisen: 2014 - auf Initiative der Küstenkoalition - für eine transparente und verbraucherfreundliche Kennzeichnung von Herkunft und Haltungsformen und im April 2018 - auf Antrag von Jamaika -, sich auf Bundes- und EU-Ebene für eine Kennzeichnung einzusetzen. Leider fehlen dem Ministerium der Wille, die Kraft oder die Zeit, diese Initiativen umzusetzen oder sich mit der nötigen Vehemenz dafür einzusetzen.

Es ist höchste Zeit! Daher fordern wir ein verpflichtendes staatliches Tierwohllabel für alle Nutztier- und Haltungsarten und endlich eine Landesinitiative zur Umsetzung der nationalen Nutztierstrategie.

(Beifall SPD und SSW)

Dabei geht es um Wissenschaft, Forschung, Entwicklung, begleitende Förderinitiativen und ein Finanzierungsmodell. Bisher hat der Minister den Dialogprozess „Zukunft der Landwirtschaft“ initiiert. Da werden jetzt in kleineren Kreisen Thesen zur Zukunft der Landwirtschaft 2040 entworfen. Herr Minister, 2040? Das ist zu spät! Dann ist es für viele Betriebe hier in Schleswig-Holstein einfach vorbei. Wir müssen jetzt etwas tun. Die Möglichkeiten, die Instrumente dafür, liegen auf dem Tisch. Wir müssen sie ergreifen und konsequent nutzen, und wir müssen hier damit anfangen.

Herr Minister, für viele sind Sie Hoffnungsträger, für die Landwirtschaft in Schleswig-Holstein - das ist mein Eindruck - leider nicht. - Danke.

(Beifall SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Heiner Rickers.

Heiner Rickers [CDU]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kollegen! Liebe Frau Eickhoff-Weber, leider haben Sie von Marktwirtschaft nicht einmal die Grundbegriffe verstanden. Sie wissen nicht, wie es heute in der Wirtschaft läuft. Von diesen Entwicklungen sind natürlich in hohem Maße auch die Ernährungswirtschaft und die gesamte Landwirtschaft betroffen.

Wir befinden uns im Wettbewerb. Wir können feststellen, dass die deutsche Fleischproduktion weltweit geschätzt wird. Das sehen wir auch am Export nach China. Die Produkte werden uns aus den Händen gerissen. Ich mache es am Beispiel der Schweinehaltung fest. Das System der Schweineproduktion und -schlachtung lebt vom sogenannten fünften Viertel. Das fünfte Viertel ist das, was wir auf dem deutschen und dem gesamten europäischen Markt nicht verwerten können, weil unsere Verbraucheransprüche so sind, wie sie sind. Fette Stücke und Knorpelplatten werden hier kaum abgesetzt, aber in Fernost durchaus genutzt; sie können für gutes Geld dorthin verkauft werden. Und schon sind wir wieder beim Thema Wettbewerb. Dessen Bedeutung sollten wir nicht ausblenden.

Was ist nun problematisch? Ich will Ihnen dazu ein weiteres Beispiel nennen. Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass der Wissenschaftliche Beirat Agrarpolitik der Bundesregierung bereits 2014 erste Ergebnisse vorgelegt hat. Schon damals ist das Dilemma offen diskutiert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden. Wenn die Bundesbürger im Durchschnitt 60 kg Fleisch pro Person und Jahr verbrauchen, dann würde das Fleisch, wenn der Preis um 50 Cent pro Kilogramm stiege, um 30 € pro Jahr teurer. Das würde wohl niemanden von uns belasten; darin stimmen Sie mir sicherlich alle zu. Wir alle würden nicken und sagen: Natürlich sind wir dafür, 30 € pro Jahr mehr dafür auszugeben, dass es den Tieren gut geht und dass die Umweltstandards eingehalten werden!

Den Tieren sollte es übrigens nicht nur so gut gehen, dass sie Leistung bringen; sie sollten sich tatsächlich wohlfühlen und ihrem natürlichen Verhalten folgen können. Dazu gehört es, dass die Boxen so ausgestattet sind, dass die Tiere schlafen, essen, koten und sich bis zu einem gewissen Grad auch frei bewegen können, etwa um zu spielen. Wenn dem so wäre, würde sicherlich nicht nur ich sagen:

(Heiner Rickers)

Richtig! Wir haben das Problem erkannt. 30 € pro Person und Jahr? Das kann wohl das Problem nicht sein!

Aber: Wenn wir das in Deutschland im Alleingang und auf freiwilliger Basis umsetzen wollten, würde dies vermutlich an der Ladentheke scheitern. Die großen Discounter würden morgen im Nachbarland einkaufen, weil es dort durchaus billigere Ware gibt, die unter Standards hergestellt wurden, die wir bei uns nicht haben wollen. Wir würden die Produktion ins Ausland verlagern. Damit wäre dem Tier nicht gedient, damit wäre den Bauern nicht gedient, und damit wäre letztendlich auch nicht der Wirtschaft und uns, den Verbrauchern, gedient. Das können wir allen Ernstes nicht wollen.

Also müssen wir eine Lösung finden. Diese Lösung kann nur heißen: Wir müssen eine Strategie aufstellen. Wollen wir den Wettbewerb international langfristig bedienen, oder wollen wir das, was unsere Gesellschaft will: mehr Tierwohl?

Ich habe bereits angesprochen, dass das natürlich Geld kostet. Beim Schweinefleisch wäre es so, dass der Erzeuger nicht nur 1,80 € je Kilo Schweinefleisch haben müsste, sondern durchaus 2,50 €. Da sind wir wieder bei diesen 30 € pro Fleisch essendem Bürger und Jahr. Kein Problem, würden wir sagen; aber freiwillig wird das nicht umgesetzt werden.

Also brauchen wir ein staatliches Tierwohllabel. Da kommt das Wettbewerbsrecht der EU ins Spiel. Wenn wir es in Deutschland machen würden - das wissen Sie -, würde die Kommission sofort Einspruch erheben; denn Deutschland darf sich nicht abschotten. Sie kennen das. EU-Recht würde das nicht hergeben. Also kann der erste Schritt nur ein freiwilliges Tierwohllabel sein, und zwar nicht nur in der Kennzeichnung, sondern auch in der Umsetzung der Haltungsbedingungen.

Der wissenschaftliche Beirat hat zu Recht darauf hingewiesen, dass das Milliarden kosten wird, und zwar Milliarden jedes Jahr. Wenn wir nur eine Milliarde € nehmen würden, dann wären wir schon wieder bei diesen 30 € pro Person und Jahr in Deutschland.

Wir müssen uns entscheiden - auch da gebe ich Ihnen nur ein Stück weit recht -: Politik muss Rahmenbedingungen setzen, und Politik muss am Ende auch mutig sein.

Deswegen ist der Appell der CDU, dass als erster Schritt ein freiwilliges Tierwohllabel kommen muss mit der Umsetzung besserer Haltungsbedingungen

für das Tierwohl. In einem zweiten Schritt muss es um die Umsetzung auf EU-Ebene gehen, damit nicht die Konkurrenz morgen unseren Markt billig aus dem Ausland bedient.

(Beifall CDU)

Lassen Sie mich in aller Kürze noch etwas zu dem zweiten Thema dieses Tagesordnungspunktes sagen. Da geht es ja um Rinderexport in Drittstaaten mit schwierigem Tierschutz. Darüber haben wir hier schon einmal diskutiert. Beim letzten Mal - vielleicht können Sie sich daran noch erinnern - habe ich gefragt: Wo ist das Problem? Es gibt 2.000 exportierte hochwertige und teure Zuchtrinder in Drittstaaten außerhalb der EU.

Der Käufer muss doch, weil er sehr viel Geld dafür bezahlt, darauf achten, dass die Tiere auch wohlbehalten am Zielort ankommen. Das tut er natürlich auch. Aber die Anhörung hat ergeben, dass trotz aller Beteuerungen im System durchaus Missstände aufzuzeigen und aufzudecken sind. So werden Kontrollstationen nicht angefahren, es wird nicht abgeladen, es werden keine Pausen eingehalten, und es wird zum Teil auch nicht getränkt und gefüttert. Bei all diesen Problemen müssen wir für Verbesserungen sorgen.

Da wir uns darüber einig sind, haben wir einen Alternativantrag vorgelegt; der Ausschussvorsitzende hat bereits darauf hingewiesen. In unserem Alternativantrag in dem Umdruck 19/2631 bringen wir zum Ausdruck, dass auch wir in Schleswig-Holstein langfristig dafür sorgen müssen, dass es dem Tier nicht nur beim Transport in die Drittstaaten gut geht, sondern dass auch im Drittland gewährleistet wird, dass die Haltungsbedingungen stimmen und vor allem auch die Bedingungen bei der Schlachtung den Tierschutzstandards, wie wir sie in Deutschland und Schleswig-Holstein erwarten, entsprechen. Darauf zielt unser Antrag ab.

(Beifall CDU und Oliver Kumbartzky [FDP])

Insofern ist er der weitergehende Antrag. Stimmen Sie unserem Antrag zu. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat zu seiner ersten Rede im Schleswig-Holsteinischen Landtag der Abgeordnete Joschka Knuth.

(Präsident Klaus Schlie)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Joschka Knuth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass ich jetzt das Vergnügen habe, hier meine erste Rede halten zu dürfen.

Auch wenn wir jetzt einmal mehr im weitesten Sinne über ein bundespolitisches Thema reden, hoffe ich doch, dass wir ein wenig klüger aus der Debatte herauskommen als heute Vormittag.

Nichtsdestotrotz komme ich nicht umhin, darauf hinzuweisen, dass der Vorschlag des BML, der hier ebenfalls schon zur Debatte gestellt worden ist, nämlich ein freiwilliges Label - man höre gut zu - nur für Schweine einzuführen, die Realitäten am Markt total verkennt. Außerdem verkennt er die Wirkungslogiken von Labels. Denn er ist von vornherein so ausgestaltet, dass das Label zum Scheitern verdammt ist.

Umso erfreulicher ist es - ich freue mich, darauf hinweisen zu können -, dass wir als Landtag hier mit gutem Beispiel vorangehen. Erst im vergangenen Jahr hat dieses Plenum über exakt das gleiche Thema beraten, damals unter dem Titel Haltungskennzeichnung, und dabei hat dieses Haus auch einen Antrag der Jamaika-Koalition mit deutlicher Mehrheit angenommen.

Ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis, Herr Präsident, aus der Drucksache 19/676. Danach hat der Landtag, eine „klare, obligatorische Kennzeichnung der Haltungssysteme bei Fleisch- und Milchprodukten“ gefordert. Und weiter:

„Das Kennzeichnungssystem sollte vergleichbar der bereits EU-weit bestehenden Kennzeichnungspflicht von Eiern vierstufig sein.“

Das bedeutet, dass wir uns als Landtag bereits für eine obligatorische Kennzeichnung ausgesprochen haben. Wir haben uns ferner ausgesprochen für ein konkretes Kennzeichnungsmodell, ein Modell, das in der Vergangenheit in der Hühnerhaltung seine Wirksamkeit am Markt bereits bewiesen hat.

Uns als Grünen - da verrate ich Ihnen kein Geheimnis - ist es ein besonderes Anliegen, dass Verbraucherinnen und Verbraucher in die Lage versetzt werden, auch auf Basis von leicht verständlichen Informationen ihre Kaufentscheidung zu treffen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Insbesondere dann, wenn es um die Haltung von Tieren und die Produktion von Lebensmitteln tierischen Ursprungs geht, brauchen wir Transparenz und Klarheit für Verbraucherinnen und Verbraucher. Das ist übrigens etwas, bei dem uns in der Zielrichtung auch der Bauernverband mittlerweile unterstützt; denn so ein Label kann auch zu einem wichtigen Preissignal für die Landwirtinnen und Landwirte werden. Das funktioniert allerdings nur, wenn das Label auch flächendeckend zum Tragen kommt.

Die bekannte europäische Haltungskennzeichnung beim Ei ist hier das beste Beispiel. Sie hat in erheblichem Maße dazu beigetragen, dass sich die Haltungsbedingungen bei Hühnern verbessert haben, weil die Verbraucherinnen und Verbraucher einem Label vertrauen konnten und es wiedererkannt haben aufgrund seiner flächendeckenden Wirkung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Nun haben wir bereits einen Antrag beschlossen, der ein gleiches Modell für Lebensmittel tierischen Ursprungs fordert. Ich sehe für uns als Landtag aus diesem Grund - ich bitte mir diese Klarheit in meiner ersten Rede auch zu erlauben - keine Notwendigkeit, hinter bereits Erreichtes zurückzufallen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Wenn wir nun über Tiertransporte über sogenannte Drittstaaten reden, dann steht dahinter - auch das ist heute schon deutlich geworden - eine ganz ähnliche Frage wie bei der Debatte über Haltungskennzeichnungen: Was für eine Landwirtschaft möchten wir eigentlich haben? Welchen Preis sind wir als Konsumentinnen und Konsumenten bereit, Umwelt und Tiere für unseren Konsum zahlen zu lassen? Insofern muss man sagen: Dass lebendige Tiere überhaupt auf derart lange Wege geschickt werden, ist überhaupt nicht vertretbar.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Aus guten Gründen haben wir in der EU eine klare Regulierung der Transportwege und Transportzeiten. Natürlich würde der Aufbau von entsprechenden Zucht-, Haltungs- und Produktionsstrukturen in den Zielländern einen Teil der bekannten Probleme im Transport obsolet werden lassen. Doch bis dahin dürfen und können wir es uns nicht erlauben, Missstände einfach hinzunehmen.

(Joschka Knuth)

Deshalb freue ich mich sehr, dass das MELUND und insbesondere Minister Albrecht hier aktiv geworden sind. Der Erlass des Landes stellt einmal mehr die sehr notwendige rechtliche Klarheit her und schöpft damit auch den Handlungsrahmen des Landes weitgehend aus. Hier sieht man, dass ein gut agierendes Ministerium auch etwas bewirkt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Oliver Kumbartzky [FDP])

Was wir ferner brauchen - das möchte ich in aller Klarheit sagen -, ist eine umfassende Überprüfung der Kontroll- und Versorgungsstationen. Denn die fehlende Transparenz und das fehlende Wissen sind es, die die langen Transportrouten eigentlich nicht hinnehmbar machen.

Nur wenn wir das Wissen und die Transparenz über die Kontroll- und Versorgungsstationen haben, können wir auch bestehendes EU-Recht für Tiertransporte effizient durchsetzen. So können wir weitere Missstände reduzieren und unvertretbare Transporte vermeiden.

Ich freue mich, dass sich die Agrarministerkonferenz damit befasst und sich hierfür klar ausgesprochen hat, und zwar auch - das möchte ich betonen - dank der aktiven Mitwirkung unseres Ministeriums und unseres Ministers.

Ich freue mich, dass wir als Landtag bereits in der Vergangenheit sehr klar hierzu Stellung bezogen haben und nun auch wieder zu den Tiertransporten klar Stellung beziehen.

Im Übrigen freue ich mich auf die weitere Zusammenarbeit. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und vereinzelt SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Oliver Kumbartzky.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Knuth, herzlichen Glückwunsch zu Ihrer ersten Rede, der ich mich inhaltlich voll und ganz anschließen kann.

In dieser Debatte wird einmal mehr deutlich, dass wir uns alle hier im Haus für mehr Tierwohl einsetzen. Dies wurde ja auch schon vor einem Jahr deutlich, wie bereits gesagt worden ist. Vor einem Jahr hatten wir hier eine ganz ähnliche Diskussion, nach

der wir einen Antrag der Jamaika-Koalition beschlossen hatten, und zwar auch mit den Stimmen der Oppositionsfraktionen. Das scheint die SPD-Fraktion vielleicht vergessen zu haben, als sie den Antrag für die heutige Sitzung gestellt hat. Oder aber es ist Taktik gewesen, dass sie einfach einen Antrag gestellt hat, der schon einmal beschlossen worden ist, um mal wieder einen Abstimmungssieg zu erringen. - Keine schlechte Idee, aber durchschaut.

Wie wir darüber abstimmen werden, haben wir bereits zum Ausdruck gebracht.

(Beifall FDP)

Vor allem scheint die SPD aber auch vergessen zu haben, dass sie Teil der Bundesregierung ist - Stand jetzt zumindest - und wieder einmal einen Antrag stellt, mit dem sie sich an ihre eigene Bundesregierung wendet.

(Zuruf SPD)

- Wenn Sie mir diese Vorlagen geben, kommt auch immer wieder der gleiche Textbaustein. Das ist nun mal so, Frau Kollegin, weil Sie mittlerweile so einfalllos geworden sind, dass immer nur Anträge kommen, die sich gegen Ihre eigene Bundesregierung wenden.

(Beifall FDP)

Das ist wirklich fast schon langweilig, aber ich gehe gern darauf ein.

Ich gebe Ihnen recht, die Bundesregierung tut sich bei Entscheidungen in agrarpolitischen Dingen schwer. Das sehen wir bei der Düngeverordnung, beim Tierwohllabel und bei anderen Dingen. Deswegen ist es gut, dass wir in Richtung Bundesregierung bei agrarpolitischen Fragestellungen Druck machen - ganz klar. Es ist schon gesagt worden, auch wir sind natürlich für ein klares Kennzeichnungssystem, was für jeden Kunden leicht verständlich ist und ähnlich wie bei den Eiern in einem Vierstufensystem aufgebaut sein sollte. Manche Supermärkte drucken eine solche Kennzeichnung schon freiwillig auf ihre Waren. Dieses freiwillige Engagement ist natürlich zu begrüßen, keine Frage.

(Wortmeldung Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Bevor ich fortfahre, lasse ich die Zwischenfrage des Kollegen Stegner zu.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, alles klar. Vielen Dank. - Herr Dr. Stegner, Sie haben das Wort.

(Präsident Klaus Schlie)

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Lieber Herr Kollege Kumbartzky, ich behaupte gar nicht, von diesem Thema viel zu verstehen, habe aber eben Ihren Ausführungen interessiert gelauscht. Die Melodie, die wir von Ihnen die ganze Zeit hören, ist: Die Jamaika-Koalition besteht aus drei Parteien, die unterschiedliche Auffassungen haben.

Wenn wir gelegentlich darauf hinweisen, dass die zuständige Ministerin im Landwirtschaftsbereich, Frau Klöckner, von der CDU kommt, und wir dazu eine andere Auffassung haben, entgegnen Sie stets und erinnern uns daran, dass wir Teil der Bundesregierung sind.

Ich möchte Ihnen daher raten, entweder die Methode A oder die Methode B zu verwenden und es nicht immer so zu handhaben, wie es einem gerade gefällt.

Wir sind Teil der Bundesregierung, dazu bekennen wir uns auch, aber bei dem Tiererschutz wollen wir mehr, als es mit der CDU geht. Gelegentlich behaupten Sie ja, dass es in Ihrer Koalition so ähnlich sei, dass nicht alles, was die FDP will, hier sofort durchgesetzt wird.

- Es ist ein bisschen schade, dass Ihr Einfluss in der Bundes-SPD noch recht niedrig ist, aber das kann sich ja vielleicht bald ändern, und dann können Sie auch mehr Wums auf die Straße bringen und die Bundesregierung überzeugen. Wir setzen da sehr auf Sie, Herr Stegner. Aber danke, dass Sie mir Tipps geben.

(Beifall FDP)

Wir sind, meine Damen und Herren, im letzten Jahr mit dem Beschluss weiter gegangen, als sich Bundeslandwirtschaftsministerin Klöckner selber traut. Das Tierwohllabel, das sie vorschlägt, soll nämlich freiwillig bleiben. Wir wollen eine obligatorische Kennzeichnung, damit der mündige Verbraucher eindeutig erkennen und entscheiden kann, was er oder sie kauft. Freiwilligkeit kommt da auch an ihre Grenzen. Die Konsumenten sollen eine informierte Kaufentscheidung treffen können, Transparenz darf da keine Frage der Beliebigkeit sein.

(Beifall FDP)

Das Tierwohllabel von Ministerin Klöckner ist außerdem verwirrend angelegt. Bei den Eiern ist es einfach. Da gibt es die Stufen eins bis vier; eins steht für den gesetzlichen Mindeststandard, die Stufe vier für die tierfreundlichste Handlungsweise. Das

ist ganz klar und einfach. Bei den Fleischprodukten soll das nun umgekehrt sein. Man fragt sich, warum das so sein soll, das kann man keinem Menschen erklären. Es klingt fast schon nach Verschleierung.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja!)

Transparenz sieht da wirklich anders aus, und das Tierwohllabel der Bundesministerin ist nicht nur ineffektiv, sondern auch verwirrend. Das ist bedauerlich. Da muss definitiv nachgearbeitet werden.

(Beifall FDP und vereinzelt Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein weiteres Thema, über das wir heute reden, sind die Tierexporte. Horrorbilder von Verladestationen im Mittelmeerraum lassen auch uns den Atem stocken, keine Frage. Wir wollen nicht, dass auch nur ein Rind aus Schleswig-Holstein so behandelt wird, wie wir es in einigen Reportagen leider sehen mussten.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Das wollen auch die hiesigen Rinderzüchter und Rinderexporteure nicht. Das ist in der Anhörung deutlich geworden, und das muss man einmal feststellen. Die Debatte um die Tierexporte wurde teilweise vorurteilsbeladen geführt, aber meine Damen und Herren, Brutalität ist kein Geschäftsmodell. Vorurteile gegen die Rinderexporteure sollten daher nicht weiter geschürt werden.

Ich begrüße da den Erlass, den der Minister im März 2019 auf den Weg gebracht hat. Der Erlass sorgt für Rechtssicherheit bei der Genehmigung von Transporten, wo es von Landesseite aus möglich ist. Natürlich ist hier vor allem der Bund in der Pflicht, nur der Bund kann erreichen, dass sich Drittländer an die Transportregeln halten. Nur der Bund kann erreichen, dass die Versorgungsstationen entlang der Transportrouten kontrolliert werden.

Meine Damen und Herren, abschließend möchte ich noch einmal feststellen: Wir setzen uns alle für mehr Tierwohl, bei der Haltung und beim Export in Drittländer ein. Der Antrag der SPD von heute bringt das Thema nicht voran. Deswegen werden wir ihn ablehnen und erinnern gern an den gemeinsam beschlossenen Antrag Drucksache 19/676.

Das Engagement der Landesregierung zur Schaffung von Rechtssicherheit bei Tierexporten in Drittländer unterstützen wir und stimmen daher der Ausschussempfehlung zu. Ich lade Sie ganz herzlich ein, ebenfalls der Ausschussempfehlung zuzustimmen.

(Präsident Klaus Schlie)

men. - Ich bedanke mich ganz herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, begrüßen Sie gemeinsam mit mir auf der Tribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtages Mitglieder der Jungen Union aus dem Kreis Rendsburg-Eckernförde und Mitglieder der FDP Schleswig-Holstein, allen voran die Bundestagsabgeordnete Gyde Jensen. - Von dieser Stelle herzlichen Glückwunsch zu Ihrer Vermählung. Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag.

(Beifall)

Wir kommen zu einem weiteren Wortbeitrag. Für die AfD-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Volker Schnurrbusch zu uns.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Die Debatte um die Tierexporte in Drittländer hat einmal mehr die Brüche innerhalb der Jamaika-Koalition offengelegt. Beinahe wäre es im Ausschuss zu einer weiteren Verzögerung in der Beschlussfassung gekommen, da sich einige Abgeordnete auch nach ausführlicher Anhörung nicht zu einer Beschlussempfehlung durchringen wollten. Dabei war es aus unserer Sicht zwingend geboten, endlich Rechtssicherheit für die Veterinäre zu schaffen, die bei uns Genehmigungen für Tiertransporte auch in außereuropäische Länder ausstellen, denn die aktuelle Rechtslage ließ die Veterinäre im Unklaren. Ein Erlass aus dem Umweltministerium sorgte zwar für etwas mehr Sicherheit, enthielt aber auch Fehler und wurde deswegen vom Verwaltungsgericht bemängelt.

Der Antrag der regierungstragenden Fraktionen berücksichtigt die Erkenntnisse der Anhörung und gibt den Veterinären endlich die gewünschte Sicherheit. Deswegen haben wir ihn als AfD-Fraktion im Ausschuss unterstützt und uns gegen jede weitere Verzögerung in der Beschlussfassung ausgesprochen. Mehr ist auf Landesebene nicht zu erreichen. Der Minister hat alles getan, was in seiner Kompetenz liegt. Jetzt sind Bund und EU am Zug.

Auch die AfD steht für den Tierschutz ein. Deswegen fordern wir seit jeher, Tiertransporte zu Schlachthöfen zu verringern und zu verkürzen, Le-

bandtransporte zu Schlachthöfen ins Ausland wollen wir weitgehend vermeiden.

Gerade unter dem Aspekt, dass es fast unmöglich ist, in einigen Staaten die Schlachtpraxis zu kontrollieren, sind einige Transporte in islamisch geprägte Länder problematisch; denn dort kann nicht sichergestellt werden, dass beim Schlachten der Tiere unsere hohen Tierschutzstandards eingehalten werden.

(Beifall AfD)

Wenn wir diese Debatte konsequent zu Ende denken, müssen wir auch bei dem Import tierquälerisch erzeugter Produkte unsere hohen Tierschutzstandards anpassen, aber das ist eine andere Debatte.

Der SPD-Antrag zum Tierwohllabel ist auf den ersten Blick zu begrüßen, beim genaueren Hinsehen merkt man jedoch, dass der Antrag schlichtweg zu spät kommt; denn die Lebensmittelwirtschaft hat bereits ein Label eingeführt, und es liegt bereits seit Juni 2018 ein sehr ähnlicher Antrag aus Jamaika vor, dem wir auch zugestimmt haben.

Das einzig Richtige an diesem Antrag ist die Feststellung, dass es dieses Label bereits gibt. Warum müssen wir dann darüber debattieren? - Vielleicht nur, weil die SPD auf Bundesebene nicht weiterkommt. Es gibt bereits eine Kennzeichnung für die Verbraucher. Dass die Fleischproduzenten wieder auf dieses Label verzichten, ist äußerst unwahrscheinlich. Ein weiteres Label würde aus unserer Sicht eher Verwirrung stiften als Orientierung bieten. Deswegen setzt auch die Bundeslandwirtschaftsministerin auf ein freiwilliges Siegel.

Der vorliegende Antrag der SPD-Fraktion rennt offene Türen ein und ist daher aus unserer Sicht überflüssig.

Eine Sache ist allerdings richtig, Frau Eickhoff-Weber. Der Schlüssel für eine Verbesserung der Situation sind tatsächlich die Preise. Nur wenn faire Fleischpreise gezahlt werden, können die Landwirte auch mehr in die Haltungsbedingungen der Tiere investieren. Damit wäre allen geholfen: den Tierhaltern, den Verbrauchern und vor allen Dingen auch den Tieren. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat die Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Vielen Dank, Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die schockierende Berichterstattung zu den Transport- und Schlachtbedingungen von Exportrindern liegt gerade einmal ein dreiviertel Jahr zurück. In der Debatte im März 2019 haben sich fast alle Redner entsprechend betroffen gezeigt, und zwar völlig zu Recht. Nicht zuletzt das Bildmaterial, das wir im späteren Verlauf im Ausschuss gesehen haben, ist wirklich absolut grauenvoll, und doch ist natürlich auch bei diesem Thema ein differenzierter Blick nötig.

Vorsichtig formuliert lässt sich aber eins festhalten: Wir haben mittlerweile mehr als genügend Belege dafür, dass zumindest nicht für alle Rinder, die von hier exportiert werden, die Schlacht- und Transportbedingungen in Ordnung sind.

Aus Sicht des SSW ist es völlig egal, ob wir hier über ein Rind oder über 1.000 Rinder reden. Uns geht es um das Prinzip. Wenn Tiere tagelang ohne Wasser und ohne Futter zusammengepfercht auf einem Transporter stehen oder wenn ihnen vor der Schlachtung Sehnen durchtrennt werden, um sie bewegungsunfähig zu machen, dann ist und bleibt das Tierquälerei.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Unser Tierschutzgesetz gibt aber unmissverständlich vor, dass keinem Tier ohne vernünftigen Grund Schmerzen, Schäden oder Leiden zugefügt werden darf. Warum soll dieser Grundsatz denn plötzlich nicht mehr gelten, nur weil Tiere exportiert werden? Oder, anders gefragt: Ist es ein „vernünftiger“ Grund, wenn Viehhändler oder Viehzüchter eventuell ein wenig mehr verdienen, weil sie ihre Tiere in Drittländer verfrachten? Hier sage ich ganz klar, dass wir diese Praktiken nicht mehr dulden wollen und nicht mehr dulden dürfen.

(Beifall SSW)

Die Anhörungen im Ausschuss waren für uns alle erhellend, und sie haben das Problem noch einmal verdeutlicht. Leider müssen wir feststellen, dass die Koalition hieraus nicht die richtigen Schlüsse gezogen hat; denn die Beschlussempfehlung des Ausschusses ist nichts weiter als weiße Salbe. Damit erreichen wir genau das Gegenteil, nämlich gar nichts. Tatsächlich schafft der Erlass des Ministeriums eben keine rechtliche Klarheit. Eine Rechtssicherheit für die Veterinäre und für die Kreise ist durch den Erlass nicht gegeben.

Das Ministerium verhält sich in dieser Sache auffällig zurückhaltend. Die Kreise lässt man so weiterhin im Regen stehen.

Zudem frage ich mich, warum in der Beschlussempfehlung gefordert wird, die Kontroll- und Versorgungsstationen auf den Transportrouten auf ihre Existenz und Geeignetheit hin umfassend zu überprüfen. Dies erweckt doch sehr den Anschein, dass es überhaupt keine geeigneten Routen gibt. Dies bestätigt letztendlich, dass die Tiere auf diesen Routen elend zusammengepfercht ihrem Schicksal überlassen werden und wir hier tatenlos zusehen.

Statt konsequent im Sinne des Tierschutzes zu handeln und statt Rechtssicherheit für die Veterinäre und die Kreise zu schaffen, geht aus dem Antrag eigentlich nur hervor, warum denn die Hände gebunden sind -

(Beifall SSW)

immer schön mit dem Verweis auf die EU-Ebene und das EU-Recht, und schon ist man aus dem Schneider! Damit machen wir unser Tierschutzgesetz zu einem zahnlosen Tiger.

Ich will nicht bestreiten, dass wir uns hier in einem komplexen Rechtsgeflecht befinden. Die Lösungen liegen gewiss nicht in greifbarer Nähe. Aber mit ihrem Antrag macht sich die Koalition einen schlanken Fuß.

(Zuruf: Wohl wahr!)

Nicht nur die Diskussion um die Tiertransporte macht deutlich, dass wir im Bereich Tierschutz und Tierwohl noch viel zu tun haben. Auch die Diskussion um ein Tierwohllabel zeigt, dass die Ansätze durchaus unterschiedlich sind. Dem einen geht es zu weit, dem anderen nicht weit genug. Richtig ist aber, dass 86 % der Verbraucher und Verbraucherinnen bei tierischen Produkten nähere Angaben zu den Haltungsbedingungen haben möchten. 81 % der Verbraucherinnen und Verbraucher wünschen sich ein Tierwohllabel. So ist es dem aktuellen Ernährungsreport des Bundeslandwirtschaftsministeriums zu entnehmen. Das zeigt den hohen gesellschaftlichen Stellenwert des Tierwohls. Es macht aber auch deutlich, dass es eine gewisse Skepsis gegenüber den Produktionsmethoden in der Landwirtschaft gibt. Hier sind Aufklärung und Transparenz gefragt. Ein staatliches Tierwohllabel kann hier einen Beitrag leisten, aber es muss, wie im Antrag gefordert, staatlich verpflichtend sein, und vor allem muss die Kontrolle von staatlicher Seite auch tatsächlich erfolgen. - Vielen Dank.

(Beifall SSW und SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag hat die Abgeordnete Kirsten Eickhoff-Weber.

Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]:

Wenn Heiner Rickers seine Rede mit der Feststellung beginnt, ich hätte keine Ahnung, habe ich meistens irgendetwas richtiggemacht.

(Beifall SPD und Lars Harms [SSW])

Mit dem, was ich hier heute gesagt habe, stehe ich zu meinem eigenen Erstaunen vollständig an der Seite von Barbara Otte-Kinast; das ist die Landwirtschaftsministerin in Niedersachsen. Wenn jemand Ahnung hat von Fleisch, von Produktion, von Viehproduktion, von wirtschaftlichen Verhältnissen und Abhängigkeiten, dann sind das die Landwirtschaftsminister aus Niedersachsen.

(Werner Kalinka [CDU]: Das stimmt!)

Wahrscheinlich würde Herr Rickers jetzt sagen, die von der CDU hätten meistens immer noch mehr Ahnung.

(Zuruf CDU: Allerdings!)

Barbara Otte-Kinast hat die Initiative Niedersachsens für ein verpflichtendes Tierwohllabel in den Bundesrat eingebracht. Und, ganz ehrlich - Hohn und Spott auf mich? Gerne; ich wachse damit wie unter Dünger -:

(Vereinzelt Lachen CDU)

Gucken Sie sich doch bitte einfach noch mal Ihren Antragstext an: „Haltungskennzeichnung“, „obligatorisch“, „Haltungssysteme“. - Ja, super! Da weiß der Verbraucher genau, was gemeint ist.

Das, was jetzt auf den Weg geht, ein staatlich verpflichtendes Tierwohllabel, eingebunden in die nationale Nutztierstrategie, ist eine andere Kategorie, meine Damen und Herren, und das wissen Sie auch.

(Beifall SPD)

Das, was wir hier vorlegen, ist eine deutliche Weiterentwicklung.

Eine weitere Frage sehe ich. Wir haben 2014 einen entsprechenden Antrag gestellt, und Sie haben 2018 einen Antrag gestellt. Wo sind denn die Initiativen? Ich habe noch nichts davon gehört, dass sich Schleswig-Holstein in diesem Bereich auf den Weg gemacht hat.

Der Hinweis auf die nationale Zuständigkeit, der Hinweis auf den Bund und darauf, dass dies bun-

despolitische Themen seien - alles gut und richtig. Aber es ist überall formuliert, auch im Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats, dass die nationale Nutztierstrategie nur funktionieren kann, wenn sie in den Ländern auch umgesetzt wird, wenn es Landesnutztierstrategien gibt, wenn diese Themen vor Ort umgesetzt werden. Das ist es, was wir hier fordern: Tierschutzlabel und Nutztierstrategie zusammen denken für die Verbraucher und Verbraucherinnen, für mehr Tierwohl, aber auch für die Bauern - die dann wahrscheinlich weniger produzieren, die nachhaltiger produzieren, und die am Tierwohl orientiert produzieren. Das müssen wir doch am Stück und zusammen denken!

(Beifall SPD)

Meine Damen und Herren, ich bitte darum und beantrage - da Sie wahrscheinlich wieder nicht den Schmackes haben, diesen weitergehenden Antrag zu beschließen und dem zuzustimmen -, dass wir im Ausschuss weiter darüber reden und dass wir uns diese Initiative Niedersachsens genau angucken.

Beim Thema Tiertransporte bin ich absolut bei Jette Waldinger-Thiering. Der Alternativantrag aus dem Umwelt- und Agrarausschuss von Jamaika will das beschließen, was alles schon auf dem Weg ist oder bereits beschlossen ist. Das hilft uns nicht weiter.

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit ist beendet.

Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]:

Danke schön, Herr Präsident. - Auf Wiedersehen!

(Beifall SPD und SSW - Vereinzelt Heiterkeit - Zurufe: Tschüs!)

Präsident Klaus Schlie:

Für die Landesregierung hat der Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung, Jan Philipp Albrecht, das Wort.

Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die beiden Themen, die wir uns hier vorgenommen haben, haben eine inhaltliche Klammer, und das ist vor allem die Frage - sie wurde schon gestellt - nach der Zukunft, wenn es darum geht: Wie wollen wir uns ernähren, und welche Rück-

(Minister Jan Philipp Albrecht)

sicht wollen wir dabei auf Tierwohl und Nachhaltigkeit nehmen?

Sehr geehrte Frau Eickhoff-Weber, Sie reden viel von Ahnung haben oder nicht Ahnung haben und von der Frage, wo man herkommt. Ich selbst habe in Niedersachsen meine Schulzeit verbracht.

(Zuruf SPD)

Aber das halte ich nicht für die entscheidende Frage. Wenn Sie aber sagen, dass keine Initiativen aus Schleswig-Holstein gekommen seien, dann ist das schlicht und einfach die Unwahrheit, und es ist wirklich eine Verleumdung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP - Zurufe SPD)

Ich weiß nämlich relativ gut, dass etwa vier Wochen nach meinem Amtsantritt - das ist ungefähr ein Jahr her - die AMK in Bad Sassendorf auf Antrag Schleswig-Holsteins einstimmig genau das beschlossen hat, was eben vom Kollegen Knuth hier zitiert wurde. Genau das ist seinerzeit beschlossen worden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Wir haben in Bezug auf die Nutztierhaltungskennzeichnung klargemacht, was wir erwarten. Das liegt nun seit einem Jahr auf dem Tisch der Bundesregierung, und es ist die Bundesregierung aus Union und SPD, die seither keine Entscheidung über diese Frage gefällt hat und die eine solche Entscheidung nun immer noch vor sich herschiebt. Sie haben gerade selbst gesagt, dass schon 2015 vom Wissenschaftlichen Beirat dazu aufgefordert wurde, in dieser Frage zu einer Entscheidung zu kommen; aber die Bundesregierung ist offenbar immer noch nicht willens, eine solche Entscheidung zu treffen.

Deswegen ist es absolut begrüßenswert, dass die Kollegen aus Niedersachsen dieses Thema nun auch im Bundesrat auf die Tagesordnung setzen. Wir als Landesregierung von Schleswig-Holstein werden uns natürlich an diesem Verfahren genauso konstruktiv beteiligen und dabei dieselbe Linie verfolgen, und wir werden uns genau für das einsetzen, was wir hier im Landtag beschlossen haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Es ist von essenzieller Bedeutung, dass die Menschen wissen, wofür sie ihr Geld ausgeben, wenn sie an der Einkaufstheke über Lebensmittel entscheiden. Gerade wenn es darum geht, dass Tierwohl mit im Raum steht, haben wir dazu eine leb-

hafte Debatte. Da ist es eben entscheidend zu schauen, dass zum Beispiel eine Label-Flut, eine unübersichtliche Anzahl an Kennzeichnungen nicht dazu beiträgt, dass die Menschen diese Entscheidung treffen können. Deswegen brauchen wir eine hohe Marktdurchdringung. Von den Vorschlägen, die bislang auf den Tisch gelegt wurden, können wir nicht erwarten, dass das zu erreichen ist. Sie werden gerade von den Initiativen überholt, die im Einzelhandel selbst ergriffen werden. Deswegen ist es absolut richtig, an der Stelle weiter die obligatorische Kennzeichnung auch entlang der Vorschläge, die wir in anderen Bereichen kennen, voranzubringen, dabei auch die ökologische Haltungskennzeichnung mitzudenken - das haben wir auch auf der AMK einstimmig beschlossen - und eben gerade die Frage der Haltungsformen ins Zentrum zu stellen, denn am Ende ist es wichtig, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher klar erkennen, was für dieses Tier die Lebensbedingungen in der Produktion waren. Dann sind sie am Ende auch bereit, höhere Preise für ein höheres Maß an Tierwohl und auch an Nachhaltigkeit zu zahlen. Das wäre für die Landwirtschaft und die landwirtschaftlichen Betriebe hier im Land von essenzieller Bedeutung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Wir haben deutlich gemacht, dass wir hier Tempo wollen und genau das eben auch auf den Agrarministerkonferenzen eingebracht. Im Übrigen tun wir das auch bei dem zweiten Thema, das wir heute hier besprechen, das Thema Tiertransporte in Drittstaaten. Das hat uns sehr intensiv beschäftigt, und das auch ausgehend davon, dass wir als Ministerium in dem Moment sehr zügig gehandelt haben, in dem Unklarheiten über die Frage entstanden sind, welches eigentlich die Voraussetzungen für die Genehmigung von Tiertransporten in Drittstaaten sind. Da ist viel durcheinandergelaufen, und jetzt ist relativ deutlich geworden - auch weil wir darüber sehr intensiv geredet haben -, dass die Rahmenbedingung natürlich die EU-Tiertransportverordnung ist - das haben wir in unserem Erlass auch sehr deutlich ausgeführt - und dass wir hier im Land deutlich sagen: Nur wenn die Voraussetzungen, die dort abschließend geregelt sind, positiv gegeben sind, kann ein solcher Transport hier aus Schleswig-Holstein abgefertigt werden. - Damit gibt es klare Rahmenbedingungen, und das ist eine klare Ansage, die wir so gemacht haben.

Seit dem Frühjahr dieses Jahres wurden Tiertransporte aus Schleswig-Holstein in Drittstaaten nicht mehr abgefertigt. Das liegt auch daran, dass wir uns

(Minister Jan Philipp Albrecht)

im Zusammenspiel mit den anderen Ländern in Deutschland darüber unterhalten müssen - das haben wir bei der letzten Agrarministerkonferenz wiederum auf Antrag Schleswig-Holstein und wiederum mit dem Auftrag hier aus dem Landtag getan - und deutlich machen, dass wir hohe Standards bei den Tiertransporten in Deutschland und der Europäischen Union erwarten, insbesondere wenn es darum geht, die Kontrolle für die Veterinärinnen und Veterinäre zu ermöglichen, dass also die Daten zur Verfügung gestellt werden, die notwendig sind, um den gesamten Transportverlauf von vornherein überschauen zu können, wenn es darum geht, dass auch in den Drittstaaten die Kontrolle durchgeführt wird; denn die kann nun einmal nicht alleine von den Veterinärämtern oder von den Ländern wahrgenommen werden. Da ist es der Auftrag des Bundes, diese Kontrolle zu gewährleisten,

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

und genau das haben wir auf der Agrarministerkonferenz gemeinsam einstimmig eingefordert.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt CDU und FDP)

Gleichermaßen ist auch klar, wenn wir einen lückenlosen Tierschutz auf diesen Transporten, gerade auch in den Drittstaaten ermöglichen wollen, dass diese Rahmenbedingungen auch schärfer in der Tiertransportverordnung auf EU-Ebene abgesichert werden müssen. Da führen wir diese Debatte übrigens gemeinsam mit dem Europäischen Parlament, das die EU-Kommission in diesem Zusammenhang im Februar dieses Jahres zum Handeln aufgefordert hat. Wir haben mit der Agrarministerkonferenz die Bundeslandwirtschaftsministerin aufgefordert, sich entsprechend auf Ministerebene einzusetzen.

Das ist ein mühsames Verfahren. Das kenne ich aus langer Erfahrung. Aber es ist richtig, dass wir die Debatte führen, und wir werden da auch zu einem Ergebnis kommen, da bin ich mir ziemlich sicher. Diese Tiertransportverordnung wird auch in Zukunft angepasst werden.

Auf dem Weg dahin werden wir dafür sorgen, dass alle Erkenntnisse, die auftreten, zum Beispiel über die Frage von fehlenden Versorgungsstationen, sofort unter den Ländern ausgetauscht werden. Das soll ein neues System absichern, das wir vom Bund eingefordert haben und an dem wir gerade mit dem Bund gemeinsam arbeiten. Das wird auch sichergestellt von uns, weil wir diese Informationen sofort zum Anlass für weiteres Handeln nehmen werden.

Darauf können Sie bei uns vertrauen. Das haben wir auch gezeigt. Wir stehen mit den anderen Ländern in intensivem Austausch über diese Frage, damit klar ist: Aus Schleswig-Holstein wird kein Transport abgefertigt, der nicht auch diesen Standards vollkommen und umfassend entspricht, und damit klar ist, dass damit die landwirtschaftlichen Betriebe in Schleswig-Holstein auch nur solche Produkte und Transporte vertreten müssen, die hohem Tierschutzstandard entsprechen. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und für die gute Debatte in der Sache.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 19/1616 dem Agrarausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den ich bitte ich um sein Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD, die Abgeordneten des SSW und die Abgeordnete von Sayn-Wittgenstein. Wer ist dagegen? - Das sind die anderen Abgeordneten. Damit ist die Ausschussüberweisung abgelehnt.

Dann kommen wir zur Beschlussfassung in der Sache. Wer zustimmen will, dass der Antrag Drucksache 19/1616 beschlossen wird, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der SPD - -

(Unruhe)

- Wir befinden uns in der Abstimmung in der Sache über die Drucksache 19/1616. Weil eben die Ausschussüberweisung abgelehnt worden ist, müssen wir nun in der Sache abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der SPD, die Abgeordneten des SSW und die Abgeordnete von Sayn-Wittgenstein. Wer ist dagegen? - Das sind alle anderen Abgeordneten. Damit ist dieser Antrag in der Sache abgelehnt.

Wir kommen zu Punkt b). Ich lasse zunächst über den Antrag Drucksache 19/1291 abstimmen. Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag abzulehnen. Wer der Ausschussempfehlung folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, CDU, AfD und die Abgeordnete von Sayn-Wittgenstein. Damit ist der Antrag 19/1291 entsprechend abgelehnt.

(Präsident Klaus Schlie)

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Wollen Sie die Gegenstimmen nicht auch abfragen?)

- Habe ich das eben übersehen? - Pardon! Gegenstimmen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der SPD und des SSW. Entschuldigung.

Ich lasse dann über den Alternativantrag Drucksache 19/1332 abstimmen. Der Ausschuss empfiehlt, den Alternativantrag abzulehnen. Wer der Ausschussempfehlung folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, CDU und AfD. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktion der SPD, die Abgeordneten des SSW und die Abgeordnete von Sayn-Wittgenstein. Damit ist der Alternativantrag Drucksache 19/1332 abgelehnt.

Mit der Drucksache 19/1530 haben die Mitglieder des Umwelt- und Agrarausschusses dem Landtag einen Entschließungsantrag mit der Bitte um Übernahme und Zustimmung vorgelegt. Wer dieser Entschließung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, CDU und AfD. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten der SPD, des SSW und die Abgeordnete von Sayn-Wittgenstein. Damit ist der Entschließungsantrag in der Fassung der Beschlussempfehlung Drucksache 19/1530 angenommen.

Die Parlamentarischen Geschäftsführungen haben vereinbart, dass nunmehr der Tagesordnungspunkt 27 aufgerufen wird mit dem Hinweis, dass dann morgen die Tagung erst um 10 Uhr beginnen soll, wobei wir trotz alledem pünktlich schließen werden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 27 auf:

Grundwasser schützen! Stand der Diskussion zur Verschärfung der Düngeverordnung

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/1624

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Mit dem Antrag wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich erteile das Wort für die Landesregierung dem Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung, Jan Philipp Albrecht.

Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich nehme den Antrag der SPD-Fraktion gern zum Anlass, Ihnen einen Sachstand über die aktuelle Diskussion zur Düngeverordnung zu geben und vor allem auf die mögliche Vertragsverletzungsverfahrenssituation einzugehen. Denn die steht tatsächlich im Raum, seitdem die EU-Kommission der Bundesregierung sehr deutlich gemacht hat, was sie bereits seit 2012 eingefordert hat, nämlich dass die Rahmenbedingungen der EU-Nitratrichtlinie in Deutschland vollumfänglich umgesetzt werden müssen. Sie hat deutlich gemacht, dass sie diese in der zuletzt 2017 erlassenen Düngeverordnung des Bundes nicht umgesetzt sieht.

Das bestätigt auch das jüngste Urteil des Europäischen Gerichtshofes. Die Konsultationen der Bundesregierung mit der EU-Kommission und dieses Urteil ergeben, dass die Vorschläge bislang eben nicht für geeignet gehalten werden. Im Raum stehen tatsächlich Strafzahlungen von täglich bis zu 850.000 €

Das sollte Anlass genug sein, nun zügig einen Vorschlag vorzulegen, und zwar auch im Rechtstext, der bislang leider nicht vorliegt - auch nicht uns Ländern. Es muss darum gehen, mit diesem Vorschlag zügig eine Verbesserung der Situation zu erreichen, denn uns allen muss klar sein: Es geht um die Grundwasserqualität, um die Gewässerqualität. Die steht auch unter Schutz weiterer EU-Rechtsakte, beispielsweise der Wasserrahmenrichtlinie.

Es ist natürlich ein Problem für die landwirtschaftlichen Betriebe, dass 2017 die Düngeverordnung entgegen der Warnungen - auch aus den Ländern - nicht mit hinreichenden Standards verabschiedet wurde. Nun steht erneut im Raum, dass man sich wieder an neue Bedingungen anpassen muss. Das ist für keinen Betrieb eine gute Situation, und es erfordert, dass wir den Betrieben, die sich jetzt auf eine neue Situation einstellen müssen und vor allen Dingen denen, die dieses durch ein besseres Wirtschaften, durch ein vorbildliches Wirtschaften mit Nährstoffeinträgen betreiben wollen, unterstützen und damit ermöglichen, dass zukünftig ein deutlich besserer Nährstoffhaushalt auf den Betrieben herrschen kann.

Dazu ist eine generelle Regelung, wie zum Beispiel ein genereller Abschlag von den Düngewerten, den wir derzeit haben, nicht geeignet, sondern wir brauchen eine Transparenz und eine konkrete Dokumentation über das, was auf den Betrieben an Aus-

(Minister Jan Philipp Albrecht)

trag stattfindet und was auf diesen Betrieben produziert wird. Dazu müssen die Betriebe mehr Dokumentation leisten. Das ist bereits von der Bundesregierung angekündigt. Was dabei eben noch nicht ausreicht, ist, dass man nicht sagt, was daraus folgt.

Deshalb erwarte ich schon, dass gerade die Bundesminister, die jetzt gemeinsam an den Vorschlägen arbeiten, konkrete Aussagen darüber treffen: Was bedeutet es, wenn ein Nährstoffhaushalt nicht ausgeglichen ist? Welchen Abschlag lassen wir unter welchen Voraussetzungen zu? Denn es ist auch deutlich geworden, dass der Europäische Gerichtshof sagt, das kann immer nur entsprechend der jeweiligen Gegebenheiten gesagt werden: Wie sind die Böden in einer Region oder bei einem Betrieb? Wie sind die Anbaupläne? Die nötigen Nährstoffe sind immer konkret im Einzelfall zu berechnen.

Da erwarte ich mehr Details über einen konkreten Vorschlag. Dass dieser immer noch nicht vorliegt, halte ich nicht für zielführend. Das führt auch dazu, dass wir derzeit immer noch nicht bei einem akzeptablen Ergebnis sind, obwohl sich gestern bei dem Treffen der EU-Kommission die Bundesminister gewünscht hatten, dafür grünes Licht zu bekommen.

Insofern ist es unsere Aufgabe, an dieser Stelle nachzubessern. Wir alle wissen, dass das ein großer Aufwand und durchaus ein großer Schritt ist, den wir vorangehen müssen. Aber er ist zu bewältigen, und es gibt viele Möglichkeiten, gerade bei der Beratung im Land noch deutlich besser zu werden. Genau das wollen wir tun, und daran werden wir als Ministerium intensiv arbeiten, damit das besser zur Verfügung gestellt wird und wir zukünftig Perspektiven haben, die Nährstoffe deutlich präziser auszubringen - auch durch neue Techniken - und sie möglicherweise auch stärker in die Biogasanlagen einzubringen.

All das sind Diskussionen, die wir infolge dieser Bundesverordnung dann gemeinsam führen müssen. Nun geht es aber darum, zügig einen Vorschlag auf den Tisch zu bringen, der den EU-Vorgaben entspricht. Diese sind klar, deshalb hoffe ich, dass wir in den kommenden Wochen auch Klarheit aus den Bundesregierung erhalten. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Kirsten Eickhoff-Weber.

Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Minister, Ihnen herzlichen Dank für diesen ausführlichen Bericht zum Thema Düngeverordnung. Das ist ohne Frage ein wichtiges Thema für Schleswig-Holstein.

Erst gestern - Sie haben es erwähnt - hat der zuständige Kommissar wieder festgestellt, dass die Vorschläge aus Deutschland immer noch nicht reichen. Wenn wir ehrlich sind: Seit 1991, jetzt also ungefähr 28 Jahre, diskutieren wir über diese Nitratrichtlinie -, und das in Deutschland, wo wir doch immer so viel Wert darauf legen, dass die Richtlinien immer in ganz Europa gelten, damit es keine Wettbewerbsverzerrungen gibt. Dänemark schafft es, Polen schafft es, alle anderen schaffen es, nur wir schaffen es bisher nicht.

Die Düngeverordnung und das ganze Thema sind für Schleswig-Holstein von großer Bedeutung. Große Teile des Landes sind sogenannte rote Gebiete, also Bereiche, die in besonderem Maße von Überdüngung betroffen sind. Die Jahrzehnte mit „wachse oder weiche“, mit immer höheren Erträgen, mit immer mehr Tieren haben in unserer Umwelt, in unserer Landschaft und auch im Grundwasser tiefe Spuren hinterlassen.

Am 17. April 2019 haben wir als SPD-Landtagsfraktion einen Antrag „Grundwasser schützen: Düngeverordnung nachbessern und effizient umsetzen!“ gestellt. Bevor es gleich wieder losgeht: „Ihr in Berlin!“ - Unsere Forderungen waren: die Düngeverordnung auf Bundesebene nachbessern, alle Möglichkeiten für Schleswig-Holstein nutzen und mehr Personal für die zuständigen Behörden. - Reflexartig hat der Kollege Heiner Rickers festgestellt, der Antrag sei dünn, und die Antragstellerin habe keine Ahnung.

(Heiner Rickers [CDU]: Das habe ich nicht so direkt gesagt! - Heiterkeit)

- Genau. Hintergrund ist doch, dass wir 2017 bei der Verabschiedung der Düngeverordnung in Berlin einen großen zeitlichen Druck hatten, und die SPD-Bundestagsfraktion von Anfang an gesagt, dass das, was da auf den Weg gegangen ist, nicht reicht. Sie haben aber letztes Jahr alle miteinander erklärt - ich erinnere mich an Frau Fritzen, die das auch gesagt hat -: Aber doch jetzt nicht noch einmal an die Bundesverordnung, jetzt doch erst einmal gucken, wie es hier im Land läuft! - Wir sehen, das hat nicht gereicht, das hat nicht funktioniert; mit dem, was wir jetzt haben, kommen wir nicht durch.

(Kirsten Eickhoff-Weber)

Am letzten Mittwoch, Herr Minister, haben Sie über die Gespräche in Berlin berichtet. Dafür herzlichen Dank. Auch Ihre Ausführungen vorhin haben mir noch einmal deutlicher gemacht, dass es sicherlich hilfreich wäre, wenn das Ministerium zuverlässig und von sich aus berichten würde, wenn Sie auf der AMK Anträge, die hier im Haus beraten worden sind, umsetzen. Das würde uns allen die Arbeit einfacher machen.

Am Mittwoch haben Sie eine Presse auf den Weg geschickt, eine Presseerklärung des MELUND. Die war überschrieben: „Gemeinsame Presseerklärung der für Landwirtschaft und/oder Umwelt zuständigen Landesministerinnen“. - Ich habe das gelesen und war von den Socken. Da stehen richtig gute Sachen drin. Das sind auch Forderungen aus unserem Antrag vom letzten April. Das war der Antrag, der hier im Landtag abgebügelt wurde.

Ich habe dann noch einmal genauer hingeguckt, und des Rätsels Lösung war dann: Die Unterzeichner und Unterzeichnerinnen sind ausschließlich die grünen Umwelt- und Landwirtschaftsminister.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das ist alles in Ordnung, das ist alles gut. Sie sind Minister hier in Schleswig-Holstein. Ihr Haus hat diese Presse veröffentlicht. Ich bin jetzt einfach zuversichtlich und gehe davon aus, dass das, was Sie da formuliert haben, der Inhalt der Bundesratsinitiative ist, die Schleswig-Holstein mit der Kraft von Jamaika auf den Weg bringen wird.

(Beifall SPD)

Wenn Sie diese Bundesratsinitiative ergreifen, wäre es ganz gut, vielleicht noch ein, zwei Dinge mit auf den Weg zu nehmen. Die EU-Kommission empfiehlt, den § 13 der Düngeverordnung so zu ändern, dass es den Bundesländern freisteht, strengere oder besser den örtlichen Gegebenheiten angepasste Maßnahmen zu ergreifen. Es wäre gut, wenn diese Möglichkeiten dann auch wirklich eröffnet würden.

Das Verursacherprinzip sollte meines Erachtens immer für alle Betriebe gelten. Ihr Vorschlag war, die ökologisch und extensiv wirtschaftenden Betriebe von vornherein hinauszunehmen. Das halte ich für keine glückliche Entscheidung. Das muss für alle gelten, die bereit sind, auf dem Weg der Neuausrichtung hin zu einer nachhaltigen Landwirtschaft ökologisch verträglich, sozial gerecht, ökonomisch rentabel und eben umweltgerecht zu wirtschaften.

Herr Minister, eine Verschärfung des Düngerechts muss jetzt kommen. Das ist klar. Es wird aber auch

mit Blick auf die Zeitabläufe für unsere Landwirtschaft eine riesige Herausforderung - Sie haben es gesagt. Stehen Sie unseren Bauern zur Seite! Nehmen Sie das Geld, das Sie bei den Dürrehilfen eingespart haben, um den Landwirten bei einer konsequenten Umsetzung der Düngemittelverordnung hier in Schleswig-Holstein zur Seite zu stehen. - Danke.

(Beifall SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Heiner Rickers.

Heiner Rickers [CDU]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Werte Kollegen! Sehr geehrte Frau Eickhoff-Weber, wir haben in Berlin eine Große Koalition. Ihre Ministerin Schulze und unsere Ministerin Klöckner - das haben Sie richtig beschrieben - sind nun in Brüssel gewesen und haben Planungen für eine erneute Novellierung der Düngeverordnung vorgelegt. Ich spreche kein Geheimnis aus, wenn ich hier ein Stück weit unserer Enttäuschung Ausdruck verleihe. Wir können nicht verstehen, dass das, was wir in Schleswig-Holstein richtiggemacht haben, am Ende in Brüssel nicht durchgesetzt und anerkannt wurde.

Vorweg: Wir sind uns alle einig, dass Trinkwasser dabei mit das höchste Gut ist, weil Trinkwasser bei uns in Schleswig-Holstein ausschließlich aus dem Grundwasser gewonnen wird. Um keine Panikmache zu schüren, möchte ich feststellen: Das Trinkwasser in Schleswig-Holstein hat eine absolut hervorragende Qualität.

(Sandra Redmann [SPD]: Nicht in allen Kreisen!)

Aus allen Wasserwerken, die wir hier haben, und bei fast allen Eigenversorgern ist das so. Ich komme dazu noch im Einzelnen.

Wir haben - das stellt einen leichten Widerspruch dar - durchaus unterschiedliche Aussagen. Natürlich bohren die Wasserwerke aus Tiefen von 70 m und mehr. Da dauert es 30 Jahre und mehr, bis das, was oben ausgebracht wird, durch die Bodenschichten unten im Grundwasserleiter ankommt. Es gibt aber bei den Messwerten aus dem Messstellennetz der Wasserversorger durchaus sehr positive Entwicklungen, die beim Oberboden zeigen, dass sich einiges verbessert hat.

(Heiner Rickers)

Ich möchte hier den Berufsstand loben, nicht nur dafür, dass er Verständnis zeigt, dass sich etwas ändern muss, sondern auch dafür, dass er viele Dinge innovativ schon angepackt hat: bessere Ausbringtonik, Zwischenfruchtanbau über den Winter und dadurch keine Auswaschung, eingeschränkte Ausbringzeiten gerade dann, wenn keine Pflanze wächst und durch hohe Niederschläge das, was man oben an Mineral- oder Wirtschaftsdünger ausgebracht hat, ausgewaschen und ins Grundwasser gelangen kann. Der Berufsstand, die Bauern hier in Schleswig-Holstein, sind bereit, dieses Thema anzugehen.

Damit sind wir schon bei den Problemen. Wir haben mehrfach Politik gemacht - das ist bereits in der vorigen Debatte mehrfach festgestellt worden -, die die Landwirte im internationalen Wettbewerb dazu angeregt hat, in ihren Ställen Dinge zu entwickeln, produktiv und wettbewerbsfähig zu sein und beispielsweise Biogasanlagen zu bauen, weil der Gesetzgeber es so wollte. Das zeigt, dass nicht alles richtig ist, was wir in der Vergangenheit politisch begleitet und entschieden haben.

Wenn sie viele Nährstoffe aus ihrer Biogasanlage und der Tierhaltung in der Fläche ausbringen wollen, versuchen sie natürlich, dies im relativen Umfeld zu machen. Wenn dieses Umfeld nur eine begrenzte Fläche bietet, müssen sie weiter fahren. Auch das gibt die heutige Düngemittelverordnung bereits her.

Lassen Sie mich noch sagen: Die circa 800.000 € pro Tag an Androhung von Strafgeld aus Brüssel wären natürlich einschneidend. Wir alle wollen das verhindern und sind deswegen gefordert, auch auf Bundesebene nachzuschärfen. Das muss aber mit Augenmaß geschehen.

Wir müssen innerhalb der Jamaika-Koalition darüber nachdenken, ob wir nicht mit dem, was wir hier aus Deutschland wieder einmal fordern, nicht genau diejenigen bestrafen, die nicht bestraft werden sollen, nämlich kleine Betriebe und Betriebe, die in einem roten Gebiet liegen und alles richtigmachen. Die müssen auch die bürokratischen Anforderungen erfüllen, die sie wahrscheinlich gar nicht erfüllen können oder wollen. Sie werden dann aufgeben. Ihnen ist das alles zu viel. An die muss man denken und Ausnahmeregelungen schaffen. Es muss auch Schwellen- und Grenzwerte geben. Wir dürfen die schleswig-holsteinische Landwirtschaft nicht so sehr gängeln, dass es sofort zu Strukturbrüchen kommen würde. Das Ganze muss angepasst und wirtschaftlich umsetzbar sein.

Es hat Ideen gegeben, die gestern öffentlich durch die Presse gegangen sind, und sie gehen eigentlich in die Richtung, die wir in Schleswig-Holstein, in Jamaika geeint, schon im letzten Jahr vorgegeben haben: ein rotes Gebiet in Regionen mit wasserundurchlässigem Boden, also vornehmlich der Mittelrücken. Dort wird das Grundwasser gewonnen, weil es anderswo durch Tonschichten nicht in den Boden gelangt. Dort haben sie auch keine Grundwasserkörper für die Wasserversorgung. Auf diesen roten Gebieten gelten in Schleswig-Holstein bisher schon strengere Vorgaben.

Wir haben also geliefert. Die Praxis hat diese Vorgaben tatsächlich angenommen. Auf roten Gebieten - §-13-Gebiete -, Frau Eickhoff-Weber, werden wir die Vorschriften noch einmal verschärfen müssen. Wir werden das so tun, dass es in der Praxis umsetzbar bleibt.

Auf allen Flächen werden zukünftig ohne Frage verschärft Kontrollen stattfinden. Es wird eine flächenscharfe Düngung, längere Sperrfristen im ganzen Bundesgebiet geben müssen, und - jetzt wiederhole ich mich - in den roten Gebieten gibt es verpflichtende Abschlüsse bei der Ausbringung. Es wird auch verpflichtenden Zwischenfruchtanbau geben. Hoffentlich wird es für Dauergrünlandbetriebe Ausnahmen geben.

(Beifall CDU und FDP - Sandra Redmann [SPD]: Was wird es geben?)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist beendet.

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Herr Abgeordnete Bernd Voß.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich danke dem Minister und den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Landesregierung für den Bericht. Er zeigt deutlich die mehr als missliche Lage, in die uns die jahrelange Hinhalte- und Verzögerungstaktik bei der Umsetzung der Düngeverordnung gebracht hat. 28 Jahre ist es jetzt her, dass die EU-Nitratrichtlinie in Kraft getreten ist, zehn Jahre ist es her, dass die ersten Mahnschreiben an Deutschland gerichtet worden sind, dass hier zu wenig passiert. Ein Jahr ist es her, dass wir ein klares Urteil des Europäischen Gerichtshofs bekommen haben.

Der Anpassungsdruck auf die Betriebe steigt. Eine Übergangszeit wird es kaum noch geben können.

(Bernd Voß)

Die landwirtschaftlichen Betriebe sind weiter im Ungewissen. Sie haben sich gerade erst auf die neue Vorgabe, die seit Anfang 2018 gilt, eingestellt. Der Bauernverband und andere haben ihnen eingeredet, dies sei ausreichend.

Schon mehrfach ist es gesagt worden: Es drohen uns, also den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern in der Bundesrepublik, Strafzahlungen von immerhin 850.000 € täglich - möglicherweise auch noch rückwirkend. Die viel zu späte und viel zu zögerliche Reform von 2017 war einfach nicht ausreichend. Viele haben es in den letzten Jahren schon gesagt. Es brauchte erst ein neuerliches Vertragsverletzungsverfahren der EU, bis dies dem Bundeslandwirtschaftsministerium zu dämmern begann. Diejenigen, die vorgeben, mit ihrer Blockadehaltung bei der Umsetzung der Nitratrichtlinie die Interessen der landwirtschaftlichen Betriebe, insbesondere der kleineren Betriebe, zu vertreten, haben in Wirklichkeit der Landwirtschaft einen riesigen Bärendienst erwiesen.

Hätte es die erforderlichen Reformen schon vor Jahren schrittweise gegeben, wäre es für die Betriebe erheblich kostengünstiger und leichter gewesen, sie umzusetzen. Das haben Nachbarländer wie Dänemark oder Holland uns bereits vormachen müssen. Es hat dort auch zu erheblichen Einschnitten geführt. Diese Einschnitte sind aber bereits vor Jahrzehnten eingetreten.

Die Situation, wie wir sie heute in den sogenannten roten Gebieten haben, wäre zu vermeiden gewesen, wenn man sich rechtzeitig um eine an die Fläche angepasste Tierhaltung bemüht hätte. Gestern sprach nun auch die Bundesregierung davon, die Tierbestände müssten reduziert werden. Dieser Anpassungsdruck wäre mit einem Blick der Bundesregierung auf die Ratschläge der wissenschaftlichen Beiräte zu vermeiden gewesen. 2013 und 2017 haben die Wissenschaftler sehr klargemacht, dass die Düngeverordnung in vielen Punkten nicht den Anforderungen der Wissenschaft entspricht.

Haarsträubend ist, dass sie anscheinend aus den Fehlern der Vergangenheit überhaupt nicht gelernt haben. Wieder wurden Vorschläge vorgelegt, die den Anforderungen nicht gerecht werden. Wir haben es gerade gestern in den Medien intensiv hören können. Damit wird das Scheitern bewusst einkalkuliert. Das alles ist sicherlich auch mit einem enormen Imageschaden für die Landwirtschaft insgesamt verbunden. Das muss man sich in einem landwirtschaftlich geprägten Bundesland immer wieder vor Augen halten.

Ich bedanke mich deswegen bei der Landesregierung, insbesondere bei Minister Albrecht und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die sich in den Verhandlungen für eine EU-rechtskonforme und am Verursacherprinzip orientierte Umsetzung eingesetzt haben und kontinuierlich einsetzen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es darf auch nicht sein - das haben die Kollegen vorher bereits gesagt -, dass bisher schon gewässerschonend wirtschaftende Betriebe, konventionell wie Bio, die nach den Empfehlungen der Gewässerschutzberatung wirtschaften, die Leidtragenden, die Benachteiligten im Wettbewerb sind. Es braucht eine bundeseinheitliche Erfassung der Nährstoffströme, um die Überschüsse dort gezielt zu begrenzen, wo sie anfallen. Es bedarf einer schlagbezogenen Bilanzierung des Düngedarfs und der Nährstoffströme. Bei zunehmenden Betriebsgrößen und zunehmenden Feldentfernungen ist eine Betriebsbilanz allein nicht ausreichend.

Dabei kann es kein Schönrechnen geben, was die Abgrenzung zwischen roten Gebieten und weniger belasteten Gebieten anbelangt. Es reicht nicht, sich bei der anstehenden Reform der Düngeverordnung allein auf die Einhaltung der Nitratrichtlinie zu fokussieren. Wir wissen alle, die Vorgaben der Wasserrahmenrichtlinie, die Vorgaben der Meereschutzrichtlinie und die Vorgaben der Ammoniakrichtlinie - sie wird 2022 umgesetzt werden müssen - fordern einen erheblichen Anpassungsdruck. Wir täten gut daran, wenn das berücksichtigt wird.

Dabei geht es nicht nur um die Abwendung von Strafzahlungen. EU-Recht - das muss ich an dieser Stelle noch einmal ganz deutlich sagen - ist kein Selbstzweck, und es dient nicht der Drangsalierung der Bevölkerung oder Landwirtschaft. Es definiert die erforderlichen Standards, an die wir uns halten, um im Einklang mit den gesellschaftlichen Zielen wirtschaften zu können.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist leider abgelaufen.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Mein letzter Satz. - Nur wenn wir das berücksichtigen, kann es Planungssicherheit für die Landwirtschaft geben. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Bernd Voß)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Oliver Kumbartzky.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist natürlich wieder verlockend, auf den Bund zu zeigen, aber ich erspare uns das und kürze an dieser Stelle ab.

(Beifall Dennys Bornhöft [FDP])

Ich möchte dem Minister für seinen Bericht herzlich danken. Es geht um eine Thematik, über die wir uns schon länger ausgetauscht haben und sicherlich weiter austauschen werden. Denn was in Berlin passiert beziehungsweise nicht passiert, ist natürlich ein Armutszeugnis für die Große Koalition. Der Druck der EU - Stichwort Strafzahlung - wird deutlich größer werden. Deswegen wird da etwas passieren müssen.

Was sehr belastend ist, ist die Situation für die Landwirte, die sowieso schon belastet sind durch die extremen Wetterereignisse, durch die schlechten Erzeugerpreise, durch die Bürokratie, die immer größer wird.

(Unruhe)

Was die Landwirte brauchen, ist Planungssicherheit, insbesondere bei dieser Thematik.

In Bezug auf die Düngeverordnung sind mir drei Punkte wichtig. Erstens: Landwirte müssen ihrer Arbeit sachkundig nachgehen können, auch mit einer neuen Düngeverordnung. Zweitens: Wir brauchen ein praktikables und bewegliches Düngerecht. Drittens: Der Grundsatz einer bedarfs- und standortgerechten Nährstoffversorgung der landwirtschaftlichen Kulturen sollte in Zukunft wieder der Maßstab der Düngung sein.

Frau Eickhoff-Weber, Sie haben uns aufgefordert, dass wir als Jamaika den Bauern zur Seite stehen. Dazu brauchen Sie uns nicht aufzufordern. Wir stehen den Bauern zur Seite. - Ich danke Ihnen ganz herzlich.

(Beifall FDP, CDU und Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Präsident Klaus Schlie:

Für die Fraktion der AfD hat der Abgeordnete Volker Schnurrbusch das Wort.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Ich versuche, dem Kollegen in seiner Kürze zu folgen. - Sehr geehrter Herr Minister, vielen Dank für Ihren Bericht. Auch ich betone, dass die Bauern, so sehr sie für die Ausbringung von Dünger verantwortlich sind, nicht immer als Prügelknaben dargestellt werden dürfen. Ich erlebe kaum einen Tag, an dem Presseberichte nicht suggerieren, dass unser Trinkwasser gefährdet sei. Das ist nicht der Fall. Wenn wir über Belastungen durch Nitrate reden, reden wir über das Grundwasser, das natürlich noch aufbereitet wird.

(Zuruf Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Gestern Abend gab es einen Fernsehbericht, in dem auch die Bundesumweltministerin wieder die Gefahr für unser Trinkwasser heraufbeschwor. Ich finde so etwas unverantwortlich. Ich finde es auch schwierig, dass eine Düngeverordnung, die erst knapp zwei Jahre gültig ist, jetzt schon wieder verschärft werden soll. Die Landwirte brauchen Planungssicherheit; sie stellen sich auf bestimmte politische Vorgaben ein und verlieren langsam das Vertrauen in die Politik, wenn es permanent Veränderungen gibt.

(Beifall AfD)

Der Präsident des Deutschen Bauernverbands, Herr Rukwied, sagte kürzlich: Uns Landwirten fehlt jedes Verständnis, was da zur Düngeverordnung in Brüssel läuft.

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Er ist selbst maßgeblich daran beteiligt!)

Natürlich ist der Weg der EU, die Nitratbelastung zu verringern, richtig, nur müssen wir die Landwirte mitnehmen und können sie nicht permanent mit neuen Berichtspflichten, mit möglichen Strafzahlungen überfordern. Denn die Landwirte haben in den letzten Jahren - Herr Rickers hat es gesagt - immer wieder mitgezogen. Sie haben die Düngemittel gezielter, passgenauer ausgebracht, und sie haben, als die Politik es unbedingt wollte, Monokulturen angepflanzt, sie haben Energiepflanzen angebaut, die uns heute nicht sehr erfreuen, Stichwort Artenvielfalt. Sie haben Biogasanlagen gebaut, die sie heute nicht mehr brauchen.

Das sind Probleme, die immer die Landwirte ausbaden. Vor dem Hintergrund finde ich es schwierig,

(Volker Schnurrbusch)

dass man die Düngeverordnung kurzfristig wieder verschärft.

Klar, wir müssen liefern, wenn die EU es will - das ist nun einmal so in der EU -, aber wir dürfen die Landwirte nicht überfordern.

Bevor wir über eine erneute Verschärfung der Regelungen sprechen, sollten wir die Ergebnisse des nächsten Nitratberichts der Bundesregierung abwarten sowie die Messmethoden anpassen, um eine europaweite Vergleichbarkeit der Nitratgehalte im Grundwasser sicherzustellen.

Wir sollen etwas verschärfen, von dem noch gar nicht sicher ist, wie es wirkt. Die EU macht hier aus unserer Sicht völlig unnötig Druck. Statt Panikmache werben wir für mehr Vertrauen in das Verantwortungsbewusstsein der Landwirte und fordern, nicht ständig neue Auflagen zu machen.

(Unruhe)

Die Landwirte werden auch diesmal wieder mitziehen, aber ich bitte sehr darum, dass von der Politik klare Signale ausgehen und nicht nur Druck und Bashing. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Präsident Klaus Schlie:

Für die Abgeordneten des SSW hat die Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering das Wort.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrter Landtagspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Bereits bei der Überarbeitung der Düngeverordnung 2017 wurde deutlich, dass die Änderungen das Ergebnis schwieriger Kompromisse waren. Das war seinerzeit das, was politisch machbar war, um den Anforderungen der EU-Nitratrichtlinie nachzukommen. Die Kritiker, die seinerzeit mahnten, dass das Vereinbarte nicht ausreichen würde, um die Richtlinie zu erfüllen, sollten damit recht behalten. Die Novellierung beinhaltete eine Reihe von Verschärfungen der Vorschriften zum Gewässerschutz, die damit die landwirtschaftlichen Betriebe vor neue Herausforderungen stellen.

Wir als SSW haben das auch angemerkt, aber ohne die Landwirtschaft aus ihrer Verantwortung zu entlassen. Für uns war klar: Die Überschüsse müssen deutlich reduziert werden, und dafür muss die Stickstoffabgabe begrenzt werden. Zudem müssen die technischen Voraussetzungen zur Ausbringung und Einarbeitung verbessert werden.

Nachdem klar war, dass die Novellierung nicht ausreicht, um die EU-Kommission zufriedenzustellen, wurde vonseiten des Bundeslandwirtschafts- und Bundesumweltministeriums wieder nachgebessert, und so wurde ein gemeinsamer Maßnahmenkatalog im Februar dieses Jahres nachgereicht. Auch diese Verschärfungen wurden von der EU als nicht ausreichend bewertet, um die Werte der EU-Nitratrichtlinie einzuhalten.

Wie man es nun dreht oder wendet, politisch betrachtet ist die Salomitaktik der Bundesregierung nicht aufgegangen. Das zeigt nur, dass die Bundesregierung die EU-Nitratrichtlinie nicht ernst genommen hat. Mit ihrer Zurückhaltung bei der Düngeverordnung hat die Bundesregierung der Landwirtschaft letztendlich einen Bärendienst erwiesen, denn bis heute wissen die Landwirte nicht, was konkret auf sie zukommt und in welchen Bereichen sie investieren müssen.

Die Ministerinnen Klöckner und Schulze waren gestern zum Rapport in Brüssel - das haben wir schon gehört -, um die neuen Pläne vorzustellen. Anscheinend ist es ihnen zumindest gelungen, die angedrohten Strafzahlungen vorläufig auszusetzen. Aber ausreichend sind die Pläne aus Berlin nicht, soll heißen, es müssen weitere Verschärfungen folgen. Damit dürfte jetzt auch für den Letzten klargestellt sein, dass endlich etwas passieren muss. Die Zeit des Diskutierens, des Taktierens und des Herauszögerns ist längst überschritten. Deutschland hat seine Hausaufgaben bisher nicht ordentlich gemacht, jetzt muss endlich geliefert werden.

Natürlich sehen auch wir, dass die Auswirkungen der Düngeverordnung die Landwirtschaft vor große Herausforderungen stellen. Aber es gibt keine Alternative. Wenn wir jetzt nicht endlich zur Sache kommen, wird uns die Untätigkeit teuer einholen.

Die Wasserversorger weisen bereits seit Jahren darauf hin, dass das Grundwasser bereits in Teilen zu stark mit Nitrat belastet ist. Um den Grenzwert einzuhalten, mischen sie unbelastetes Wasser hinzu, oder sie vertiefen einfach ihre Brunnen. Dieses Modell funktioniert aber nur so lange, wie es auch genug unbelastetes Wasser gibt. Wenn diese Maßnahmen erschöpft sind, gibt es noch die Möglichkeit, das Nitrat technisch aus dem Grundwasser zu filtern. Aber das wird teuer, und Trinkwasser wird zu einem Luxusartikel.

Solche Reparaturmaßnahmen wären unter dem Strich teurer als Auflagen zur Einhaltung der EU-Nitratrichtlinie. Die Einhaltung der EU-Nitratrichtlinie ist kein Hexenwerk, auch andere EU-Länder

(Jette Waldinger-Thiering)

erfüllen diese Werte. Es bedarf aber einer politischen Entschlossenheit, wirklich etwas für das Grundwasser zu tun, und ich denke, wir können aus den Erfahrungen aus den Nachbarländern - hier denke ich beispielsweise an Dänemark - durchaus lernen, wie es geht. Dort hält man mittlerweile die Grenzwerte ein, aber es war - zugegeben - ein lehrreicher Weg bis dahin.

Aus den Fehlern können wir vielleicht unsere Schlüsse ziehen, aber vorrangiges Ziel ist, die Wasserqualität zu halten oder zu verbessern, und daran müssen sich jetzt alle Maßnahmen ausrichten.

(Beifall SSW und SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich stelle zunächst fest, dass der Berichtsantrag Drucksache 19/1624 durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat. Da kein Antrag gestellt worden ist, ist der Tagesordnungspunkt erledigt.

Ich unterbreche die Tagung bis morgen früh 10 Uhr.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18:22 Uhr